



LANDTAG VON  
SACHSEN-ANHALT

# VER | FOLGT

Abgeordnete aus der Region des heutigen Sachsen-Anhalt, die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur von 1933 bis 1945 in Deutschland wurden

Eine Dokumentation im Rahmen des Projekts GE | DENKEN





# VER|FOLGT

Abgeordnete aus der Region des heutigen Sachsen-Anhalt, die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur von 1933 bis 1945 in Deutschland wurden

Eine Dokumentation im Rahmen des Projekts GE|DENKEN



## Geleitwort der Landtagspräsidentin

---

Die Gräueltaten der NS-Diktatur in Deutschland, der nationalsozialistische Terror, aber auch der Widerstand dagegen sind in vielfältiger Weise durch Wissenschaft und Forschung bearbeitet und dokumentiert worden. Darunter befinden sich auch Arbeiten zur Verfolgung von Parlamentariern. Wer sich aber mit der Geschichte des Parlamentarismus in der Region des heutigen Sachsen-Anhalt befassen will, findet hier nur wenige Informationen in verstreuten Quellen.

Die Würdigung und das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus sind seit vielen Jahren fester Bestandteil der Erinnerungs- und Gedenkarbeit des Landtages von Sachsen-Anhalt. Aber ein zentraler Ort der Erinnerung fehlte bisher, auch um die ehemaligen Abgeordneten aus dem Gebiet des heutigen Landes Sachsen-Anhalt zu würdigen, die Opfer nationalsozialistischer Verfolgungsmaßnahmen wurden. Eine genauere Prüfung dieses Vorhabens ergab jedoch, dass es bislang keine wissenschaftlich fundierte Arbeit gibt, die möglichst umfassende Informationen über das Schicksal aller während dieser Zeit verfolgten Parlamentarier aus Sachsen-Anhalt und deren Lebenswege zu liefern vermag.

Als Beitrag zur Erinnerungskultur und zur Identitätsstiftung des Landes Sachsen-Anhalt und seiner demokratischen Traditionen will der Landtag die Schicksale der frei gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter sichtbar machen, deren Leben und Leiden ein Gesicht geben. Die Ausarbeitung kann zugleich als ein weiterer Baustein in die Traditionslinie Sachsen-Anhalts von Beginn des 20. Jahrhunderts bis heute eingefügt werden.

Deshalb entschloss sich der Landtag, durch Recherchen in Archiven des Bundes und der Länder sowie in bestehenden Dokumentationen, unter anderem des Reichstages und des Preußischen Landtages, sowie der Auswertung ergänzender biographischer Quellen eine möglichst vollständige und wissenschaftlich fundierte Gesamtübersicht der Mitglieder der Vorgängerparlamente erarbeiten zu lassen. Mit dem ausgewiesenen Landeshistoriker Prof. Dr. Mathias Tullner wurde ein Forschungsvorhaben entwickelt, in welchem Studierende im Rahmen eines Seminars an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg die notwendigen Vorarbeiten in Archiven und Bibliotheken durchführten.

Die nunmehr vorliegende Dokumentation, für deren Erarbeitung Prof. Dr. Mathias Tullner und den Studierenden mein besonderer Dank gilt, enthält die Verfolgungsbiografien von insgesamt 11 Frauen und 78 Männern und versteht sich als ein Beitrag zur weiteren Aufarbeitung der demokratischen Traditionen des Parlamentarismus in der Region des heutigen Sachsen-Anhalt. Dabei ist die Opferdefinition bewusst weit gefasst: Sie reicht von alltäglichen Schikanen über Diffamierungen, Berufsverbote, zeitweilige Haft und KZ-Internierung bis hin zum Tod. Die Lebens- und Leidensgeschichten der Opfer machen deutlich, dass alle politischen Richtungen verfolgt wurden. Manche Opfer leisteten Widerstand im aktiven Sinne, andere wurden aufgrund ihrer Parteimitgliedschaft oder aufgrund ihrer Aktivitäten in der Weimarer Republik schikaniert und verfolgt. Die meisten von ihnen wurden aufgrund ihrer politischen Überzeugungen und ihres Status als frei gewählte Abgeordnete diffamiert und bedroht – 16 Frauen und Männer bezahlten dafür mit ihrem Leben.

Die Dokumentation führt auch zwei Personen mit gebrochenen Biografien auf, die zweifels- ohne Opfer der NS-Diktatur, aber in ihren Leben auch Täter waren. Mit der Entscheidung, auch diese beiden Personen in die dokumentarische Zusammenstellung aufzunehmen, soll dem wissenschaftlichen Vollständigkeitsprinzip entsprochen werden.

Die Verfolgungsbiografien bilden eine wesentliche Grundlage für die weitere Gedenkarbeit des Landtages. So wird seit Anfang 2020 in einem Gedenkort im Foyer des Landtagsgebäu- des 87 der insgesamt 89 in der Dokumentation aufgenommenen Parlamentarier aus der Region des heutigen Sachsen-Anhalt gedacht, die während der nationalsozialistischen Dik- tatur von 1933 bis 1945 verfolgt wurden. Die dreigeteilte Gedenktafel besteht im unteren Teil aus drei gebrochenen Hölzern als Symbole für die „gebrochenen Leben“ durch Ver- folgung, Demütigung und Tod. Mit der Verwendung unterschiedlicher Holzarten wird die Unterschiedlichkeit der Lebenswege und der individuellen Schicksale verdeutlicht.

Der Gedenkort und auch die in digitaler Form zur Verfügung stehende Dokumentation ([www.landtag.sachsen-anhalt.de/service/](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/service/)) stellen für den Landtag von Sachsen-Anhalt einen weiteren Beitrag dar, sich auch in Zukunft mit der NS-Diktatur sowie der Geschichte der Parlamente und der Demokratie zu befassen.

Magdeburg im Januar 2020



Gabriele Brakebusch

Präsidentin des Landtages  
von Sachsen-Anhalt

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>Geleitwort der Landtagspräsidentin</b>	Seite 3
<b>1. Einführung</b>	Seite 7
<b>2. Zeitgeschichtlicher Rahmen</b>	
2.1. Verfolgung von Abgeordneten	Seite 9
2.2. Staatliche und politische Strukturen 1932 bis 1945	Seite 10
<b>3. Abgeordnete des Deutschen Reichstages</b>	
3.1. Überblick, Geschichte und Struktur des Deutschen Reichstages	Seite 13
3.2. Liste der verfolgten Abgeordneten	Seite 16
3.3. Kurzbiografien	Seite 18
<b>4. Abgeordnete des Landtages des Freistaates Preußen</b>	
4.1. Überblick, Geschichte und Struktur des Landtages	Seite 68
4.2. Liste der verfolgten Abgeordneten	Seite 73
4.3. Kurzbiografien	Seite 74
<b>5. Abgeordnete des Landtages des Freistaates Anhalt</b>	
5.1. Überblick, Geschichte und Struktur des Landtages	Seite 93
5.2. Liste der verfolgten Abgeordneten	Seite 97
5.3. Kurzbiografien	Seite 98
<b>6. Abgeordnete des Provinziallandtages der Provinz Sachsen</b>	
6.1. Überblick, Geschichte und Struktur des Landtages	Seite 109
6.2. Liste der verfolgten Abgeordneten	Seite 112
6.3. Kurzbiografien	Seite 113
<b>7. Glossar</b>	Seite 136
<b>8. Personenregister</b>	Seite 138
<b>9. Literatur- und Quellennachweis</b>	Seite 141
<b>10. Bildnachweis</b>	Seite 142
<b>11. Abkürzungsverzeichnis</b>	Seite 145





# 1. Einführung

Die vorliegende Dokumentation soll einen Beitrag zur weiteren Ausarbeitung der demokratischen Traditionen des Parlamentarismus und zur Würdigung des Kampfes für Freiheit und Demokratie in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur durch gewählte Vertreter des Volkes im heutigen Land Sachsen-Anhalt leisten.

Im Mittelpunkt stehen dabei Abgeordnete, die im Gebiet des modernen Landes Sachsen-Anhalt gewählt und in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland wegen ihrer Abgeordnetentätigkeit, der damit verbundenen politischen Aktivitäten, ihrer Gesinnung oder ihrer Herkunft verfolgt worden sind.

Für diese Untersuchung kommen der Deutsche Reichstag, der Preußische Landtag, der Landtag des Freistaates Anhalt und der Provinziallandtag der Provinz Sachsen in Betracht. Hinzu kommen die verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung in Weimar und die Konstituierenden Landesversammlungen in Preußen und Anhalt. Kreistage, Kommunalvertretungen usw. sind nicht berücksichtigt worden.

Zu den Abgeordneten gehören auch Persönlichkeiten, die nicht im Raum des heutigen Landes Sachsen-Anhalt ansässig und hier auch nicht in erster Linie politisch tätig waren. Sie sind jedoch in Wahlkreisen des heutigen Sachsen-Anhalt gewählt worden und somit parlamentarische Repräsentanten dieser Wahlkreise.

Mehrfach sind Persönlichkeiten, die in die Dokumentation aufgenommen worden sind, Abgeordnete verschiedener Parlamente gewesen. Diese Zugehörigkeit ist nur für die Landtage in Preußen und Anhalt vermerkt worden, Zugehörigkeiten zu anderen deutschen Landtagen dagegen nicht. Die Kurzbiographien der Abgeordneten sind unter dem jeweils höchsten Parlament dargestellt. Am Anfang der Kurzbiographie erfolgt ein Hinweis auf die Mitgliedschaft in einem weiteren Parlament in Preußen und Anhalt. Wenn in den Kurzbiographien andere Abgeordnete erwähnt werden, die ebenfalls in dieser Dokumentation vertreten sind, erfolgt ein Querverweis.

Eine Darstellung der konkreten parlamentarischen Tätigkeit der Abgeordneten und eine Auseinandersetzung mit ihrem parlamentarischen Wirken ist in dieser Dokumentation nicht beabsichtigt.

Der unterschiedliche Umfang der Kurzbiographien weist einerseits auf die Stellung der jeweiligen Abgeordneten in den Parlamenten sowie im politischen Leben ihrer Zeit insgesamt hin. Er ist auch Ausdruck des jeweiligen Forschungsstandes. Es hat sich gezeigt, dass zu den einzelnen Abgeordneten sehr unterschiedliche Kenntnisse und Erkenntnisse vorliegen. Eigene Forschungen konnten im Rahmen der vorliegenden Dokumentation nur in einzelnen

Fällen vorgenommen worden. Dennoch weist die Dokumentation erstmals einen Überblick über die Dimension der durch die NS-Diktatur verfolgten Parlamentarier aus, die Wahlkreise des aktuellen Landes Sachsen-Anhalt vertreten haben. Das kann eine geeignete Grundlage für weitere Forschungen bilden.

Die Dokumentation beruht auf einer gedruckten Quellen- und Literaturliste, die im Literatur- und Quellenverzeichnis aufgeführt ist. Wenn darüber hinaus weitere Werke benutzt worden sind, sind sie am Ende jeder betreffenden Kurzbiographie vermerkt.

Die Dokumentation umfasst insgesamt 89 Abgeordnete. Davon waren 40 Mitglieder des Deutschen Reichstages, 18 Mitglieder des Preußischen Landtages, 10 Mitglieder des Landtages des Freistaates Anhalt und 21 Mitglieder des Provinziallandtages der Provinz Sachsen.

Grundlage für die vorliegende Dokumentation bildete ein Seminar an der Fakultät für Humanwissenschaften der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Daran waren Studenten von Studiengängen der Politikwissenschaft, der Geschichte, Soziologie und European Studies beteiligt. Während des einsemestrigen Seminars sind Seminararbeiten entstanden, die durch Lara Giese, Yannik Franzki, Moana Heffner, Vanessa Kauhs, Rika Kretzschmar, Jakob Peters, Martin Schunke und Moritz Weiß zu Teilen der vorliegenden Dokumentation fortgeschrieben wurden.

## 2. Zeitgeschichtlicher Rahmen

### – 2.1. Verfolgung von Abgeordneten

Die Dokumentation bezieht sich auf die Verfolgung von Abgeordneten in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland. Die Biographien derjenigen Abgeordneten, welche die Verfolgung durch das NS-Regime überlebt haben, enthalten auch Informationen zu deren politischen Tätigkeit in der Zeit der SBZ bzw. DDR oder in den westlichen Besatzungszonen und der Zeit nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

Die aus politischen Gründen verfolgten Abgeordneten bildeten einen besonderen Kreis der Verfolgten der nationalsozialistischen Diktatur. Obwohl unter ihnen auch Persönlichkeiten aus rassistischen und anderen Gründen verfolgt worden sind, repräsentieren sie nicht die gesamte Breite der Verfolgung von Gruppen und Persönlichkeiten. Arten und Stufen von Verfolgung durch das NS-Regime waren unterschiedlich und breit gefächert. Verfolgungen reichten von Mord, Folter, Haft im Konzentrationslager, Zuchthaus oder Gefängnissen über Berufsverbote, Enteignung, Vertreibung und Emigration bis zu Hausdurchsuchungen, Meldepflicht bei den Behörden und öffentlichen Diffamierungen. Nicht selten waren die Betroffenen gleichzeitig oder nacheinander verschiedenen Arten von Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Für die politische Verfolgung in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur gibt es keine verbindliche und allgemeine Definition.<sup>1</sup> Das liegt auch daran, dass die Einzelschicksale individuell und unvergleichbar sind. Auch in dieser Dokumentation kann lediglich eine Annäherung versucht werden, um charakteristische Formen und Praktiken nationalsozialistischer Verfolgung gegenüber demokratisch gewählten Abgeordneten differenziert aufzuzeigen. Mitunter werden auch Übergänge und Unschärfen deutlich. Einerseits werden Ausmaße des Terrors gegen gewählte Parlamentarier sichtbar, andererseits auch weniger brutale und schwere Formen der Diskriminierung, Ausgrenzung und Überwachung. Dafür erscheint der zwar nicht exakt definierte, aber doch umfassende und beschreibende Begriff der Verfolgung durchaus geeignet.

Die Kurzbiographien weisen ebenfalls aus, dass von den Nationalsozialisten verfolgte Abgeordnete in bestimmten Fällen von Opfern zu Tätern geworden sind. Das war vor allem der Fall, wenn Opfer des Nationalsozialismus in der Zeit der SBZ bzw. DDR nach 1945 zu Tätern wurden. Umgekehrt zeigt sich, dass auch aus Tätern Opfer werden können. Auch hinsichtlich der Täter-Opfer-Problematik gilt, dass jeder Fall individuell betrachtet werden muss und unvergleichbar ist. Als Beispiele sind hier Otto Walter (s. S. 56) und Wolf-Heinrich von Helldorff (s. S. 66) zu nennen.

---

<sup>1</sup> Vgl. M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945, hrsg. von Martin Schumacher, 2. Aufl., Düsseldorf 1993, S. 14.

Eine Besonderheit der Untersuchung bestand darin, dass wegen der Zugehörigkeit Sachsen-Anhalts zur SBZ bzw. DDR nicht selten Persönlichkeiten, die die nationalsozialistische Diktatur überlebt haben, unter der aufziehenden und sich etablierenden stalinistischen Diktatur erneut verfolgt worden sind. Auch in diesen Fällen gab es vielfältige Arten und Stufen von Verfolgung. Auch bereits von den Nationalsozialisten verfolgte Abgeordnete und andere Persönlichkeiten einschließlich nicht angepasster Sozialdemokraten und Kommunisten mussten eine erneute Haft in sowjetischen Lagern und deutschen Haftanstalten erdulden oder kamen sogar ums Leben. Nicht wenige wurden zur Flucht in die Westzonen gezwungen, bei anderen beließ es die neue Diktatur bei politischer Isolation, gesellschaftlicher Ächtung und Zurückgezogenheit der Betroffenen.

## – 2.2. Staatliche und politische Strukturen 1932 bis 1945

Aus der Sicht der Landesgeschichte Sachsen-Anhalts sind nach 1990 verschiedene Forschungen zu Verfolgung und Widerstand erfolgt und publiziert worden.<sup>2</sup> Es ist jedoch festzustellen, dass systematische und repräsentative Untersuchungen für Sachsen-Anhalt oder Teile des Landes bislang fehlen. Für die Landeshauptstadt Magdeburg hat das Kulturhistorische Museum im Jahre 2008 eine Ausstellung zur Verfolgung durch die NS-Diktatur unter dem Titel „Unerwünscht-Verfolgt-Ermordet“ gestaltet und dazu ein Begleitbuch herausgegeben. Hier ist mit Blick auf Magdeburg eine breite Darstellung von Verfolgung unter dem NS-Regime aufgezeigt worden.<sup>3</sup>

In der Zeit der Diktatur des Nationalsozialismus haben formal die preußische Provinz Sachsen (bis 1944) und das Land Anhalt weiter bestanden. Zum 1. Juli 1944 wurde die preußische Provinz Sachsen aufgelöst. Es entstanden daraus zwei neue Provinzen: Halle-Merseburg und Magdeburg. Der Regierungsbezirk Erfurt kam in diesem Zusammenhang zu Thüringen. Die Strukturen wurden aber von der Gaustruktur der NSDAP überlagert und verschränkt. Es bestand nicht selten eine Personalunion zwischen den NSDAP-Führern und den Spitzen der regionalen Verwaltungs- bzw. Regierungsstellen. In jedem Falle hatten die nationalsozialistischen Instanzen stets Priorität und unbegrenzte Zugriffsmöglichkeiten. Das Gebiet des heutigen Landes Sachsen-Anhalt war in der

---

2 Es handelt sich vor allem um Publikationen der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und Untersuchungen zu einzelnen Orten und Landschaften. Dazu kommen neuere Stadtgeschichten oder Schriften zur anhaltischen Geschichte, die sich mit der NS-Diktatur auseinandersetzen. Vgl. u. a. Sperk, Alexander: Anhalt im Nationalsozialismus (1932–1945). In: 800 Jahre Anhalt. Geschichte, Kultur, Perspektiven. Hrsg. v. Anhaltischen Heimatbund e. V., Döbel 2012, S. 403 ff.; Schmuhl, Hans-Walter: Halle in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, in: Geschichte der Stadt Halle, Bd. 2, Halle im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Werner Freitag und Katrin Minner, Halle/Saale 2006, S. 237 ff.; Lübeck, Wilfried: Das Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 und der Anteil von Persönlichkeiten aus Sachsen-Anhalt, in: Mathias Tullner (Hrsg.): Sachsen-Anhalt. Geschichte und Geschichten, Heft 1/2004, Magdeburg 2004, S. 21 ff.

3 Vgl. Unerwünscht-Verfolgt-Ermordet. Ausgrenzung und Terror während der nationalsozialistischen Diktatur in Magdeburg 1933–1945 (Magdeburger Museumsschriften 11, hrsg. von Matthias Puhle), Magdeburg 2008; zum Begriff und Phänomen der Verfolgung vgl. vor allem in diesem Bd.: Schmiechen-Ackermann, Detlef: Verfolgung und Widerstand in der NS-Zeit im Spiegel der sich wandelnden Erinnerungskultur in Deutschland, S. 11 ff.

Gaueinteilung der Nationalsozialisten im Wesentlichen in die Gaue Magdeburg-Anhalt und Halle-Merseburg gegliedert. Der Regierungsbezirk Erfurt der preußischen Provinz Sachsen war dem Gau Thüringen zugeordnet worden. Gauhauptstadt des Gaus Magdeburg-Anhalt war die anhaltische Hauptstadt Dessau, die der größeren Stadt Magdeburg vorgezogen worden war. Im Gau Halle-Merseburg hatte diese Stellung die Stadt Halle inne.

Eine weitere Besonderheit stellte dar, dass im Freistaat Anhalt bereits 1932 die erste NS-geführte Landesregierung Deutschlands bestand, die aus den Landtagswahlen vom April 1932 hervorgegangen war. Damit hatte sich das politische Klima im Land verschärft, doch bis zur Errichtung der NS-Diktatur im Reich hielten sich Terror und Verfolgung auch der Abgeordneten des Landtages bzw. des Reichstages in Grenzen.<sup>4</sup>

Von der Verfolgung durch das NS-Regime waren besonders Abgeordnete der Sozialdemokraten und Kommunisten, aber auch Abgeordnete anderer Parteien betroffen. Das traf auch auf die preußischen Provinzen Sachsen und Anhalt zu. Dennoch wiesen die preußische Provinz Sachsen und das Land Anhalt bis zur Zeit der NS-Diktatur politische Besonderheiten auf, die sich in der Zusammensetzung der verfolgten Abgeordneten widerspiegelten. Auffällig ist die schwache Repräsentation der katholischen Deutschen Zentrumspartei. Die Bevölkerung der preußischen Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt in der Zeit der Weimarer Republik sowie während der NS-Diktatur war in der Heimat Martin Luthers im Zeichen der Volkskirche weit überwiegend lutherisch oder auch reformiert. Die katholische Konfession war dagegen nur gering verbreitet. Das einzige geschlossene katholische Gebiet war das Eichsfeld, das aber nur zu einem Teil zur preußischen Provinz Sachsen gehörte. Zudem gehörten diese Teile des Eichsfeldes bei den Reichstagswahlen zum Wahlkreis Thüringen. Daher war die Zentrumspartei der Provinz Sachsen und Anhalts nur schwach in den Parlamenten repräsentiert. Die Region Magdeburg und der Freistaat Anhalt bildeten auch reichsweit Zentren der Sozialdemokratischen Partei.<sup>5</sup> Vor allem aus dem Zentrum Magdeburg stammten zahlreiche Sozialdemokraten, die auch in Preußen und reichsweit führende Stellungen inne hatten. Daher ergab sich eine bestimmte sozialdemokratische Konzentration von Abgeordneten in den Parlamenten. Die Region Halle-Merseburg war dagegen eines der Zentren der KPD in Deutschland. Dies hatte zur Folge, dass aus dieser Region in den Parlamenten besonders viele Abgeordnete der Kommunisten vertreten waren.<sup>6</sup> Die Parteienlandschaft der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt wies noch eine bestimmte Konzentration des Liberalismus auf, wobei vor allem die DDP stark vertreten war. Starken Rückhalt hatte hier auch die DNVP, die sich nicht allein auf ländliche Räume beschränkte, sondern auch im Beamtentum, der Justiz sowie in der evangelischen Amtskirche zahlreiche Anhänger hatte. Nicht zuletzt wegen der Stärke der Sozialdemokraten im Raum Magdeburg-Anhalt und der Kommunisten im Raum Halle-Merseburg fassten die Na-

---

<sup>4</sup> Vgl. Sperk, Alexander.: Vorgezogene Gleichschaltung? Anhalt unter der ersten NSDAP-geführten Landesregierung im Deutschen Reich, in: Justus Ulbricht (Hrsg.): Anhalts Weg ins „Zeitalter der Extreme“ 1871–1945, Halle/Saale 2014, S. 141 ff.

<sup>5</sup> Vgl. Die rote Stadt im roten Land. Ein Buch über das Werden und Wirken der Sozialdemokratie in der Stadt Magdeburg und dem Bezirk Magdeburg-Anhalt, Magdeburg 1929.

<sup>6</sup> Vgl. Schmuhl, S. 254 ff.

tionalsozialisten in der Arbeiterschaft relativ spät Fuß.<sup>7</sup> Auf der konservativen bzw. rechten politischen Seite dominierte sowohl in Magdeburg-Anhalt auch im Raum Halle der mit der DNVP verbundene Wehrverband „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“. Der Verband war in Magdeburg gegründet worden und hatte hier auch längere Zeit seine Reichszentrale. Wegen dieser Besonderheiten erfolgte der Aufstieg der Nationalsozialisten vergleichsweise verzögert und vollzog sich erst infolge der Wirkungen der Weltwirtschaftskrise.<sup>8</sup>

---

<sup>7</sup> Der Magdeburger NSDAP-Gauleiter Rudolf Krause bekannte dazu: „Versuche, in den ersten Kampfbjahren in den Betrieben an den deutschen Arbeiter zu kommen, zeigten nicht die Erfolge, die wir wünschten“. Krause, Rudolf: Zur Geschichte der NSDAP in Magdeburg, in: Der goldene Reiter. Heimatspiegel des Gaus Magdeburg-Anhalt, 2. Jg., Heft 2, Februar 1939, S. 43.

<sup>8</sup> Vgl. Tullner, Mathias: Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt, München 2008, S. 81.

## 3. Abgeordnete des Deutschen Reichstages

### – 3.1. Überblick, Geschichte und Struktur des Deutschen Reichstages

Im Ergebnis der Novemberrevolution von 1918 fanden am 19. Januar 1919 erstmals allgemeine, freie, geheime und direkte Wahlen nach dem Prinzip der Verhältniswahl zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung statt.<sup>1</sup> Wegen der unsicheren politischen Situation in der Hauptstadt Berlin wurde sie nach Weimar einberufen. Wahlberechtigt waren alle Männer und Frauen ab 20 Jahre. Damit waren Frauen erstmals in Deutschland wahlberechtigt. Die Nationalversammlung tagte vom 6. Februar 1919 bis zum 21. Mai 1920. Ihr gehörten 423 Abgeordnete an, davon 37 Frauen. Das Reich war in 38 Wahlkreise eingeteilt. Für das Gebiet des aktuellen Bundeslandes Sachsen-Anhalt bildeten der Regierungsbezirk Magdeburg und das Land Anhalt einen Wahlkreis, der ursprünglich die Nummer 12 erhielt. Der bevölkerungsreiche Regierungsbezirk Merseburg bildete den Wahlkreis 13. Der Regierungsbezirk Erfurt der preußischen Provinz Sachsen gehörte zusammen mit den thüringischen Kleinstaaten und dem Kreis Schmalkalden des Regierungsbezirkes Hessen-Nassau zum Wahlkreis 36. Die Wahlkreise wurden 1920 und 1924 neu festgelegt und nummeriert. Danach entfielen 1920 auf Magdeburg-Anhalt und Merseburg die Nummern 11 und 12, auf den thüringischen Wahlkreis mit Erfurt die Nummer 13.



Das Reichstagsgebäude im Jahr 1930.

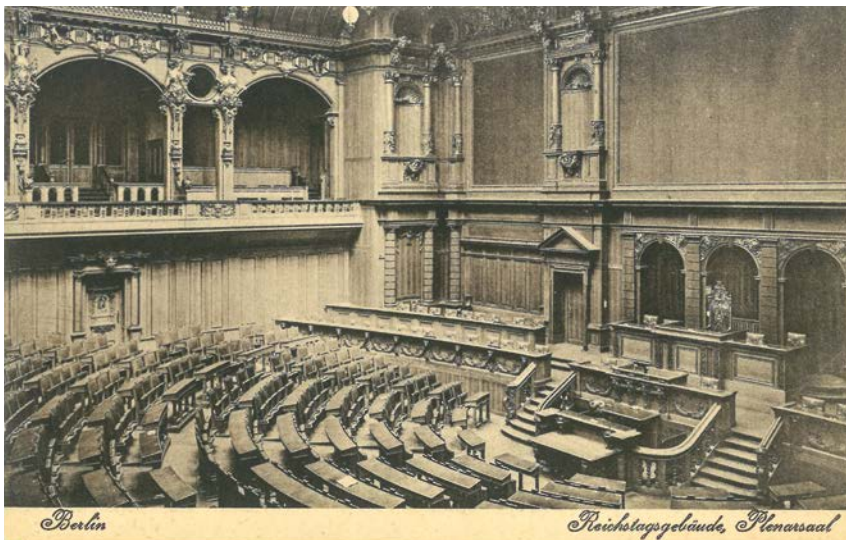
<sup>1</sup> Vgl. Schanbacher, Eberhard: Parlamentarische Wahlen und Wahlsystem in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1982, S. 66 ff.

Ab 1924 auf Magdeburg-Anhalt die Nummer 10, auf Merseburg 11 und auf den thüringischen Wahlkreis die Nummer 12.<sup>2</sup>

Nach der am 31. Juli 1919 beschlossenen, am 11. August von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichneten und am 14. August 1919 verkündeten ersten demokratischen Verfassung Deutschlands wurde der Reichstag alle vier Jahre in allgemeiner, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl nach dem Verhältniswahlrecht gewählt.<sup>3</sup>

Das aktive Wahlalter blieb beim vollendeten 20. Lebensjahr. Das passive Wahlrecht legte das Reichstagswahlgesetz von 1920 auf 25 Jahre fest. Für die Wahlen zum Reichstag der Weimarer Republik war die deutsche Republik in 35 Wahlkreise eingeteilt, die wiederum zu Wahlkreisverbänden zusammengefasst waren. Nach den Festlegungen des Wahlsystems wurde für je 60.000 Stimmen in einem Wahlkreis ein Sitz im Reichstag zugeteilt. Reststimmen der verbundenen Listen wurden im jeweiligen Wahlkreisverband zusammengerechnet. Die Wahlkreise Magdeburg-Anhalt, Merseburg und Thüringen waren im Wahlkreisverband Sachsen-Thüringen mit der Nummer VII zusammengefasst.

Der Reichstag war die Legislative der deutschen Republik. Er beriet und beschloss die Gesetze für das Reich und besaß das Budgetrecht. Er hatte die Entscheidung über Krieg und Frieden zu fällen und bestätigte die Staatsverträge. Dem Reichstag oblag die Kontrolle der Reichsregierung. Er konnte in diesem Zusammenhang die Regierung insgesamt oder



**Blick in den  
Plenarsaal des  
Deutschen  
Reichstages.**

---

<sup>2</sup> Vgl. Falter, Jürgen/Lindenberger, Thomas/Schumann, Siegfried: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986, S. 62 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI, Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981, S. 131 ff.



einzelne Minister mittels eines Misstrauensvotums zum Rücktritt zwingen.<sup>4</sup> Der Reichstag konnte vom Reichspräsidenten aufgelöst werden. Aus demselben Grund konnte er nicht mehrfach aufgelöst werden.

Während der Zeit der Weimarer Republik fanden sechs Reichstagswahlen statt. Die erste Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 veränderte die politische Landschaft, da nach Verlusten der Sozialdemokratie eine bürgerliche Regierung gebildet wurde.

Weitere Reichstagswahlen fanden unter anderem am 14. September 1930, am 31. Juli 1932 und am 6. November 1932 statt. Die letzte Reichstagswahl vom 5. März 1933 fiel bereits in die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur.

Keine der Legislaturperioden konnte regulär beendet werden, sondern der Reichstag wurde jeweils vom Reichspräsidenten wegen politischer Schwierigkeiten aufgelöst. Auf diese Weise kam es während des zwölfjährigen Bestehens der Weimarer Republik zu sechs Reichstagswahlen.

Noch häufiger als der Reichstag wechselten die Reichsregierungen. Es gab in der Zeit der Weimarer Republik 21 Reichsregierungen, die oft Minderheitsregierungen waren. Angesichts der häufig auftretenden politischen Krisen sah man schließlich nur einen Ausweg über Neuwahlen. Nur die ersten drei Reichstage blieben bis 1928 trotz ihrer jeweiligen vorzeitigen Auflösung etwa im Rahmen normaler Legislaturperioden zusammen.

Der Reichstag tagte in der Zeit der Weimarer Republik im Berliner Reichstagsgebäude.

---

<sup>4</sup> Zu den Zuständigkeiten des Reichstages vgl. vor allem: Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI, Stuttgart 1978, S. 1178 ff.

### – 3.2. Liste der verfolgten Abgeordneten

#### **SPD –**

Marie Arning

Fritz Baade

Gustav Bauer

Ferdinand Bender

Albert Bergholz

Nikolaus Bernhard

Minna Bollmann (*auch Landtag des Freistaates Preußen*)

Alwin Brandes

Wilhelm Dittmann

Gustav Ferl (*auch Landtag des Freistaates Preußen*)

Frieda Fiedler (*auch Landtag des Freistaates Anhalt*)

Wolfgang Heine (*auch konstituierende Landesversammlung Anhalt*)

Paul Hertz

Karl Höltermann

Richard Krüger (*auch konstituierende Landesversammlung Preußen*)

Otto Landsberg

Franz Peters (*auch Provinziallandtag der Provinz Sachsen*)

Heinrich Peus

Ernst Reuter (*auch Provinziallandtag der Provinz Sachsen*)

Gerhart Seger

#### **KPD –**

Marie Ahlers

Ernst Brandt

Fritz Emrich

Ernst Grube

Friedrich Heckert

Guido Heym (*auch Landtag des Freistaates Preußen Provinziallandtag der Provinz Sachsen*)

Edwin Hoernle

Wilhelm Koenen (*auch Landtag des Freistaates Preußen*)

Hedwig Krüger (*auch Landtag des Freistaates Preußen*)

Max Lademann

Kurt Rosenbaum

Johannes Schröter

Otto Walter

**DDP** – Fritz Hesse (*auch Landtag des Freistaates Anhalt*)

Hermann Hummel

**DVP** – Katharina von Oheimb

**DNVP** – Günther Gereke (*auch Provinziallandtag der Provinz Sachsen*)

Bernhard Leopold

Thilo von Trotha

**NSDAP** – Wolf-Heinrich Graf von Helldorff (*auch Landtag des Freistaates Preußen*)

### – 3.3. Kurzbiografien

---



#### **Marie Arning**

---

19.04.1887 – 12.09.1957

**SPD-Fraktion**

**Deutscher Reichstag**

---

Marie Arning, geb. Kall, wurde in Bramsche im Kreis Bersenbrück geboren. Sie war zunächst als Textilarbeiterin tätig und trat im Jahr 1908 dem Deutschen Textilarbeiterverband bei. Neben der gewerkschaftlichen Tätigkeit war sie politisch in der SPD aktiv. In der Zeit des Ersten Weltkrieges übernahm sie ehrenamtlich von 1914 bis 1918 in Duisburg die Aufgabe als Parteisekretärin. Im Jahre 1920 wurde sie hauptamtliche Frauensekretärin im SPD-Bereich Niederrhein. 1922 erfolgte ihr Ruf in den größeren Parteibereich Magdeburg, wo sie als Bezirkssekretärin der SPD für Frauenagitation und Bezirksleiterin der Arbeiterwohlfahrt wirkte.

Marie Arning wurde im Jahre 1924 in den Reichstag gewählt, dem sie bis 1930 angehörte. Sie war Fraktionsmitglied der SPD, ohne eine herausragende Position einzunehmen. Nach der Errichtung der NS-Diktatur in Deutschland im Jahre 1933 emigrierte Marie Arning zusammen mit dem Magdeburger Sozialdemokraten und Reichstagsabgeordneten Gustav Ferl (> *Gustav Ferl, Reichstag*) nach Belgien. Dort beteiligte sie sich im sozialdemokratischen Grenzsekretariat am Widerstand gegen die NS-Diktatur in Deutschland. Wegen ihrer politischen Tätigkeit wurde sie 1936 ausgebürgert. Nach dem deutschen Überfall auf Belgien und die Niederlande im Jahr 1940 wurde sie von der belgischen Fremdenpolizei verhaftet und in einem französischen Lager in Gurs interniert. Von dort erfolgte im Herbst 1940 ihre Rückführung nach Brüssel, wo sie in die Gewalt der Gestapo fiel, die sie in das Gefängnis nach Magdeburg überstellte. Wegen einer schweren Erkrankung wurde Marie Arning im Juli 1941 entlassen und unter Polizeiaufsicht gestellt. Dennoch hielt sie bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft Kontakt mit anderen SPD-Mitgliedern.

Nach dem Kriegsende nahm sie zunächst eine leitende Stellung im Arbeitsamt Magdeburg ein. Von den sowjetischen Besatzungsbehörden verhaftet, verbüßte sie 1946 eine halbjährliche Haft in Quedlinburg. Danach war sie ohne leitende Stellung abermals im Arbeitsamt Magdeburg bis 1951 tätig und wirkte darüber hinaus in weiteren Organisationen. Marie Arning starb zurückgezogen lebend am 11. September 1957 in Magdeburg.

1999 benannte die Arbeiterwohlfahrt ihr Haus in Magdeburg-Buckau nach Marie Arning.

---

**Lit.:** Fikentscher, Rüdiger/Krause, Udo: Viermal vorwärts, Halle/Saale 2014 (nachfolgend: Fikentscher), S. 89 ff; Herlemann, Beatrix: Marie Arning, in: Guido Heinrich, Gunter Schandera (Hrsg.): Magdeburger Biographisches Lexikon 19. und 20. Jahrhundert, Magdeburg 2002, S. 15.

---

## Fritz Baade

23.01.1893 – 15.05.1974

**SPD-Fraktion**  
**Deutscher Reichstag**



Fritz Baade legte das Abitur in Schulpforta im Jahre 1914 ab und nahm danach als Soldat am Ersten Weltkrieg bis 1918 teil. Er studierte Volkswirtschaftslehre, klassische Philologie, Kunstgeschichte, Theologie und Medizin an verschiedenen deutschen Universitäten. Während der Novemberrevolution wurde er zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates in Essen gewählt. Baade war in dieser Zeit Mitglied der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (USPD) und Stadtverordneter in Essen. Ab 1919 betätigte er sich als Landwirt bei Göttingen. An der dortigen Universität promovierte er 1922 zum Dr. rer. pol. Im gleichen Jahr kam er mit dem gemäßigten Flügel der USPD wieder zurück zur SPD.

Im Jahre 1925 wurde Baade mit der Leitung der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik in Berlin beauftragt. 1929 übernahm er die Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen und wurde außerdem Reichskommissar bei der Deutschen Getreide-Gesellschaft, später noch Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Roggenkommission.

Von 1930 bis 1933 war Fritz Baade Abgeordneter des Wahlkreises Magdeburg im Reichstag. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten verlor Baade 1933 sämtliche Ämter und Funktionen. Er zog sich zurück und bewirtschaftete zunächst einen landwirtschaftlichen Betrieb in Kirchmöser.

Um weiteren Verfolgungen durch das NS-Regime zu entgehen, emigrierte Fritz Baade 1935 in die Türkei, wo er bis 1939 als Berater bei der türkischen Regierung in Ankara tätig war. Er hatte großen Anteil an der Anstellung des von den Nationalsozialisten verfolgten Magdeburger Oberbürgermeisters Ernst Reuter beim türkischen Wirtschaftsministerium. (> *Ernst Reuter, Reichstag*) nach Ankara.

Nach 1945 ging Fritz Baade zunächst als Publizist in die USA. Im Jahre 1948 folgte er einem Ruf der Universität Kiel als Professor und als Direktor des Instituts für Weltwirtschaft. Im August 1948 nahm er als Bevollmächtigter des Landes Schleswig-Holstein am Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee teil. Von 1949 bis 1965 war er Mitglied des Deutschen Bundestages.

---

**Lit.:** Möckelmann, Reiner: Wartesaal Ankara. Ernst Reuter – Exil und Rückkehr nach Berlin, Berlin 2013.

---



## **Gustav Bauer**

---

06.01.1870 – 16.09.1944

**SPD**

**Deutscher Reichstag**

Gustav Bauer besuchte in Königsberg die Volksschule und wurde danach Schreiber in einer Rechtsanwaltskanzlei. Wegen einer schweren Erkrankung musste ihm 1888 ein Bein amputiert werden. Er gründete 1895 den „Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands“ und wurde deren Vorsitzender. Wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit entlassen, widmete er sich hauptamtlich der Gewerkschaftsarbeit und wurde 1908 zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. 1912 wählte man ihn zum Aufsichtsratsvorsitzenden der neu gegründeten „Volksfürsorge“.

Im gleichen Jahr zog Gustav Bauer erstmals für die SPD in den Reichstag für den Wahlkreis Breslau ein. In diesem Wahlkreis wurde er auch in die Nationalversammlung von Weimar gewählt. Dem Reichstag gehörte er von 1920 bis 1925 für den Wahlkreis Magdeburg an.

Gustav Bauer war in der kaiserlichen Regierung des Prinzen Max von Baden im Oktober/November 1918 einige Wochen Staatssekretär. Dem sozialdemokratisch geführten Kabinett Scheidemann gehörte er als Reichsarbeitsminister an. Nach dem Rücktritt Scheidemanns wurde Gustav Bauer vom 21. Juni 1919 bis 26. März 1920 selbst Reichskanzler. Die von ihm geführte Reichsregierung hat den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet, obwohl Bauer selbst dessen Bedingungen ablehnte.

In Bauers Amtszeit als Reichskanzler setzte Finanzminister Matthias Erzberger die umfangreichste Finanzreform der deutschen Steuergeschichte durch. Nach dem Kapp-Putsch im März 1920 musste Bauer zurücktreten, weil er das Vertrauen seiner Partei und der Gewerkschaften verloren hatte. In der darauf folgenden Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller war er Schatz- und auch Verkehrsminister. Auch im Kabinett Wirth war Gustav Bauer 1921 Reichsschatzminister und Vizekanzler.

1925 war er in einen Bestechungsskandal verwickelt und wurde für ein Jahr aus der SPD ausgeschlossen. Gustav Bauer gehörte dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold an. Nach seinem Ausscheiden aus der aktiven Politik war er Geschäftsführer einer Berliner Wohnungsbaugesellschaft.

In der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur wurde Gustav Bauer inhaftiert. Ihm wurden formal Steuerdelikte zur Last gelegt, die sich nicht bestätigen ließen. Danach zog er sich aus der Öffentlichkeit zurück.

## Ferdinand Bender

24.10.1870 – 26.10.1939



SPD

Deutscher Reichstag

Der bedeutende deutsche Gewerkschafter wurde 1870 in Halver, Kreis Altena, geboren. Ferdinand Bender erlernte wie sein Vater den Beruf eines Schlossers. In seiner Jugendzeit und wohl auch während seiner Wanderschaft in Deutschland und Frankreich ist er mit anarchistischen Ideen in Berührung gekommen. Sein Eintritt in die SPD ist nicht genau überliefert, dagegen ist er nachweisbar 1892 dem „Deutschen Metallarbeiterverband“ beigetreten. Wegen anarchistischer Aktivitäten wurde Bender 1894 aus der Schweiz ausgewiesen, ging nach Frankreich, wo ihm im gleichen Jahr dasselbe Schicksal widerfuhr. Ferdinand Bender wandte sich zunächst nach Stuttgart, Agitationsreisen führen ihn bereits vor der Jahrhundertwende nach Weißenfels und Halle. Wegen seiner Agitationstätigkeit wurde er in Halle verhaftet und verbüßte insgesamt 32 Monate in einer Haftanstalt bei Frankfurt (Main).

Nach seiner Freilassung wies man ihn aus Berlin aus und er ging nach Magdeburg. Hier wandelte er sich vom Anarchisten zum sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Seit der Jahrhundertwende trat Bender als Redner in Magdeburg und Umgebung auf. Er war 1901 hier zum hauptamtlichen Leiter der Ortsverwaltung des „Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter“ gewählt worden. Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung stieg er rasch zu einem beliebten und erfolgreichen Funktionär auf. Daher beauftragte ihn der Transportarbeiterverband im Oktober 1907 mit der Leitung der Verwaltungsstelle in Elberfeld und zugleich mit der Leitung des Gaus Rheinland-Westfalen. In dieser Zeit erlangte er eine zunehmende Bekanntheit in der Gewerkschaftsbewegung auf Reichsebene.

Bereits in den Jahren 1903 und 1907 war Ferdinand Bender Reichstagskandidat der Sozialdemokratie in Magdeburg bzw. in Anhalt, ohne das Mandat zu erringen. 1912 aber eroberte er in Anhalt einen Sitz im Reichstag. Er blieb ununterbrochen Mitglied des kaiserlichen Reichstages, der Nationalversammlung von Weimar und des republikanischen Reichstages bis 1932. Im November 1918 war Bender Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates von Bernburg. 1919 wählte ihn der 10. Verbandstag des Deutschen Transportarbeiterverbandes zum hauptamtlichen Vorstandsmitglied bzw. Sekretär. Er blieb in dieser Funktion bis zur Krise und Auflösung des Verbandes. Als führender Gewerkschaftsfunktionär vertrat er seinen Verband auch auf internationalen Tagungen.

Nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die NS-Diktatur zog Ferdinand Bender nach Berlin-Bohnsdorf. Neben Diffamierungen aller Art wurde ihm eine Rente verweigert. Er lebte unter bescheidenen Umständen zurückgezogen bis zu seinem Tod am 26. Oktober 1939.

---

Lit.: John, Matthias: Ferdinand Bender (1870–1939). Sein Weg vom Anarchisten zum führenden Gewerkschaftsfunktionär, Berlin 2005.

---



## **Albert Bergholz**

10.01.1892 – 1957

---

**SPD**

**Deutscher Reichstag**

Albert Bergholz besuchte die Volksschule in seiner Geburtsstadt Halle und wurde 1908 hier Vorsitzender der Arbeiterjugend. Zwischen 1910 und 1914 arbeitete er als Zigarrenmacher im In- und Ausland. In die SPD trat er etwa 1910 ein.

Während der Novemberrevolution war Albert Bergholz Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Leipzig. Im Herbst 1919 wurde er Redakteur der Zeitung „Volksbote“ in Zeitz und später Vorsitzender der dortigen Unterbezirksorganisation der SPD.

Im Juni 1929 rückte Bergholz als Abgeordneter in den Reichstag nach und vertrat dort den Wahlkreis Merseburg bis September 1930. Danach gehörte er dem Reichstag nochmals von Juli 1932 bis März 1933 für den Wahlkreis Merseburg an.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur wurde Albert Bergholz zunächst in Zeitz von SA-Kommandos schwer misshandelt, ab Ende April 1933 im KZ Weißenfels inhaftiert und am 7. August in das KZ Lichtenburg überführt. Dort wurde er bis 15. Oktober 1934 festgehalten. Am 16. Mai 1936 wurde Albert Bergholz erneut verhaftet und Tage später wieder freigelassen. Am 17. März 1937 sprach ihn das Kammergericht Berlin vom Vorwurf der Verbreitung illegaler Schriften frei.

Albert Bergholz war während der Zeit der SBZ Vizepräsident der „Deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie“ und danach Vizepräsident der Deutschen Wirtschaftskommission der frühen DDR.

Er ist im Jahre 1957 in Berlin-Köpenick verstorben.



## Nikolaus Bernhard

03.04.1881 – 19.08.1957

---

**SPD**  
**Deutscher Reichstag**



Nikolaus Bernhard besuchte im schwäbischen Ort Bühl (heute: Landkreis Günzburg/Bayern) die Volksschule und absolvierte anschließend eine Ausbildung zum Maurer und Stuckateur. Bis 1906 war er als Maurergeselle tätig. Er trat um 1900 sowohl der SPD als auch den freien Gewerkschaften bei. Ab 1906 war er Geschäftsführer des Maurerverbandes bzw. Bauarbeiterverbandes in Heilbronn, Pforzheim und Straßburg. In Pforzheim war Bernhard 1911 Vorsitzender der örtlichen SPD und Stadtverordneter. Er nahm als Soldat am Ersten Weltkrieg teil.

Nach dem Ersten Weltkrieg war er in der Leitung des Bauarbeiterverbandes tätig, bis 1924 Sekretär, von 1924 bis 1927 zweiter Vorsitzender und von 1927 bis 1933 erster Vorsitzender des Verbandes. Ab 1932 war Nikolaus Bernhard Präsident der „Bauarbeiterinternationale“. Der vielbeschäftigte Gewerkschaftler war darüber hinaus von 1930 bis 1933 Mitglied im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und hatte weitere Ämter inne. Dazu gehörte die Mitgliedschaft im Bundesvorstand des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (ADGB). Von 1930 bis 1932 und noch einmal 1933 war Bernhard Mitglied des Reichstages für den Wahlkreis Magdeburg. Bereits zu Beginn der nationalsozialistischen Diktatur wurde er in Berlin inhaftiert. In der Folgezeit war Nikolaus Bernhard vielfacher Verfolgung durch das NS-Regime ausgesetzt, wozu eine zweimalige Haft im KZ Sachsenhausen in den Jahren 1939 und 1944 sowie Haft in verschiedenen Gefängnissen gehörten.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war Nikolaus Bernhard Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bau in Berlin und von 1947 bis 1948 dritter Vorsitzender des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (FDGB) in der SBZ. Wegen der zunehmenden Stalinisierungspolitik in der SBZ trat Nikolaus Bernhard Ende 1948 aus der SED und dem FDGB aus und ging nach Westberlin.



## **Minna Bollmann**

31.01.1876 – 09.12.1935

---

**SPD**

**Deutscher Reichstag**

*auch: Landtag des Freistaates Preußen*

Die Halberstädterin Minna Bollmann stammte aus einer sozialdemokratischen Familie. Ihr Vater, der Schneidermeister August Zacharias, war einer der Begründer der dortigen sozialdemokratischen Ortsgruppe. Seit 1896 betrieb Minna Bollmann mit ihrem Mann in Halberstadt eine Gastwirtschaft, die bereits in der Zeit des „Sozialistengesetzes“ Versammlungslokal der Sozialdemokraten und im Besitz der Familie Bollmann war. Damit gehörte die Gastwirtschaft zu den ältesten Parteilokalen der deutschen Arbeiterbewegung. Minna Bollmann hat sich bereits früh mit sozialistischen Ideen auseinandergesetzt und aktiv am Parteilieben der Sozialdemokratie beteiligt, obwohl das für Frauen in der Zeit des Deutschen Kaiserreiches auch in der Arbeiterbewegung nicht selbstverständlich war.

Spätestens seit 1907 trat Minna Bollmann als Rednerin in Versammlungen der Arbeiterbewegung auch außerhalb von Halberstadt auf. Zu den bevorzugten Themen, mit denen sie sich auseinandersetzte, gehörte die Gleichberechtigung der Frau. Dabei entfaltete Minna Bollmann politisches und rednerisches Talent, welches sie bereits vor dem Ersten Weltkrieg zu einer überregional wahrgenommenen Persönlichkeit der Sozialdemokratie werden ließ.

Seit dem Jahre 1901 leitete sie den fast 2000 Mitglieder zählenden Halberstädter Frauenbildungsverein. Die hohe Zahl der Mitglieder des Frauenbildungsvereins deutet auf die organisatorischen Fähigkeiten Minna Bollmanns hin. Der Bildungsverein konnte 1908 in die sozialdemokratischen Organisationen überführt werden.

Im Jahre 1904 nahm Minna Bollmann als Delegierte sowohl am Bremer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie als auch am ersten Internationalen Frauenkongress in Stuttgart teil.

Während des Ersten Weltkrieges war sie in der Kriegsfürsorge tätig. In den Auseinandersetzungen der Novemberrevolution 1918 bis 1919 stand sie auf der Seite der Mehrheitssozialdemokratie, das bedeutet, sie sprach sich gegen die Einführung einer Räterepublik aus. Als Mitglied der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung in Weimar 1919/20 war Minna Bollmann nach Einführung des Frauenwahlrechtes eine der ersten Frauen in einem deutschen Parlament. In der Deutschen Nationalversammlung von Weimar waren insgesamt 37 Frauen vertreten

Minna Bollmann war Fraktionsmitglied der SPD (Mehrheitssozialdemokratie). Allerdings scheiterte ihre abermalige Wahl bei den Reichstagswahlen des Jahres 1920. Im gleichen Jahr wurde sie jedoch für den Wahlkreis Magdeburg in den Landtag des Freistaates Preußen gewählt. Sie war bis 1933 ohne Unterbrechung Mitglied des preußischen Landtages. Hier erreichte sie als Parlamentarierin ihre größte politische Wirksamkeit.

In der Stadt Halberstadt war Minna Bollmann von 1919 an Stadtverordnete der SPD bis zur Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur im Jahre 1933.

Während der NS-Diktatur setzte Minna Bollmann in ihrer Gastwirtschaft ihre politische Tätigkeit in der Illegalität fort. Die Gastwirtschaft war einer der Treffpunkte von Gegnern der nationalsozialistischen Herrschaft. Anfang Dezember 1935 wurde Minna Bollmann wegen dieser Tätigkeit denunziert. Sie entzog sich der drohenden Verhaftung durch ihren Freitod am 9. Dezember 1935.

---

**Lit.:** Fikentscher, S. 128 ff; Stolze, Elke: Die weiblichen „Herren Abgeordneten“. Politikerinnen der Region Sachsen-Anhalt 1918–1945, Halle/Saale 2007; Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.): Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, Marburg 2000; Herlemann, Beatrix: „Wir sind geblieben, was wir waren, Sozialdemokraten“, Halle/Saale 2001.

---



## **Alwin Brandes**

12.06.1866 – 06.11.1949

---

**SPD**  
**Deutscher Reichstag**

Alwin Brandes absolvierte in Quedlinburg und Magdeburg die Schule und erlernte anschließend den Beruf eines Schlossers, in dem er in Magdeburg, Leipzig und Halle tätig war. 1890 trat er der SPD bei, später dem Deutschen Metallarbeiterverband, dessen Geschäftsführer er seit 1900 in Magdeburg war. Von 1901 bis 1918 war er Stadtverordneter der SPD in Magdeburg, 1912 zum Abgeordneten des Reichstages im Wahlkreis Halberstadt/Wernigerode gewählt. Im Jahre 1917 schloss sich Brandes der USPD an. Im Zuge der Novemberrevolution amtierte Alwin Brandes 1918/19 in Magdeburg als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates. Im April 1919 war seine Verhaftung wegen vermuteter Vorbereitung zu einem Militärputsch Anlass für Unruhen und deren Niederschlagung durch regierungstreue Freikorpsverbände. Der bekannte Gewerkschaftsführer wurde jedoch bereits eine Woche später wegen fehlender Beweise wieder freigelassen.

1920 wurde Alwin Brandes für die USPD in den Reichstag gewählt. Er war seit 1919 einer der drei gleichberechtigten Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes. 1922 schloss sich Brandes wieder der SPD an und wurde 1918, 1932 und 1933 erneut in den Reichstag gewählt. Seit 1926 war er der anerkannte Führer des Deutschen Metallarbeiterverbandes bis zu dessen Zerschlagung durch die Nationalsozialisten im Mai 1933. Alwin Brandes gehörte zu den bedeutendsten gewerkschaftlichen Widerstandskämpfern gegen das NS-Regime. Im Jahre 1934 wurde er verhaftet und im KZ Oranienburg inhaftiert. Er wurde 1936 erneut verhaftet, vom „Volksgerichtshof“ zwar freigesprochen, aber bis 1937 im KZ Sachsenhausen in „Schutzhaft“ gehalten. Danach hielt er Verbindungen zum gewerkschaftlichen Widerstand, ohne abermals entdeckt zu werden.

Brandes überlebte den Zusammenbruch des NS-Regimes in Berlin. Dort wurde er nach 1945 in Köpenick für die SPD sowie in der neu entstehenden Gewerkschaftsbewegung politisch aktiv. Dort war er für die vom FDGB abgespaltene „Unabhängige Gewerkschaftsopposition“ tätig.

---

**Lit.:** Hoffmann, Joachim: Brandes, Alwin, in Magdeburger Biographisches Lexikon, S. 85 f; Heinz, Stefan/Mielke, Siegfried: Alwin Brandes. Revolutionär – Reformier – Widerstandskämpfer, in: Aufbegehren. 100 Jahre Novemberrevolution, hrsg. vom Vorstand der IG Metall und der IG Metall Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen, Berlin 2018, S. 12 – 29.

---

**Wilhelm Dittmann**

13.11.1874 – 07.08.1954

---

**SPD**  
**Deutscher Reichstag**


Dittmann erlernte nach der Volksschule den Beruf eines Tischlers. 1894 wurde er Mitglied der SPD und des Holzarbeiterverbandes. Seit 1899 war er Redakteur von sozialdemokratischen Zeitungen in Bremerhaven und Solingen.

Nach einer Tätigkeit in Frankfurt (Main) als Parteisekretär kehrte er 1909 nach Solingen zurück und zog 1912 für die SPD erstmals in den Reichstag ein. Dort stimmte er 1915 gegen die Kriegskredite. Wegen unterschiedlicher Auffassungen vor allem zum Ersten Weltkrieg wurde Wilhelm Dittmann im März 1916 aus der Fraktion der SPD ausgeschlossen und gründete im gleichen Jahr zusammen mit Hugo Haase und Georg Ledebour die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“. Wilhelm Dittmann war Gründungsmitglied der USPD im Jahre 1917. Wegen seiner Beteiligung am Berliner Munitionsarbeiterstreik wurde Dittmann im Februar 1918 zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, jedoch nach der Berufung der Regierung Max von Baden im Oktober 1918 aus der Haft entlassen. Vom 10. November bis 29. Dezember 1918 war Wilhelm Dittmann für die USPD Mitglied des „Rates der Volksbeauftragten“.

Bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 wurde Wilhelm Dittmann für die USPD im Wahlkreis Magdeburg in den Reichstag gewählt. Im gleichen Jahr lehnte er während des II. Weltkongresses der „Kommunistischen Internationale“ in Moskau entgegen der Empfehlung des USPD-Parteitag in Halle (Saale) eine Vereinigung mit der KPD ab. Danach blieb er in der Führung der Rest-USPD und optierte wie eine starke Minderheit der USPD für ein Zusammengehen mit der Mehrheitssozialdemokratie. 1922 wurde Wilhelm Dittmann wieder Mitglied der SPD. Dittmann wurde Sekretär im Parteivorstand der SPD und geschäftsführender Vorsitzender der Reichstagsfraktion. Er war von 1920 bis 1925 einer der Vizepräsidenten des Reichstages. Dem Reichstag gehörte er für die USPD/SPD bis 1933 an, von 1920 bis 1928 für den Reichstagswahlkreis Magdeburg-Anhalt.

Wilhelm Dittmann floh im Februar 1933 auf Empfehlung des Parteivorstandes der SPD nach Österreich, weil er als „Novemberverbrecher“ von den nationalsozialistischen Machthabern in einem Schauprozess angeklagt werden sollte. Von Österreich gelangte Dittmann in die Schweiz, wo er an der Geschichte der Sozialdemokratie zwischen den Jahren 1914 und 1933 arbeitete. Diese wurde von der sozialdemokratischen Exilorganisation jedoch nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Im Jahre 1951 kehrte Wilhelm Dittmann in die Bundesrepublik Deutschland zurück und war im Archiv der SPD in Bonn tätig.

Seine Memoiren wurden im Jahr 1995 posthum veröffentlicht und gelten als eine wertvolle Quelle zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts.

---

**Lit.:** Wollenberg, Jörg: Wilhelm Dittmann – Ein ungeliebter demokratischer Sozialist, Zeitschrift Z, Nr. 115, Sept., 2018.



## **Gustav Ferl**

23.12.1890 – 25.04.1970

---

**SPD**

**Deutscher Reichstag**

*auch: Landtag des Freistaates Preußen*

---

Gustav Ferl wurde als Sohn einer Landarbeiterfamilie in Groß-Ottersleben bei Magdeburg geboren. Nach dem Besuch der Volksschule schloss er eine Tischlerlehre erfolgreich ab. In diesem Beruf arbeitete er bis 1919 als Geselle. Seit 1905 hatte Gustav Ferl verschiedene Funktionen in der Arbeitersportbewegung von Magdeburg und Umgebung inne. Er war selbst einer der aktiven Arbeitersportler im Raum Magdeburg. Während der Zeit der Weimarer Republik nahm er zum Teil leitende Stellungen im Arbeitersport ein – so als Vorstandsmitglied des Landessportkartells für Sachsen-Anhalt. Gleichzeitig war Gustav Ferl in der sozialdemokratischen Bewegung aktiv. Das genaue Datum seines Eintritts in die SPD konnte nicht ermittelt werden, liegt aber deutlich vor dem Ersten Weltkrieg.

Nach der Novemberrevolution und der Gründung der Weimarer Republik arbeitete Ferl hauptberuflich ab 1919 als sozialdemokratischer Parteisekretär in Magdeburg. Von 1922 bis 1933 war er dann Bezirksparteisekretär für den Parteibezirk Magdeburg-Anhalt. Außerdem war er Mitglied im zentralen Parteiausschuss der SPD.

Gustav Ferl war einer der Mitbegründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im Jahre 1924, von 1932 bis 1933 ihr zweiter Bundesführer.

Der Magdeburger Sozialdemokrat aus Ottersleben war dort von 1919 bis 1924 auch Gemeindevereiner und bis 1929 Mitglied des Kreistages des Kreises Wanzleben.

Von 1925 bis 1933 vertrat er den Wahlkreis Magdeburg im Reichstag. Außerdem war er 1924 und 1925 Mitglied des preußischen Landtages. Im Reichstag stimmte Ferl 1933 mit seiner Fraktion gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur befand er sich in großer Gefahr, verhaftet zu werden. Im Mai 1933 wurde er durch Angehörige der SS misshandelt. Deshalb ging Gustav Ferl zusammen mit der ebenfalls gefährdeten Marie Arning (> *Maria Arning, Reichstag*) nach Belgien ins Exil. Dort engagierte er sich für die Sopade. (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei im Exil). Dabei kam es auch zu Kontakten mit Vertretern der KPD, um Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu besprechen. Unter diesen KPD-Vertretern befand sich auch Walter Ulbricht. Später emigrierte Ferl nach Frankreich und wurde dort von 1939 bis 1941 in Gurs interniert. Als er von dort frei kam, gelang es ihm, ins Exil in die USA zu gehen. Dort leitete er ein Sportheim in der Stadt Indianapolis. In den USA blieb Gustav Ferl bis 1958. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland ließ er sich in Bremen nieder. Eine bedeutende politische Rolle hat er nicht mehr eingenommen.

---

**Lit.:** Drechsler, Ingrun: Ferl, Gustav, in: Magdeburger Biographisches Lexikon, S. 175.

---

## Frieda Fiedler

14.04.1885 – 21.12.1965

**SPD**

**Deutscher Reichstag**

*auch: Landtag des Freistaates Anhalt*



Frieda Fiedler, geb. Mannigel, wurde in Altona geboren. Die Tochter eines Korbmachers ist in Halle/Saale aufgewachsen. Um das Jahr 1908 kam sie zur sozialdemokratischen Bewegung. Nach der Novemberrevolution begann sie in der anhaltischen Stadt Bernburg eine größere politische Rolle zu spielen. Sie gründete im Jahre 1920 die Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Bernburg und übernahm deren Vorsitz. 1929 wurde sie die Vorsitzende der AWO im ganzen SPD-Parteibezirk Magdeburg-Anhalt.

Parlamentarisch erwarb sie erste Erfahrungen als Stadtverordnete von Bernburg vom Jahre 1921 an. Sie war bis 1933 Mitglied im Bernburger Stadtparlament. Im Jahre 1924 wurde Frieda Fiedler in den Landtag des Freistaates Anhalt gewählt. Dem Landtag gehörte sie bis 1932 an.

In Anhalt sowie im sozialdemokratischen Parteibezirk Magdeburg-Anhalt galt Frieda Fiedler als angesehene und profilierte Politikerin und prägte die Frauenpolitik der Partei. Am 2. Januar 1932 rückte Frieda Fiedler für den verstorbenen Magdeburger Abgeordneten und früheren Oberbürgermeister Hermann Beims (> *Hermann Beims, Reichstag*) in den Reichstag nach. Dieses Mandat verlor sie jedoch nach den Reichstagswahlen im Juli 1932 wieder. Nach der Errichtung des NS-Diktatur 1933 verlor Frieda Fiedler nicht nur ihre Wahlämter in der Stadt Bernburg, sondern auch ihre Stellung bei der Arbeiterwohlfahrt. Sie hat die NS-Diktatur und den Zweiten Weltkrieg überlebt. Nach 1945 wurde Frieda Fiedler im Zuge der Zwangsvereinigung von SPD und KPD Mitglied der SED und war kurzzeitig Stadtverordnete in Magdeburg. Als sozialdemokratische Politikerin war sie nicht bereit, sich der Stalinisierungspolitik in der sowjetischen Besatzungszone zu unterwerfen. Sie ging in die Westzonen Deutschlands und ist dort in Königstein/Taunus verstorben.

---

**Lit.:** Ziegler, Günther: Zwischen Wörlitz und Mosigkau. Parlamentarismus in Anhalt, III. Die anhaltischen Land- und Reichstagsabgeordneten zwischen 1918 (1919) und 1933, Dessau 1995; Stolze, Elke: Die weiblichen „Herren Abgeordneten“. Politikerinnen der Region Sachsen-Anhalt 1918–1945, Halle/Saale 2007.

---



## Wolfgang Heine

03.05.1861 – 09.05.1944

**SPD**

**Deutscher Reichstag**

*auch: Konstituierende Landesversammlung Anhalt 1918*

Der Sohn eines Gymnasialdirektors wurde in Posen geboren und besuchte in Breslau das Gymnasium. Heine studierte Naturwissenschaften und Jura in Breslau, Tübingen und Berlin und ging zunächst in den preußischen Justizdienst. 1887 trat er der SPD bei. Ab 1889 war er als Rechtsanwalt in Berlin tätig. Er galt als Rechtsexperte seiner Partei.

Dem Reichstag gehörte Heine seit 1898 an. Ab 1912 nahm er ein Reichstagsmandat für den Wahlkreis Anhalt wahr. Wegen dieses Reichstagsmandats wiesen ihm die anhaltischen Sozialdemokraten eine führende Stellung in der Folge der Novemberrevolution in Anhalt zu. Nach der Abdankung des Anhaltischen Herzoghauses trat Wolfgang Heine an die Spitze des nunmehr gebildeten Staatsrates (Regierung) in Anhalt. Er wurde in die am 15. Dezember 1918 einberufene Konstituierende Landesversammlung Anhalts gewählt. Heine vertrat Anhalt auch in der Nationalversammlung von Weimar 1919 und erlangte ein Reichstagsmandat im Wahlkreis Magdeburg-Anhalt im gleichen Jahr.

Von Dezember 1918 bis März 1919 war Wolfgang Heine als Ministerpräsident Anhalts gleichzeitig Justizminister in Preußen. Nach seiner Berufung zum Innenminister in Preußen legte er seine anhaltischen Ämter nieder. Als Heine nach dem Kapp-Putsch im März 1920 in die Kritik geriet und zurücktrat, nahm er wieder seine Rechtsanwaltschaftstätigkeit in Berlin auf. Von 1923 bis 1925 war er Mitglied des „Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik“. In Anhalt ist er politisch nicht wieder aktiv geworden.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur entzog sich Wolfgang Heine den Verfolgungen durch das Regime durch Emigration in die Schweiz. Dort ist er 1944 verstorben.



---

**Paul Hertz**

23.06.1888 – 23.10.1961

---

**SPD**  
**Deutscher Reichstag**

---

Der Sohn eines jüdischen Kaufmanns wurde in Worms geboren, wuchs in Hamburg und Stettin auf und fand bereits früh zu den Organisationen der deutschen Sozialdemokratie. Paul Hertz schloss sich der USPD an und vertrat ab 1920 diese Partei im Deutschen Reichstag. Mit der Mehrheit der USPD-Mitglieder kehrte er 1922 zur SPD zurück und setzte seine Abgeordnetentätigkeit im Reichstag fort. Er galt als Finanz- und Wirtschaftsfachmann der Fraktion der SPD und amtierte als Fraktionssekretär. Von 1919 bis 1925 war Paul Hertz auch Stadtverordneter in Berlin-Charlottenburg.

Wegen seiner politischen und publizistischen Tätigkeit sah er sich bereits in dieser Zeit antisemitischen Diffamierungen und Angriffen ausgesetzt.

1928 wurde Paul Hertz, der bislang über die Reichswahlliste in den Reichstag gewählt worden war, im Wahlkreis Merseburg als Abgeordneter direkt gewählt.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur beauftragte ihn die SPD-Führung zusammen mit Otto Wels, Erich Ollenhauer und anderen mit der Errichtung einer Auslandsstelle der Partei. Er gehörte zu den Sozialdemokraten, nach denen besonders gefahndet wurde. Daher ging er zunächst nach Saarbrücken, später nach Prag, wo er Mitglied des Exilvorstandes der SPD (Sopade) war. Paul Hertz war vor allem für die Pressearbeit zuständig und leitete verschiedene Presseerzeugnisse des Exilvorstandes.

Im Frühjahr 1934 wurde Paul Hertz ausgebürgert. Er gehörte zu denjenigen Exilpolitikern, die sich intensiv um die Aufrechterhaltung der Kontakte zwischen dem innerdeutschen Widerstand und der Exilorganisation bemühten. Im Sommer 1937 ging er nach Spanien. Im Jahre 1938 kam es zum Bruch mit der SPD, weil Paul Hertz für Zweckbündnisse mit politisch extremen Gruppen, die KPD eingeschlossen, eintrat. Er konnte 1939 mit seiner Familie in die USA emigrieren.

Im Jahre 1949 rief Ernst Reuter (> *Ernst Reuter, Reichstag*), mittlerweile Regierender Bürgermeister von Westberlin, Paul Hertz nach Deutschland zurück. Hertz nahm ab 1950 in Westberlin verschiedene hohe Ämter im Finanz- und Wirtschaftsbereich wahr und wurde 1955 Senator für Wirtschaft und Finanzen.

---

**Lit.:** Werner Breunig/Andreas Herbst: Biografisches Handbuch der Berliner Stadtverordneten und Abgeordneten 1946–1963 (= Schriftenreihe des Landesarchivs Berlin. Bd. 14). Landesarchiv Berlin, Berlin 2011.

---



## **Karl Höltermann**

20.03.1894 – 03.03.1955

---

**SPD**

**Deutscher Reichstag**

Karl Höltermann, in Pirmasens geboren, wuchs in Nürnberg auf, wo er zum Schriftsetzer ausgebildet wurde und früh der sozialistischen Arbeiterjugend, der Gewerkschaft und der SPD beitrug. Er nahm am Ersten Weltkrieg teil und wurde als Unteroffizier demobilisiert. Karl Höltermann wandte sich danach der sozialdemokratischen Pressearbeit zu. Er arbeitete zunächst bei der „Fränkischen Tagespost“ und später beim „Sozialdemokratischen Pressedienst“ in Berlin. 1920 berief ihn die Magdeburger „Volksstimme“ zum politischen Redakteur. Nach dem Ausscheiden Paul Baders stieg er zum Chefredakteur der Magdeburger Tageszeitung auf.

Höltermann hatte 1922/23 zusammen mit führenden Magdeburger Sozialdemokraten angesichts der Angriffe der linken und rechten Feinde auf den Bestand der deutschen Republik eine „Republikanische Notwehr“ gegründet. Zusammen mit dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten Otto Hörsing war er eine der treibenden Kräfte zur Gründung der republikanischen Schutzorganisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Jahre 1924, die in Magdeburg ihr Reichszentrum hatte. Karl Höltermann wurde stellvertretender Bundesvorsitzender. Er leitete die in Magdeburg erscheinende Bundeszeitung der Organisation. Außerdem gehörte Höltermann der Wehrkommission der SPD an, welche die Grundlinien der Wehrpolitik der Partei in Vorbereitung des Parteitages 1929 in Magdeburg ausarbeitete. Nach 1930 baute Karl Höltermann paramilitärische republikanische „Schutzformationen“ gegen die erstarkende nationalsozialistische Bewegung auf. Im Dezember 1931 übertrug man ihm die kommissarische Leitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, dessen Bundesvorsitzender er ab April 1932 war. In dieser Zeit organisierte Höltermann die „Eiserne Front“ als republikanische Schutzorganisation, ein Bündnis der Sozialdemokratie mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und Sportverbänden.

Im Jahre 1932 zog er für die SPD als Abgeordneter des Wahlkreises Magdeburg in den Deutschen Reichstag ein, dem er bis Juni 1933 angehörte.

Karl Höltermann gehörte zu den Sozialdemokraten, welche der Absetzung der amtierenden preußischen Landesregierung durch die Reichsregierung unter Franz von Papen („Preußenschlag“ im Juli 1932) mit Hilfe der preußischen Polizei und des Reichsbanners aktiven Widerstand entgegensetzen wollten. Damit drang er jedoch bei der Führung der SPD und der Gewerkschaften nicht durch.

Im Februar 1933 wurde Karl Höltermann als Bundesführer des Reichsbanners wiedergewählt. Nach der Errichtung der NS-Diktatur gehörte er zu den besonders gesuchten Führern der SPD und musste zunächst in Berlin untertauchen. Seine Familie aber wurde verhaftet. Im Mai 1933 gelang ihm die Flucht nach Amsterdam. Er hielt sich auch zeitweilig in Belgien

und im Saargebiet auf und befand sich seit 1935 in London. Im Juni 1935 wurden er und seine Familie offiziell ausgebürgert. Während seiner gesamten Emigrationszeit blieb der gegen ihn erlassene Haftbefehl in Kraft.

Karl Höltermann versuchte vergeblich, eine politische Gegenposition gegen den Exilvorstand der SPD aufzubauen. Nach dem Scheitern seiner Bemühungen zog er sich im Jahre 1942 aus der Exilpolitik zurück. Er gewann auch nach 1945 keine neue Beziehung zur SPD in Deutschland und kehrte nicht dorthin zurück.

---

**Lit.:** Fikentscher, S. 95 ff; Herlemann, Beatrix: Höltermann, Karl, in: Magdeburger Biographisches Lexikon, S. 306.

---



## **Richard Krüger**

04.07.1880 – 30.01.1965

---

**SPD**

**Deutscher Reichstag**

*auch: Landtag des Freistaates Preußen (1919–1921)*

---

Richard Krüger wuchs in Leipzig auf. Nach dem Besuch der dortigen Mittelschule erlernte Krüger den Beruf eines Maschinenbauers. Er war in diesem Beruf auch im Ausland als Monteur tätig. In Leipzig belegte er nach Abendschulkursen auch solche an der dortigen Universität. Als Mitglied der SPD wurde er Sekretär der Leipziger Ortskrankenkasse und danach Arbeitersekretär sowie Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Merseburg. Von 1920 bis 1929 gehörte Krüger dem Reichstag für die SPD (Wahlkreis Merseburg) an. Von 1928 bis 1933 war er Polizeipräsident in Weißenfels.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten als Polizeipräsident entlassen, wurde er mehrfach verhaftet und zuletzt im KZ Sachsenhausen inhaftiert.

Nach dem Kriegsende und der Gründung des Landes Sachsen-Anhalt (vorher Provinz Sachsen, Provinz Sachsen-Anhalt) war Richard Krüger führend am Aufbau der Provinz- bzw. Landespolizei tätig und von Juli 1945 bis 1950 Polizeipräsident von Halle. Krüger war Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt von 1946 bis 1950 sowie zeitweise Mitglied der Provinzleitung der SED.

---

**Lit.:** Schwarze, Kurt: Handbuch des Landtages Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 1947, S. 276.

---

---

**Otto Landsberg**  
04.12.1869 – 09.12.1957

---

**SPD**  
**Deutscher Reichstag**



---

Otto Landsberg wurde als Kind einer jüdischen Familie in Oberschlesien geboren. Er studierte in Berlin Rechtswissenschaften. Seit 1890 war er Mitglied der SPD. Im Jahre 1895 nahm Landsberg seinen Wohnsitz in Magdeburg, wo er eine Rechtsanwaltskanzlei betrieb. Otto Landsberg stieg in den Reihen der Magdeburger SPD vor allem als Rechtsanwalt und Sachverständiger für Rechtsfragen auf. Von 1903 bis 1909 war er Stadtverordneter in Magdeburg. 1912 errang er ein Reichstagsmandat für die SPD und wurde dort deren rechtspolitischer Sprecher. Landsberg gehörte zum reformorientierten Flügel seiner Partei und stand mit seinen Überzeugungen im Gegensatz zum linken Flügel um Rosa Luxemburg und Karl Kautsky.

Während der Novemberrevolution 1918 war Otto Landsberg zusammen mit Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann Mitglied des „Rates der Volksbeauftragten“ für die Mehrheitssozialdemokraten (MSPD). Die USPD nahm im Rat der Volksbeauftragten ebenfalls drei Sitze ein. 1919/20 vertrat er die MSPD in der Deutschen Nationalversammlung in Weimar. Von Ende 1924 bis 1933 war er Reichstagsabgeordneter der SPD.

Otto Landsberg gehörte außerdem von 1919 bis 1920 als Reichsjustizminister der Regierung Scheidemann an. Danach war er Gesandter der deutschen Republik in Belgien. 1924 eröffnete er nach seiner Niederlage bei der Wahl zum Landeshauptmann der preußischen Provinz Sachsen eine Anwaltskanzlei in Berlin und vertrat in der Folgezeit Reichspräsident Friedrich Ebert und die SPD bei verschiedenen Prozessen wegen angeblichen Landesverrats während des Ersten Weltkriegs („Dolchstoßlegende“).

Nach der Errichtung der NS-Diktatur musste Otto Landsberg auch angesichts seiner jüdischen Herkunft emigrieren. Über die Tschechoslowakei und Belgien ging er in die Niederlande. Dort blieb er von direkten Verfolgungen verschont und überlebte die Zeit des Zweiten Weltkrieges. Er blieb bis zu seinem Tode 1957 in den Niederlanden.

---

**Lit.:** Drechsler, Ingrun: Landsberg, Otto, in: Magdeburger Biographisches Lexikon, S. 403.

---



## **Franz Peters**

18.12.1888 – 11.08.1933

---

**SPD**

**Deutscher Reichstag**

*auch: Provinziallandtag der Provinz Sachsen*

---

Der Hallenser Franz Peters erlernte nach dem Besuch der Mittelschule den Beruf eines Maurers. Im Jahre 1907 trat er der SPD bei. Im März 1914 wurde er Angestellter des Bauarbeiterverbandes in Halle, musste aber von Februar 1915 an als Soldat am Ersten Weltkrieg teilnehmen. Als Peters 1918 aus dem Krieg zurückkehrte, schloss er sich der USPD an. Von 1919 bis 1922 war er deren Sekretär für den Bezirksverband Halle-Merseburg. Als 1922 die Mehrheit der Mitglieder seines Bezirksverbandes der USPD der KPD beitrug, kehrte Franz Peters zur SPD zurück. Von 1922 bis 1933 war er als Bezirkssekretär der SPD im Bezirk Halle-Merseburg tätig. Von 1927 bis 1933 hatte er auch den Bezirksvorsitz inne. Ab 1922 vertrat Peters seinen Bezirksverband im zentralen Parteiausschuss der SPD.

Parlamentarisch war er seit 1920/21 tätig, als er in den Provinziallandtag der preußischen Provinz Sachsen gewählt wurde. Seit dieser Zeit war er auch Mitglied des Provinzialrates. Bei den Wahlen vom Dezember 1924 errang Franz Peters erstmals das Mandat seiner Partei für den Deutschen Reichstag, dem er ununterbrochen bis zu dessen Zerschlagung durch die Nationalsozialisten im Juni 1933 angehörte. Er gehörte zu den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die am 23. März 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben.

Peters war außerdem von 1929 bis 1933 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Halle und führte dort die SPD-Fraktion an. Schon in den letzten Jahren der Weimarer Republik musste er in Halle von der Polizei gegen Angriffe der Nationalsozialisten geschützt werden.

Im Mai 1933 wurde der schwerkranke Peters verhaftet. Kurz nach Entlassung aus der Haft starb er am 11. August 1933 an den Folgen von Krankheit und Haft.

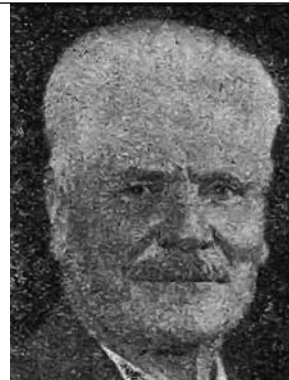
---

**Lit.:** Fikentscher, S. 110 ff; Andreas Schmidt: Franz Peters stimmte gegen das „Ermächtigungsgesetz“, in: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Anfänge, Widerstand, Neuaufbau, Magdeburg 2008.

---

**Heinrich Peus**

24.07.1862 – 19.04.1937

**SPD****Deutscher Reichstag***auch: Landtag des Freistaates Anhalt*

Heinrich Peus war der Sohn eines Tischlers aus Elberfeld. Nach dem Abitur studierte er in Berlin ev. Theologie, Geschichte und Nationalökonomie. 1890 trat er in die SPD ein. Von 1891 an war er Redakteur der SPD-Zeitung „Volksblatt für Anhalt“. 1896 errang er erstmals ein Reichstagsmandat für die SPD. Von 1902 bis 1908 war er auch Mitglied des Landtages des damaligen Herzogtums Anhalt.

Heinrich Peus galt bereits in der Kaiserzeit als führender Kopf der anhaltischen Sozialdemokratie und war eine der bekanntesten Gestalten der Gesamtpartei. Er gehörte dem revisionistischen Parteiflügel an, der auf eine Systemtransformation des Kaiserreichs über Demokratisierung und Parlamentarisierung hinarbeitete. Während des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution war er ein scharfer Gegner der USPD und ab 1918 der KPD. Seine mitunter sprunghaft wechselnden politischen Positionen verhinderten nach 1918 seine Berufung als Ministerpräsident des Freistaates Anhalt. Dieses Amt übernahm sein Parteifreund Heinrich Deist. Heinrich Peus wurde Abgeordneter des Landtages und langjähriger Landtagspräsident in Anhalt.

1925 trat er erfolgreich mit dem Dessauer Oberbürgermeister Fritz Hesse (> *Fritz Hesse, Landtag Freistaat Anhalt*) für die Übersiedlung des Bauhauses nach Dessau ein.

1928 zog sich Peus aus der anhaltischen Landespolitik zurück, legte die Redaktion des „Volksblattes“ und sein Amt als Landtagspräsident nieder und wurde Abgeordneter des Deutschen Reichstages, dem er bis 1930 angehörte. Landtagsabgeordneter in Anhalt blieb er bis 1933. Heinrich Peus war ein konsequenter Gegner des heraufziehenden Nationalsozialismus.

Nach der Etablierung der nationalsozialistischen Landesregierung 1932 in Anhalt und der Errichtung der NS-Diktatur in Deutschland lebte Peus politisch zurückgezogen in Dessau. Die Nationalsozialisten diffamierten ihn als Sonderling und unterließen gegen ihn bewusst in dieser Rolle direkte Verfolgungsmaßnahmen.

Heinrich Peus verstarb am 10. April 1937 und wurde unter großer Anteilnahme der Bevölkerung in Dessau beigesetzt.

---

**Lit.:** Grebing, Helga/Scheiffele, Walter/Wettig, Klaus: Ein Politiker aus dem Kraftfeld der Moderne. Festakt zum 150. Geburtstag von Heinrich Peus, hrsg. von Anja Kruke und Meik Woyke für das Archiv der sozialen Demokratie, Bonn 2014; Regener, Ralf: Heinrich Peus, Heinrich Deist und der eigentümliche Weg der anhaltischen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, in: Weltkrieg, Spaltung, Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922, hrsg. v. Uli Schöler/Thilo Scholle, Bonn 2018; Fikentscher, S. 59 ff.

---



## **Ernst Reuter**

29.07.1889 – 29.09.1953

**SPD**

**Deutscher Reichstag**

*auch: Provinziallandtag der Provinz Sachsen*

Ernst Reuter war in einer besonders konfliktreichen Zeit des 20. Jahrhunderts Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg. Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 1931 in Magdeburg gewählt, sah er sich mit den wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Folgen der seit 1929 andauernden weltweiten Krise konfrontiert. Bevor er nach Magdeburg kam, war er bereits in Berlin als Stadtrat für Verkehr erfolgreich in der Kommunalpolitik tätig gewesen und galt als einer der herausragenden kommunalpolitischen Fachleute der SPD.

Ernst Reuter hatte bis zu diesem Zeitpunkt bereits eine bewegte politische Karriere hinter sich und war innerhalb und vor allem außerhalb der SPD als Politiker nicht unumstritten.

Er wurde am 29. Juli 1889 in Apenrade (Schleswig) geboren und ist in Leer (Ostfriesland) aufgewachsen. Der Sozialdemokrat, der bereits in seiner Jugend aktiv in der sozialdemokratischen Bewegung war, geriet infolge seiner Kriegsgefangenschaft während des Ersten Weltkrieges in die Wirren der russischen Oktoberrevolution. In diesem Zusammenhang war er als „Volkskommissar“ für deutsche Kolonisten an der Wolga tätig, was später immer wieder zum Gegenstand von Angriffen auf Reuter geworden ist. Außerdem wurde Reuter vorgeworfen, dass er in der KPD, der er von deren Gründung im Jahre 1919 bis 1922 angehörte, eine führende Rolle gespielt habe. Ernst Reuter war von August bis Dezember 1921 Generalsekretär der KPD:

Nach der Wahl Reuters zum Magdeburger Oberbürgermeister am 15. Mai 1931 entwickelte er mitten in der Weltwirtschaftskrise eine Kommunalpolitik, die bereits wesentliche Teile dessen enthielt, was ihn schließlich zu einem der bedeutendsten Kommunalpolitikern des 20. Jahrhunderts werden ließ. Es gelang Ernst Reuter, in der krisengeschüttelten Stadt Magdeburg mit extrem hoher Arbeitslosigkeit und einer mehrheitlich traditionell sozialdemokratischen Arbeiterschaft ein Klima der solidarischen und aktiven Krisenbewältigung zu schaffen. Dazu trugen der Bau von Selbsthilfesiedlungen, ein erfolgreiches Winterhilfswerk und andere Maßnahmen bei. Hinzu kam, dass es gelang, die für Stadtentwicklung lebensnotwendige neuartige Wasserversorgung aus der Letzlinger Heide mittels Schweizer Krediten fertig zu stellen. Unter Reuters Leitung betrieb die Stadt eine aktive Wirtschaftspolitik durch Fortführung von Neuansiedlungen neuer Industrien im Wirtschaftsgebiet Rothensee und eine erfolgreiche Messepolitik. Zu den bedeutenden Leistungen des Oberbürgermeisters gehörte auch, dass es gelang, die finanzielle Zwangsverwaltung der Stadt zu beenden und so wieder Spielraum für eine eigene Kommunalpolitik zu gewinnen. Es handelte sich neben der Rückgewinnung einer in dieser Lage eher



bescheidenen eigenen Finanzsouveranität vor allem darum, dem Prinzip der demokratischen Selbstverwaltung zur Geltung zu verhelfen.

Zu den Leistungen Ernst Reuters gehörte außerdem eine aktive Kulturpolitik der Stadt, deren Höhepunkt die Ehrung des Schriftstellers und Nobelpreisträgers Gerhart Hauptmann aus Anlass von dessen 70. Geburtstag war.

Während Reuter in seine erfolgreiche Kommunalpolitik fast alle politischen Kräfte bis hin zu den Repräsentanten des Großbürgertums und der Reichswehr zumindest partiell einbinden konnte, führte er einen energischen Kampf gegen die aufkommende Gefahr des Nationalsozialismus. Nicht zuletzt ist es auf seine Kommunalpolitik zurückzuführen, dass es in Magdeburg vor 1933 zu nur wenig politisch motivierten Gewaltakten und Opfern gekommen ist. Unter seiner Leitung wurde die Magdeburger Bereitschaftspolizei mobilisiert, der 1932 im Handstreich abgesetzten demokratisch gewählten preußischen Staatsregierung („Preußenschlag“) zur Hilfe zu kommen. Die Führung der SPD im Reich hat damals den von Ernst Reuter und anderen Sozialdemokraten geplanten Widerstand von Reichsbanner, preußischer Polizei und Gewerkschaften gegen die Reichsregierung abgelehnt.

Auch als Ergebnis der erfolgreichen Kommunalpolitik wurde die SPD bei den Novemberwahlen für den Reichstag im Jahre 1932 in Magdeburg wieder stärkste Partei vor den Nationalsozialisten.

Unmittelbar nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten war noch einige Zeit ein relativ normales politisches Leben und Arbeiten in Magdeburg möglich. Ernst Reuter wurde im März 1933 erneut wie schon 1932 in den Reichstag gewählt. Er war darüber hinaus 1933 auch Abgeordneter des Provinziallandtages der preußischen Provinz Sachsen.

Am 11. März wurde er von Hermann Göring als preußischem Ministerpräsidenten als Oberbürgermeister „beurlaubt“. Ernst Reuter ist nur der Gewalt gewichen, als ihn SA-Einheiten unter Misshandlungen aus dem Rathaus zerrten. Ein hoher Polizeioffizier bewahrte ihn davor, wie sein Stellvertreter Herbert Goldschmidt unter entwürdigenden Umständen von der SA durch die Stadt getrieben zu werden.

Am 30. Mai 1933 kam in Merseburg der Landtag der Provinz Sachsen zusammen. Die Nationalsozialisten hatten bereits im Vorfeld den liberalen Landeshauptmann Erhard Hübener aus dem Amt gedrängt. Während der Tagung des Landtages begannen die NS-Vertreter eine tätliche Auseinandersetzung mit den Abgeordneten der SPD, bei der Ernst Reuter schwer verletzt wurde.

Die Versuche der NS-Machthaber, Reuter Vergehen im Amt nachzuweisen, scheiterten. Dennoch wurde er am 9. Juli 1933 in „Schutzhaft“ genommen. Es begann für ihn ein langer Leidensweg, der für ihn nach dem Gefängnisaufenthalt zweimal Haft im KZ Lichtenburg bei Wittenberg bedeutete.

Mit Hilfe englischer Freunde konnte Ernst Reuter 1935 schließlich über die Niederlande und Großbritannien in die Türkei emigrieren. In der kemalistischen Türkei wurde er zum Begründer der modernen türkischen Verwaltungslehre. Sein Beitrag zum Aufbau der modernen Türkei genießt eine bis zur Gegenwart anhaltende Wertschätzung.

Nach zehnjähriger Emigration konnte Ernst Reuter nicht nach Magdeburg zurückkehren, weil die Stadt in der sowjetischen Besatzungszone lag. Er galt den sowjetischen Besatzern als abtrünnig und gefährlich.

Daher wandte er sich nach Berlin, wo er zunächst für die SPD zum Oberbürgermeister für die ganze Stadt Berlin gewählt, aber von der sowjetischen Besatzungsmacht abgelehnt

worden ist. Ernst Reuter erreichte als Oberbürgermeister bzw. Regierender Bürgermeister des Westteils der Stadt Berlin seine größte politische Bedeutung.

---

**Lit.:** Barclay, David E.: Schaut auf diese Stadt. Der unbekannte Ernst Reuter, Berlin 2000; Brandt, Willy/Löwenthal Richard: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. Eine politische Biographie, München 1957; Meckel, Eugen (Hrsg.): Ernst Reuter. Oberbürgermeister von Magdeburg, Bonn-Bad Godesberg 1991; Puhle, Matthias/Petsch, Peter (Hrsg.): Magdeburg. Die Geschichte der Stadt 805–2005, Dössel 2005; Reif, Heinz/Feichtinger, Moritz (Hrsg.): Ernst Reuter. Kommunalpolitiker und Gesellschaftsreformer 1921–1953, Bonn 2009; Fikentscher, S. 114 ff.

---

**Gerhart Seger**  
16.11.1896 – 21.01.1967

**SPD**  
**Deutscher Reichstag**



Der anhaltische Sozialdemokrat und Reichstagsabgeordnete (1930 bis 1933) war wegen seiner spektakulären Flucht aus dem Konzentrationslager Oranienburg und seiner Publizistik bzw. Vortagstätigkeit über den NS-Staat einer der weltweit bekanntesten deutschen Gegner des Nationalsozialismus.

Seger stammte aus einer Leipziger Handwerkerfamilie. Sein Vater war in der Sozialdemokratie aktiv. Gerhart Seger erlernte den Beruf eines Steindruckers. Bereits im jugendlichen Alter war er in der sozialdemokratischen Jugendbewegung aktiv. Am Ersten Weltkrieg nahm er als Soldat teil. Mit der Gründung der USPD trat er in diese Partei ein. Nach der Novemberrevolution hospitierte Seger an der Universität seiner Heimatstadt Leipzig in verschiedenen geisteswissenschaftlichen Fächern. In den Jahren 1920/21 war er als Dozent an der Volkshochschule in Kiel tätig und wurde 1921 Redakteur der USPD-Zeitung „Die Freiheit“ in Berlin. Ein Jahr später ging er mit einem Teil der USPD-Mitglieder wieder in die SPD. Im gleichen Jahr übernahm er die Redaktion der „Volkszeitung für Südwestsachsen“ in Plauen. Seine erfolgreiche journalistische Tätigkeit war der Grund dafür, dass er 1928 Redakteur des traditionsreichen „Anhaltischen Volksblattes“ in Dessau wurde. Die Zeitung war das führende Blatt der Sozialdemokratie im Freistaat Anhalt.

Gerhart Seger gehörte zu einer jüngeren Generation als die etablierten anhaltischen Sozialdemokraten um Heinrich Peus (>*Heinrich Peus, Reichstag; Landtag Freistaat Anhalt*) und Heinrich Deist (>*Heinrich Deist, Landtag Freistaat Anhalt*). Vor allem in der Frage der Politik gegenüber dem aufkommenden Nationalsozialismus nahm Seger deutlich kämpferischere Positionen im Unterschied zu den in Anhalt seit 1919 regierenden sozialdemokratischen Führungspersonlichkeiten ein. Seger zog sich den besonderen Hass des NSDAP-Gauleiters Wilhelm Loeper zu, den er wiederholt politisch bloßstellte und dem öffentlichen Gespött preisgab. Den Kampf gegen die Nationalsozialisten führte Gerhart Seger intensiv fort, als diese bereits im Jahre 1932 in Anhalt als erstem deutschem Land die Landesregierung anführten. Das tat er auch als Leiter der „Eisernen Front“ in Dessau, die 1931 als Zusammenschluss des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und verschiedener Sportorganisationen als Gegengewicht zur rechtsextremen „Harzburger Front“ gebildet wurde.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur in Deutschland gehörte Gerhart Seger zu den am meisten gesuchten NS-Gegnern in Mitteldeutschland. Am 12. März 1933 wurde er in Leipzig verhaftet und unter Misshandlungen in das Dessauer Gerichtsgefängnis eingesperrt. Nach dreimonatiger Haft wurde Seger zusammen mit anderen Häftlingen aus Anhalt – insgesamt waren es 42 – in das Konzentrationslager Oranienburg bei Berlin, einem der ersten KZ, ge-

bracht. Bereits während des Transportes wurden mindesten zwei Mitgefangene erschlagen. Gerhart Seger entschloss sich angesichts des grausamen Vorgehens der Peiniger im Dezember 1933 zur Flucht aus dem KZ. Ihm gelang die Flucht in die Tschechoslowakei. Dort schrieb er im Januar 1934 seine Erlebnisse im KZ Oranienburg nieder, die im SPD-eigenen Graphia-Verlag in Karlsbad gedruckt wurden. Unter dem Titel „Oranienburg“ entstand so die erste authentische Darstellung des KZ-Systems der NS-Diktatur. Die mit einem Vorwort von Heinrich Mann versehene Publikation wurde weltweit verbreitet. Seger selbst hielt in vielen europäischen Staaten und den USA Vorträge über das KZ-System der Nazis. Die NS-Botschaften versuchten vergeblich, Gerhart Segers Auftreten im Ausland zu verhindern. Daher wurden seine Frau und seine knapp zweijährige Tochter inhaftiert. Internationale Proteste erwirkten deren Freilassung und ihre spätere Emigration. Die gelungene Flucht aus dem KZ und das Buch „Oranienburg“ bildeten eine der Vorlagen für den Roman „Das siebte Kreuz“ von Anna Seghers.

Gerhart Seger emigrierte mit seiner aus Deutschland freigekommenen Familie im Herbst 1934 in die USA. Von dort war er rastlos aktiv im Kampf gegen die NS-Diktatur als Redakteur deutschsprachiger Zeitungen bzw. Publizist und als Vortragsredner. Er blieb mit Hinweis auf seine Erfahrungen skeptisch gegenüber den Kommunisten und deren politischen Kurswechsel hin zu einer Volksfrontpolitik.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges blieb Gerhart Seger in den USA, besuchte Europa und Deutschland nur gelegentlich. Er ist am 21. Januar 1967 in New York verstorben.

---

**Lit.:** Fikentscher, S. 104 ff; Herlemann, Beatrix: „Wir sind geblieben, was wir waren, Sozialdemokraten“, Halle/Saale 2001; Kupfer, Torsten: Die Sozialdemokraten im Freistaat Anhalt in der Weimarer Republik, Weimar/Köln/Wien 1996; Konzentrationslager Oranienburg. Augenzeugenberichte aus dem Jahre 1933, Potsdam 2003.

---

---

**Marie Ahlers**

04.04.1898 – 17.08.1968

---

**KPD**  
**Deutscher Reichstag**

---

Marie Ahlers, geb. Albrecht, verh. Taubenheim, war die Tochter eines Bergarbeiters in Siersleben (Mansfelder Gebirgskreis). Sie besuchte die Volksschule und arbeitete später als Landarbeiterin und Näherin.

Im Revolutionsjahr 1918 trat sie der USPD bei. Zu ihrem politischen Engagement hatten ihre Tätigkeit als Näherin in der Nähstube der Stadt Eisleben während des Ersten Weltkrieges sowie der Einfluss ihres Ehemannes Hermann Ahlers, eines Sozialdemokraten, beigetragen. Marie Ahlers beteiligte sich an den Auseinandersetzungen der Novemberrevolution in Eisleben. Nach der Gründung der KPD schloss sie sich 1920 dieser Partei an. Sie unterstützte im Jahre 1920 die kommunistischen Aufständischen im Mansfelder Land während der „Märzkämpfe“. Nach Gründung der Frauenabteilung des „Roten Frontkämpferbundes“ (Roter Frauen- und Mädchenbund) war Marie Ahlers Mitglied von dessen Reichsleitung. 1929 wurde sie Mitglied des erweiterten Frauensekretariats des Zentralkomitees der KPD. Von 1929 bis 1933 war sie Stadtverordnete von Eisleben.

1930 wurde sie in den Deutschen Reichstag als Abgeordnete der KPD im Wahlkreis Merseburg gewählt, dem sie bis 1933 angehörte. Nach dem Verbot der KPD 1933 wurde sie wegen illegaler Arbeit für die KPD verfolgt und verließ deshalb die Region Mansfeld. Sie lebte zeitweise in der Illegalität.

Nach 1945 hatte Marie Ahlers untergeordnete Parteifunktionen in Berlin und danach in der Kreisleitung der SED in Niederbarnim inne. Im gleichen Jahr heiratete sie Gerhard Taubenheim. In der Zeit der DDR war sie bis 1953 zweite Vorsitzende des Zentralvorstandes der IG Land- und Forstwirtschaft und von 1958 bis 1963 Mitglied der Zentralen Revisionskommission der SED. Sie starb 1968 in Berlin.

---

**Lit.:** Stolze, Elke: Die weiblichen Herren Abgeordneten. Politikerinnen der Region Sachsen-Anhalt 1918–1945, Halle/Saale 2007.

---



## **Ernst Brandt**

19.11.1896 – 17.12.1956

**KPD**

**Deutscher Reichstag**

Der Sohn eines Schlossers absolvierte nach der Volksschule von 1911 bis 1915 eine Schlosserlehre in Magdeburg und wurde in dieser Zeit Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

1915 zum Militär eingezogen, geriet er 1916 in französische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Entlassung im Jahre 1919 kehrte Ernst Brandt in seine Heimatstadt Magdeburg zurück. Er arbeitete in der Firma R. Wolf und stieg zum Vertrauensmann und zum Mitglied des Betriebsrats auf.

Während des Kapp-Putsches im März 1920 trat er in die USPD ein, wechselte aber bereits im Mai desselben Jahres in die KPD. Brandt war Mitglied und Funktionär des „Rotfrontkämpferbundes“ im Gau Magdeburg-Anhalt, einer paramilitärischen Kampforganisation der KPD. Von 1928 bis 1931 war er Sekretär für Gewerkschaftsarbeit der KPD-Bezirksleitung Magdeburg-Anhalt. Nach dem Besuch der „Reichsparteischule“ der KPD in Dresden im Jahr 1929 übernahm Brandt die Funktion des technischen Leiters des Rotfrontkämpferbundes im Bezirk Magdeburg-Anhalt. Von November 1929 bis zum KPD-Verbot 1933 war er Stadtverordneter der KPD in Magdeburg.

Wegen oppositioneller Tätigkeit schloss der Deutsche Metallarbeiterverband Brandt 1930 aus. Daraufhin trat er der KPD-nahen „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO)“ bei und wurde von 1931 bis 1933 deren hauptamtlicher Sekretär im Bezirk Magdeburg. Ab 1932 war er auch Gewerkschaftsobmann der KPD-Bezirksleitung.

Im Juli 1932 errang Brandt ein Reichstagsmandat für die KPD im Wahlkreis Magdeburg, das er bis 1933 wahrnahm.

Am 23. Mai 1933 wurde Brandt zunächst in „Schutzhaft“ genommen und im Polizeigefängnis Berlin inhaftiert. Das Kammergericht Dessau verurteilte ihn am 29. Mai 1934 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Zuchthaus, die er in Coswig (Anhalt) und Luckau verbrachte. Danach nahm man ihn in bis August 1937 in „Schutzhaft“ im KZ Lichtenburg und der Gestapo-Zentrale in Berlin.

Kurzzeitig arbeitete Brandt bei Krupp-Gruson in Magdeburg als Schlosser, bis er am 1. September 1939 abermals verhaftet und in „Schutzhaft“ genommen wurde. Von September 1939 bis Mai 1943 war Ernst Brandt im KZ Buchenwald inhaftiert, wo er der illegalen KPD-Lagerleitung angehörte. Nach seiner Entlassung arbeitete er abermals als Schlosser in Magdeburg und knüpfte Kontakte zur Widerstandsgruppe um Martin Schwantes. Von März 1944 bis November 1944 war Brandt im KZ Neuengamme inhaftiert, von wo aus er in das Polizeigefängnis Magdeburg verlegt wurde. Am 14. März 1945 wurde er dort entlassen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Brandt zunächst 1. Sekretär der KPD-Unterbezirksleitung Magdeburg und war maßgeblich am Wiederaufbau der KPD-Parteistrukturen und an der Zwangsvereinigung von SPD und KPD im Raum Magdeburg beteiligt. Er war einer der paritätischen Vorsitzenden des SED-Bezirksverbandes Magdeburg. 1946 wurde Ernst Brandt in den Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt. 1948 trat er als Minister für Land- und Forstwirtschaft in die Regierung des Landes Sachsen-Anhalt ein.

Aus nicht geklärten Gründen wurde Ernst Brandt im November 1950 von allen Ämtern und Parteifunktionen entbunden. Er wurde sogar wiederholt verhaftet und musste 1951 wegen angeblicher Verstöße gegen Gesetze und Verordnungen der Volkskammer eine mehrmonatige Haft in Halle absitzen. Brandt wurde jedoch ohne Verfahren oder Verurteilung wieder entlassen. Bis zu seinem Tod im Jahr 1956 war er Parteiorganisator im VEB Waggonbau Ammendorf und Werksleiter in der VEB Maschinenfabrik Halle, blieb jedoch ständigen Nachforschungen und Verdächtigungen ausgesetzt.

---

**Lit.:** Herlemann, Beatrix: Brandt, Ernst, in: Magdeburger Biographisches Lexikon S. 87; Christina Trittel: Die Abgeordneten des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt 1946–1952. Magdeburg 2007; Viebig, Michael/Bohse, Daniel: Justiz im Nationalsozialismus. Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes. Sachsen-Anhalt, Halle/Saale 2015 Seite 300 f; Handbuch des Landtages Sachsen-Anhalt, Halle/Saale 1947.

---



## **Fritz Emrich**

19.08.1894 – 23.07.1947

---

**KPD**  
**Deutscher Reichstag**

Fritz Emrich stammte aus Schlesien. Nach der Volksschule erlernte er das Schneiderhandwerk und arbeitete in der Textilbranche. Seit 1913 Mitglied der SPD, trat er 1920 der KPD bei. Ab 1928 war Emrich hauptamtlich für die KPD tätig. Nach seinem Ausschluss aus der Gewerkschaftsorganisation des ADGB hatte er verschiedene Funktionen der „Revolutionären Gewerkschafts-Opposition“ auf Reichsebene inne.

Im Juli 1932 wurde Emrich für die KPD im Wahlkreis Merseburg in den Deutschen Reichstag gewählt, dem er in der Folge bis zum März 1933 angehörte.

Nach dem Reichstagsbrand Ende Februar 1933 wurde Emrich verhaftet. Er war im März 1933 zwar im Wahlkreis 18 (Westfalen-Süd) erneut in den Reichstag gewählt worden, konnte das Mandat jedoch wie alle KPD-Abgeordneten nicht antreten. Fritz Emrich war bis 1936 in den Konzentrationslagern Esterwegen und Papenburg inhaftiert. Nach seiner Entlassung war er in einer chemischen Reinigungsfabrik in Berlin dienstverpflichtet. Fritz Emrich hatte seit 1942 Verbindungen zur Berliner Widerstandsorganisation um Anton Saefkow. Nach der Verhaftung Anton Saefkows und der Zerschlagung seiner Widerstandsgruppe im Juli 1944 ging er in den Untergrund und lebte illegal in Berlin.

Nach dem Krieg wurde Emrich wieder Mitglied der KPD und arbeitete ab Dezember 1946 als Leiter der Personalabteilung und Kommissar der Schutzpolizei in Berlin. Er kam bei einem Explosionsunglück im Jahre 1947 ums Leben.

---

**Lit.:** Heinz, Stefan: Moskaus Söldner? Der „Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins“: Entwicklung und Scheitern einer kommunistischen Gewerkschaft, Hamburg 2010.

---



**Ernst Grube**

22.01.1890 – 17.04.1945

**KPD****Deutscher Reichstag***auch: Landtag des Freistaates Preußen*

Ernst Grube wurde in Neundorf in Anhalt geboren. Er besuchte die Volksschule, absolvierte anschließend eine Tischlerlehre und war danach in diesem Beruf tätig.

Grube gründete zusammen mit anderen 1916 einen Ortsverband der „Spartakusgruppe“ in Werdau, eine Vorläuferorganisation des späteren „Spartakusbundes“ und der KPD. 1917 war er Gründungsmitglied der USPD und 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Werdau. Am 6. Januar 1919 trat Grube in die KPD ein und war 1920 bereits KPD-Sekretär in Zwickau. Im Jahr 1921 war er als militärischer Führer aktiv am Aufstand der KPD und den damit zusammenhängenden Kämpfen in Mitteldeutschland beteiligt. 1927 wurde er Kandidat und 1929 Mitglied des Zentralkomitees der KPD. Von 1924 bis 1928 leitete Grube den KPD-Bezirk Sachsen-Anhalt, danach war er Bezirksleiter in Hamburg.

Er war von 1920 bis 1922 Abgeordneter des Sächsischen, von 1924 bis 1932 des Preußischen Landtages und 1924 sowie ab 1930 bis März 1933 Abgeordneter des Reichtages für die KPD, gewählt im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau.

Ernst Grube leitete seit ihrer Gründung im Jahr 1930 die „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit“ und hielt 1931 die Abschlussrede auf der „Spartakiade“ in Berlin, die eigentlich verboten worden war.

Ernst Grube war Teilnehmer der illegalen Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin. Ende Februar 1933 wurde er verhaftet und bis 1939 in verschiedenen Konzentrationslagern – Lichtenburg, Sonnenburg und Buchenwald – inhaftiert. 1940 wurde Grube entlassen und zur Arbeit als Tischler in Warschau verpflichtet. 1941 war er zurück in Berlin, wurde jedoch weiterhin durch die Gestapo überwacht. Dennoch nahm er Kontakt zum verbotenen Widerstandskreis um Robert Uhrig auf. Daraus folgte seine Verhaftung 1942 und er wurde erneut zu mehreren Monaten Haft verurteilt. Zwei Jahre später, am 22. August 1944, wurde er bei der Aktion „Gewitter“ abermals verhaftet und in das KZ Sachsenhausen – später nach Bergen-Belsen – gebracht, wo er schwer erkrankte. Er starb am 17. April im KZ Bergen-Belsen an Flecktyphus.

---

**Lit.:** Herlemann, Beatrix: Grube, Ernst, in: Magdeburger Biographisches Lexikon, S. 232 f.

---



## **Friedrich Heckert**

28.03.1884 – 07.04.1936

---

**KPD**  
**Deutscher Reichstag**

Der Sohn einer sozialdemokratisch geprägten Familie aus Chemnitz erlernte den Maurerberuf. 1902 trat er der SPD bei. Auf der Wanderschaft lernte er in der Schweiz seine aus Lettland stammende zukünftige Frau Wilma kennen, die ihn mit dem russischen Revolutionär Lenin bekannt machte.

1912 kam Heckert nach Chemnitz zurück und wurde dort Gewerkschaftssekretär. Während des Ersten Weltkrieges war er an der Gründung der USPD und der Spartakusgruppe in Chemnitz beteiligt. Im November 1918 stand er an der Spitze des dortigen Arbeiter- und Soldatenrates. Friedrich Heckert war Delegierter der USPD beim Gründungsparteitag der KPD Ende 1918. Nach dem Vereinigungsparteitag mit dem größten Teil der USPD im Jahre 1920 stieg er in das Zentralkomitee der KPD auf und gehörte diesem fast ohne Unterbrechung bis zu seinem Tod an. Im Jahre 1923 war er kurzzeitig Wirtschaftsminister in der sächsischen Regierung unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Zeigner.

Im Mai 1924 wurde Friedrich Heckert für den Wahlkreis Chemnitz-Zwickau in den Reichstag gewählt, 1928 bis 1933 für den Wahlkreis 10 (Magdeburg).

1928 wählte ihn der VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale zum Mitglied des Präsidiums ihres Exekutivkomitees (EKKI).

Während einer Kundgebung im Jahre 1931 in Gelsenkirchen erlitt Heckert nach einer tätlichen Auseinandersetzung mit der SA schwere Verletzungen. 1932 ging er nach Moskau, wo er im EKKI bis zu seinem Tode tätig war. Nach Friedrich Heckert wurde nach dem Reichstagsbrand Ende Februar 1933 gefahndet, im August 1933 wurde er formell ausgebürgert.

## Guido Heym

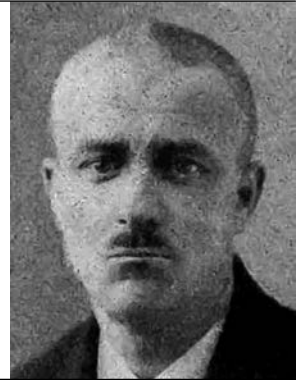
01.05.1882 – 05.04.1945

---

**KPD**

**Deutscher Reichstag**

*auch: Landtag des Freistaates Preußen;  
Provinziallandtag der Provinz Sachsen*



Aufgewachsen in einer sozialdemokratischen Familie in Suhl, trat Guido Heym 1901 in die SPD ein. Der Werkzeugschlosser arbeitete nach 1910 als Journalist und Buchhändler für die SPD in Suhl und war dort auch Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Von 1915 bis 1918 war er Soldat im Ersten Weltkrieg. 1917 wechselte Heym zur USPD über. Nach der Novemberrevolution war er bis 1920 Abgeordneter des Provinziallandtages der Provinz Sachsen.

1920 stieß Heym mit dem linken Flügel der USPD zur KPD, wo er abermals zum linken Flügel zählte. Im Mai 1924 wurde Guido Heym im Wahlkreis 12 (Thüringen), der damals zur preußischen Provinz Sachsen gehörte, in den Reichstag gewählt. Im gleichen Jahr wurde er auch Mitglied des Preußischen Landtages. Das Reichstagsmandat endete im Zuge von Neuwahlen bereits im Dezember 1924, das Landtagsmandat 1928.

Im Dezember 1927 schloss die KPD Guido Heym aus ideologischen Gründen aus, der daraufhin den „Leninbund“ gründete. Kurz vor den Reichstagswahlen im Mai 1928 trat Guido Heym mit vielen seiner Anhänger wieder der SPD bei. Bis 1933 blieb er für die SPD Redakteur und Abgeordneter im Kreistag.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur mehrfach kurzzeitig verhaftet, stand er unter Polizeiaufsicht. Dennoch leistete er Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft. Seine Widerstandsgruppe wurde im September 1943 entdeckt und verhaftet. Am 16. Januar 1945 verurteilte der Volksgerichtshof Guido Heym zum Tode. Er wurde mit 149 Mitgefangenen des Gestapogefängnisses in Weimar am 5. April 1945 von SS-Mannschaften in einem Waldstück bei Tiefurt ermordet.



## **Edwin Hoernle**

11.12.1883 – 21.07.1952

---

**KPD**  
**Deutscher Reichstag**

Edwin Hoernle erlebte einen Teil seiner Kindheit als Sohn eines Missionars in Indien. Nach dem Abitur und Militärdienst in Süddeutschland studierte er von 1904 bis 1909 Theologie in Tübingen und Berlin. In Berlin kam er in Kontakt mit der SPD, beendete sein Studium und wurde als Vikar tätig.

Nach kurzer Zeit aber brach er seine theologische Laufbahn ab und trat 1910 der SPD bei. Innerhalb der Partei gehörte er zum linken Flügel und arbeitete als Publizist. 1912 war er Redakteur der sozialdemokratischen „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart. Er schloss sich während des Ersten Weltkrieges der Spartakusgruppe an und wurde wegen seiner Antikriegshaltung mehrfach verhaftet. Während der Novemberrevolution war Hoernle Mitglied des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates. Er nahm an der Gründung der KPD teil und leitete deren Organisation in Württemberg bis 1920. In Berlin nahm Edwin Hoernle weitere Aufgaben für die KPD wahr, unter anderem war er für Bildungsangelegenheiten und kommunistische Nachwuchswerbung zuständig. 1921 und 1923 wurde er in das Zentralkomitee der KPD gewählt.

Nach verschiedenen parteiinternen Auseinandersetzungen wurde Edwin Hoernle im Jahre 1924 erstmals in den Reichstag gewählt Wahlkreis 1 (Ostpreußen). 1928 gelangte er über einen Reichswahlvorschlag der KPD in das Parlament, 1932 über den Wahlkreis 6 (Pommern) und 1933 für den Wahlkreis 11 (Merseburg).

Nach der Errichtung der NS-Diktatur gelang Hoernle im April 1933 die Flucht in die Schweiz. Von dort aus emigrierte er Ende des Jahres nach Moskau. Im Jahr 1938 wurde er von den nationalsozialistischen Machthabern ausgebürgert. Ab 1943 arbeitete Hoernle für das „Nationalkomitee Freies Deutschland“.

Im Mai 1945 kam er in die SBZ nach Brandenburg, wo er einer der Vizepräsidenten der Provinzialregierung wurde. Im August 1945 wurde Edwin Hoernle Präsident der deutschen Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft und legte dieses Amt im September 1949 nieder. Er wurde Dekan der agrarpolitischen Fakultät der Verwaltungsakademie Forst Zinna. Edwin Hoernle starb nach längerer Krankheit im Juli 1952 in Bad Liebenstein.

**Wilhelm Koenen**

07.04.1886 – 19.10.1963

---

**KPD**  
**Deutscher Reichstag**

Wilhelm Koenen wurde am 7. April 1886 in Hamburg geboren und besuchte dort die Volksschule. Von 1900 bis 1903 absolvierte er eine Lehre als Buchhändler und war ab 1904 bis 1907 Handlungsgehilfe in der sozialdemokratischen Volksbuchhandlung in Kiel sowie als Redakteur der SPD tätig. Seit 1904 war er Mitglied der Partei.

Im Jahre 1911 wurde er Redakteur des „Volksblattes“ in Halle und von 1913 bis 1917 Mitglied der SPD-Bezirksleitung in Halle/Merseburg. 1917 wurde er zum Landsturm eingezogen. Im gleichen Jahr schloss sich Koenen der USPD an. 1919 gehörte er deren Vorstand an und vertrat die Partei als Abgeordneter der Deutschen Nationalversammlung in Weimar. Im Jahre 1920 wechselte er zur KPD. Von 1920 bis 1932 war er für den Wahlkreis Merseburg Mitglied des Reichstages für die USPD und die KPD. Von 1929 bis 1931 war er Politischer Sekretär der KPD für den Bezirk Halle-Merseburg.

Koenen war von 1932 bis zum 31. März 1933 Mitglied des Preußischen Landtages für die KPD und in deren Fraktionsvorstand. Nach der Errichtung der NS-Diktatur emigrierte er Anfang Juni 1933 über das Saargebiet nach Frankreich. Später ging er in die Tschechoslowakei und 1938 nach England.

Wilhelm Koenen kam nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder nach Halle und die SBZ zurück und arbeitete hier für die KPD und SED. Koenen war von 1946 bis 1949 1. Landesvorsitzender der SED und gehörte viele Jahre dem Zentralkomitee der SED an. Er war Mitglied der Volkskammer der DDR von 1949 bis zu seinem Tode in Ostberlin 1963.



## Hedwig Krüger

01.04.1882 – 16.02.1938

---

**KPD**

**Deutscher Reichstag**

*auch: Landtag des Freistaates Preußen*

---

Hedwig Krüger wurde in einer Arbeiterfamilie in Halle geboren. Der Vater war in der sozialdemokratischen Bewegung in Halle aktiv. Wegen der politischen Verfolgungen des Vaters zog die Familie wiederholt um: nach Dessau, nach Leipzig und schließlich wieder nach Halle. Dort besuchte Hedwig Krüger die Mittelschule und später noch die Volkshochschule. Sie war Schneiderin.

Im Jahre 1908 war sie der SPD beigetreten. Ihre politische Tätigkeit führte zu einem zunehmenden Bekanntheitsgrad und Einfluss in der Partei. Mit der Mehrheit der halleschen Parteiorganisation trat sie nach deren Gründung zur USPD über. Nachdem das Frauenwahlrecht im Zusammenhang mit der Novemberrevolution in Deutschland eingeführt worden ist, wurde Hedwig Krüger für die USPD 1919 in die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Halle gewählt, wo sie eine umfangreiche Tätigkeit entfaltete. Sie nahm am Parteitag der USPD teil, der 1920 das Zusammengehen mit der KPD beschloss (zur VKPD) und wurde auf diese Weise Mitglied der später wieder umbenannten KPD.

Im Frühjahr 1921 beteiligte sich Hedwig Krüger an den bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen des Mitteldeutschen Aufstandes im Mansfelder Land auf der Seite des anarchistischen Kommunisten Max Hölz. Deshalb wurde sie von einem Naumburger Sondergericht zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, die sie aber nicht vollständig verbüßen musste. Wegen der Verurteilung hat sie ihr Mandat für die Stadtverordnetenversammlung in Halle niederlegen müssen. Mitglied des Reichstages wurde sie für die KPD im Jahre 1924 wegen eines Mandatsverzichtes. Im Reichstag, dem sie bis Dezember 1924 angehörte, hat sie keine Rede gehalten. Vom Dezember 1924 bis 1928 gehörte sie für die KPD auch dem Preußischen Landtag an. Sie gehörte dem linken Parteiflügel an und wurde dadurch in die ideologischen Grabenkämpfe der Partei in den späten zwanziger Jahren verstrickt. 1928 wurde sie nicht mehr für den preußischen Landtag nominiert. An der Richtigkeit der kommunistischen Vorstellungen hat sie jedoch nicht gezweifelt. Hedwig Krüger gehörte der Bezirksleitung Halle-Merseburg an.

Im Jahre 1933 ging Hedwig Krüger nach der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur in die Illegalität. Sie wurde im Dezember 1934 verhaftet und wurde nach einer Haft in Halle und im KZ Lichtenburg in das KZ Moringen verbracht. Im Juni 1935 wurde sie aus dem KZ entlassen. Sie ist am 16. Februar 1938 in Halle an den Folgen einer zu spät behandelten Blinddarmentzündung gestorben.

---

**Lit.:** Stolze, Elke: Die weiblichen „Herren Abgeordneten“. Politikerinnen der Region Sachsen-Anhalt 1918–1945, Halle/Saale 2007; Jähnichen, Heidrun/Herrmann, Ingrid/Klemm, Brigitte: „der Staat ist, was seine Frauen sind“, in: Frauenleben-Frauenalltag gestern und heute, hrsg. von Courage e. V. Halle/Saale 2003.

---

**Max Lademann**

17.05.1896 – 21.03.1941

**KPD****Deutscher Reichstag***auch: Landtag des Freistaates Preußen*

Der in Leipzig geborene Max Lademann war der Sohn eines Malermeisters. Er besuchte die Mittelschule in Saalfeld (Thüringen) und die Realschule in Remscheid. Lademann wurde Schlosser und besuchte später eine technische Schule in Hamburg. 1913 wurde er Mitglied der sozialistischen Jugendbewegung. Max Lademann diente zwischen 1916 und 1918 in einem Dragonerregiment, aus der er am Ende des Krieges desertierte.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde Lademann Mitglied der USPD. Im März 1920 beteiligte er sich an der Spitze der Kalikumpel im Gebiet von Roßleben/Unstrut am Widerstand gegen den Kapp-Putsch. Im gleichen Jahr schloss sich Lademann mit dem linken Flügel der USPD der KPD an. Während des kommunistischen Aufstandes von 1921 („Märzkämpfe“) im Raum Mansfeld/Leuna gehörte er zu den aktiven Kämpfern. Danach leitete er den Unterbezirk Querfurt/Sangerhausen/Mansfeld der KPD. Max Lademann organisierte in dieser Stellung „proletarische Hundertschaften“ und war 1924 an der Gründung des „Roten Frontkämpferbundes“ beteiligt. Lademann lebte zu dieser Zeit in Eisleben und wurde Anfang 1924 dort auch Stadtverordneter.

Bei den Wahlen im Mai 1924 errang Lademann im Wahlkreis Merseburg ein Reichstagsmandat für die KPD, das er bis Dezember dieses Jahres wahrnahm. Im gleichen Jahr wurde er auch Mitglied des preußischen Landtages, dem er ununterbrochen bis 1933 angehörte.

1925 stieg Max Lademann in die Führung der Bezirksleitung des KPD-Bezirk Halle-Merseburg auf, wo er u. a. die innerparteiliche Opposition bekämpfte. 1927 schloss ihn der ADGB aus, in dessen Reihen er als Funktionär des Deutschen Metallarbeiterverbandes tätig war. Von 1930 bis 1933 war Lademann organisatorischer Leiter des KPD-Bezirks Niedersachsen. Im April 1933 wurde er verhaftet und zu Freiheitsstrafen verurteilt. Er war in Leipzig, später in Bautzen und Kassel inhaftiert. Nach der Gefängnisstrafe wurde Lademann im Juli 1939 im KZ Sachsenhausen in „Schutzhaft“ genommen. Am 28. März 1941 ist Max Lademann als Angehöriger eines Bombenentschärfungskommandos tödlich verunglückt.

**Lit.:** Hirschinger, Frank: Gestapoagenten, Trotzlisten, Verräter. Kommunistische Parteisäuberungen in Sachsen-Anhalt 1918–1953, Göttingen 2005.



## **Kurt Rosenbaum**

30.03.1896 – 1946

---

**KPD**  
**Deutscher Reichstag**

Der Sohn eines jüdischen Bankiers absolvierte nach der Volksschule eine Lehre als Kaufmann. 1918 trat er der USPD bei und wechselte nach deren Gründung zur KPD. Rosenbaum kam als politischer Funktionär und Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Westfalen-Süd 1924 nach Halle. In Halle war er auch als Handlungsgehilfe tätig. Bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 wurde er im Wahlkreis Halle-Merseburg abermals in den Reichstag gewählt, dem er bis 1928 angehörte.

Kurt Rosenbaum, der ein unstetes Leben als politischer Funktionär führte und gelegentlich auch Haftstrafen verbüßte, arbeitete nach 1925 für verschiedene kommunistische Zeitungen. Zu seiner politischen Tätigkeit nach seinem Ausscheiden aus dem Reichstag im Jahre 1928 und nach der Errichtung der NS-Diktatur im Jahre 1933 liegen keine Erkenntnisse vor. Als Jude und kommunistischer Funktionär ist er jedoch ohne Zweifel unter erheblichen Verfolgungsdruck der Nationalsozialisten geraten. Aus dem Jahre 1937 ist bekannt, dass er in Leipzig als arbeitslos gemeldet war. Nach nicht sicher erwiesenen Informationen ist Kurt Rosenbaum eine abenteuerliche Flucht und Emigration nach Bolivien gelungen. Dort soll er im Jahre 1946 verstorben sein.



## Johannes Schröter

23.09.1896 – 26.11.1963

**KPD**  
**Deutscher Reichstag**



Nach dem Besuch der Volksschule in Theißen erhielt Schröter eine Ausbildung als Schlosser. In diesem Beruf und als Elektromonteur war er in Zeitz tätig. Während des Ersten Weltkriegs war er Soldat und wurde schwer verletzt.

Im Jahr 1921 trat Schröter von der USPD zur KPD über. 1923 schloss ihn der Metallarbeiterverband wegen oppositioneller Tätigkeit aus. Er war zu dieser Zeit bereits Bezirkssekretär der KPD Halle-Merseburg. Im Folgejahr musste er wegen Waffen- und Sprengstoffkäufen für die KPD Tätigkeit eine fast zweijährige Zuchthausstrafe verbüßen.

1927 wurde Johannes Schröter Mitglied des ZK der KPD. Im Jahre 1928 errang er ein Reichstagsmandat im Wahlkreis Merseburg. Er wurde als Reichswahlvorschlag der KPD 1930 und 1932 wieder in den Reichstag gewählt.

In seiner Partei geriet Schröter 1928 in schwere Bedrängnis, weil er sich in innerparteilichen Machtkämpfen gegen Ernst Thälmann und Walter Ulbricht positionierte. Er wurde deshalb aus dem ZK ausgeschlossen und als Bezirkssekretär der KPD von Halle-Merseburg abgesetzt.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur gelang ihm die Flucht nach Paris. Von dort aus gelangte er 1938 in die USA und 1942 weiter nach Mexiko. Eine Rückkehr in die SBZ wurde ihm von der Sowjetischen Militäradministration 1945 verwehrt. Johannes Schröter starb 1963 in Mexiko.



## **Otto Walter**

02.10.1902 – 08.05.1983

---

**KPD**  
**Deutscher Reichstag**

Otto Walter, geboren im ober-schlesischen Tarnowitz, besuchte in Gleiwitz die Volksschule und erlernte den Beruf eines Zimmermanns. Er hat diesen Beruf bis 1928 ausgeführt.

Im Jahre 1920 wurde er Mitglied der KPD. Walter stieg innerhalb dieser Partei bis zum politischen Leiter der Bezirksleitung Oberschlesien auf. 1929 wurde er Stadtverordneter in Gleiwitz. Im Auftrage der KPD wechselte er 1930 in den KPD-Bezirk Halle-Merseburg und war als Sekretär der Bezirksleitung tätig. Im Juli 1932 wurde Walter im Wahlkreis Merseburg in den Reichstag gewählt. Er gehörte dem Reichstag bis März 1933 an.

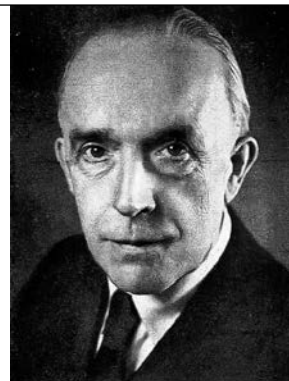
Nach der Errichtung der NS-Diktatur tauchte er zunächst unter, wurde jedoch Ende Dezember 1933 verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Danach wurde Otto Walter in verschiedenen Konzentrationslagern, zuletzt in Sachsenhausen, inhaftiert. Er überlebte aber die Zeit des Nationalsozialismus.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war er in der Landesleitung der KPD bzw. der SED in Sachsen-Anhalt tätig. Er gehörte von 1946 bis 1951 dem Landtag von Sachsen-Anhalt an.

Seit 1949 arbeitete Walter am Aufbau der „Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft“, Vorgängerinstitution des Ministeriums für Staatssicherheit, mit. Ab 1949 war er in Ostberlin mit dem Aufbau und der Tätigkeit des späteren Ministeriums für Staatssicherheit als einer der führenden Mitarbeiter verbunden. Von 1951 bis 1953 war Walter Generalinspekteur der Behörde. 1953 zum Generalmajor ernannt, hatte Walter zunächst den Rang eines Staatssekretärs und war ab 1955 nach Wiedereinführung des Ministeriums für Staatssicherheit stellvertretender Minister. 1959 zum Generalleutnant ernannt, war Otto Walter bis 1964 erster Stellvertreter des Ministers. Er wurde 1964 wegen Differenzen mit Erich Mielke in den Ruhestand versetzt.

**Fritz Hesse**

13.02.1881 – 30.04.1973

**DDP****Deutscher Reichstag***auch: Landtag des Freistaates Anhalt*

Der Liberale Fritz Hesse gehört zu den bedeutendsten Politikern des Landes Anhalt bzw. des mitteldeutschen Raumes in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Er hatte als Abgeordneter der Deutschen Nationalversammlung 1919 bis Juni 1920 in Weimar und als Abgeordneter der Konstituierenden Landesversammlung Anhalts Einfluss auf die jeweilige Verfassungsgebung. Bis 1928 war Hesse Mitglied des Landtages des Freistaates Anhalt und von 1946 bis 1950 Mitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt. Im Landtag von Sachsen-Anhalt war Fritz Hesse Fraktionsvorsitzender der LDP.

Als Oberbürgermeister der anhaltischen Landeshauptstadt Dessau gehörte er zu den herausragenden Oberbürgermeistern der Weimarer Republik.

Fritz Hesse wurde in einer Beamtenfamilie in Dessau geboren. Sein Vater war der Sohn eines Tischlermeisters, der als Bankbeamter tätig war. Fritz Hesse studierte in Jena, Berlin und Halle Jura und ließ sich 1907 in Dessau als Rechtsanwalt nieder. Seit 1908 betätigte er sich auch politisch im Sinne des linken Liberalismus, der in Anhalt traditionell verankert war. Im Jahre 1910 wurde er zum Stadtverordneten in Dessau gewählt. Während der Hungerkrise im Ersten Weltkrieg wirkte er maßgeblich an deren Bewältigung in Dessau mit. Vor allem aus diesem Grunde wurde er im Januar 1918 zum Bürgermeister gewählt. Hesse gehörte zu den Mitbegründern der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und wurde deren Vorsitzender in Dessau.

Mit dem Flugzeugbauer Hugo Junkers, ebenfalls Gründungsmitglied der DDP in Dessau, verband Fritz Hesse eine enge Partnerschaft.

Fritz Hesse war es maßgeblich zu danken, dass sich in Dessau bei Liberalen und Sozialdemokraten auf politischer Seite und in Wirtschaftskreisen mit Hugo Junkers an der Spitze die Idee durchsetzen konnte, das im Jahre 1925 in Weimar geschlossene Bauhaus nach Dessau zu holen. Die Dessauer Stadtverwaltung hat für das weltberühmte Institut gute Bedingungen geschaffen, so dass es seine eigentliche Blüte erreichen konnte.

Im Land Anhalt kam es bereits 1932 infolge der Landtagswahlen zur ersten NS-geführten Landesregierung. Der angesehene Kommunalpolitiker wurde am 6. März 1933 aus dem Amt gedrängt. Da Hesse in Dessau keine Lebensgrundlage mehr hatte, ging er nach Berlin, wo er als Rechtsanwalt arbeitete. Das Kriegsende erlebte er in Wandlitz bei Berlin, wo er kurzzeitig als Bürgermeister eingesetzt worden ist. Im Jahre 1946 kam Fritz Hesse zurück in das stark zerstörte Dessau. Noch bei ihrem Abzug setzten ihn die Amerikaner wieder in sein Amt als Oberbürgermeister ein, was die sowjetische Besatzung bestätigte. Fritz Hesse hatte entscheidenden Anteil daran, dass nach der Einführung von Regierungsbezirken im entstehenden Sachsen-Anhalt (zunächst „Provinz Sachsen“) ein anhaltischer Regierungsbezirk entstand.

Bei den nur noch eingeschränkt demokratischen Kommunalwahlen im Jahre 1946 erlangte Fritz Hesse keine Mehrheit und trat von seinem Amt als Oberbürgermeister zurück. Er wurde allerdings am 20. Oktober 1946 bei den Landtagswahlen in Anhalt zum Landtagsabgeordneten von Sachsen-Anhalt für die Liberal Demokratische Partei (LDP) gewählt. Nachdem die SED im Bunde mit der sowjetischen Besatzungsmacht den Fraktionsvorsitzenden Carl Delius zum Rücktritt gezwungen hatte, übernahm Fritz Hesse den Fraktionsvorsitz im Landtag. Da von 1947 an die Anzeichen einer Diktatur nach sowjetischem Muster immer deutlicher wurden und eine demokratische Entwicklung immer unwahrscheinlicher schien, legte Fritz Hesse im Mai 1948 sein Landtagsmandat nieder.

Abermals eröffnete er eine Rechtsanwaltskanzlei in Dessau. In dieser Eigenschaft war er als Verteidiger in verschiedenen politisch motivierten Wirtschaftsprozessen beteiligt, die als Schauprozesse vor einem großen, speziell ausgesuchten Publikum stattfanden. Dabei geriet Fritz Hesse selbst in Gefahr verfolgt zu werden. Im Februar 1950 floh Fritz Hesse nach Westberlin. Er wurde im Jahre 1956 von Bundespräsident Theodor Heuß mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt.

---

**Lit.:** 800 Jahre Anhalt. Geschichte, Kultur, Perspektiven, hrsg. vom Anhaltischen Heimatbund e. V., Döbel 2012, S. 375 ff; Hesse, Fritz: Aus den Jahren 1925 bis 1950. Erinnerungen an Dessau, Dessau 1995 (1. Aufl. Bonn 1963); Hesse, Fritz: Von der Residenz zur Bauhausstadt, Dessau 1995 (1. Aufl. Bonn 1963).

---

---

**Hermann Hummel**

22.06.1876 – 13.09.1952

---

**DDP**  
**Deutscher Reichstag**

Der in Lahr (Schwarzwald) geborene Hermann Hummel besuchte die Höhere Bürgerschule in Ettlingen und legte 1894 das Abitur ab. Er studierte in Heidelberg, Freiburg und Straßburg sowie an den Technischen Hochschulen Karlsruhe und Stuttgart. 1902 legte er das Staatsexamen für Naturwissenschaften ab. Zunächst als Lehrer tätig, war er Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg. Ab 1922 war Hummel in der Verwaltung der Badischen Anilin- und Sodafabrik tätig, einer ihrer Direktoren und Mitglied des Aufsichtsrates. Er war am Aufbau der I.G. Farbenindustrie beteiligt und Mitglied in deren Aufsichtsrat.

Bereits vor der Novemberrevolution in liberalen Parteien und als Landtagsabgeordneter des Großherzogtums Baden aktiv, trat Hummel nach 1918 der DDP bei. Nachdem er im April 1919 Kultusminister der Republik Baden war, wurde er am 23. November 1921 für ein Jahr zum Staatspräsidenten (Ministerpräsident) gewählt.

Bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 wurde Hermann Hummel im Wahlkreis Magdeburg in den Reichstag gewählt, wo er bis September 1930 die DDP vertrat.

Hummel hatte sich bereits vor 1933 gegen die Nationalsozialisten positioniert. Daher und wegen seiner jüdischen Ehefrau wurde er nach der Errichtung der NS-Diktatur diskriminiert und zur Emigration in die USA gezwungen. Er kehrte 1951 in die Bundesrepublik Deutschland zurück und verstarb dort wenig später.



## **Katharina von Oheimb**

02.01.1879 – 22.03.1962

---

**DVP**

Katharina von Oheimb, geb. van Endert, war eine der bedeutenden Persönlichkeiten der bürgerlichen Frauenbewegung in der Zeit der Weimarer Republik. Der Tätigkeitskreis der gebildeten, tatkräftigen und weitgereisten Frau war ungewöhnlich groß und reichte von der Politik über die Wirtschaft bis zur Kultur.

Die Fabrikantentochter aus Neuss erhielt eine solide Bildung und legte 1894 das Abitur ab. Danach besuchte sie die Klosterschule der Ursulinen in Lyon und bereiste Frankreich und Italien. Sie war mehrfach verheiratet. Nach dem Tod ihres zweiten Ehemannes im Jahr 1911 leitete sie keramische Fabriken in Klingenberg am Rhein, Worms und Offstein.

In der bürgerlichen Frauenbewegung war sie unter anderem im Bund für Mutterschutz zusammen mit Helene Stöcker aktiv. Nach dem Ersten Weltkrieg trat sie in die DVP ein. Seit 1919 arbeitete sie für die „Magdeburgische Zeitung“ und unterhielt eine lebhaftes Korrespondenz mit Friedrich Ebert, Gustav Stresemann, Paul Löbe und anderen führenden Politikern. 1920 wurde sie Vorsitzende des neu gegründeten „Nationalverbandes deutscher Frauen und Männer“. Sie leitete politische Kurse in ihrer Villa in Goslar, die vor allem der Emanzipation der Frau dienten. Dazu war sie Dozentin an der Lessing-Hochschule Berlin.

Im Jahre 1920 wurde Katharina von Oheimb im Wahlkreis Magdeburg für die DVP in den Reichstag gewählt, dem sie bis 1924 angehörte. Im Konflikt um Paul von Hindenburg als Kandidaten für das Reichspräsidentenamt, den v. Oheimb ablehnte, trat sie aus der DVP aus und wurde zeitweise Mitglied der Wirtschaftspartei. Als selbstbewusste und meinungsstarke Frau bewegte sie sich im Berliner Politikbetrieb und verfügte über umfangreiche Verbindungen.

Seit 1924 war sie Verlegerin und Herausgeberin der „Allgemeinen Bilderzeitung“. Sie nahm Stellung gegen den Antisemitismus und arbeitete für die jüdische Palästinasiedlung im Sinne eines einheitlichen jüdischen Staates in Palästina in Anlehnung an die Vorstellungen Theodor Herzls. Im Jahre 1931 war sie Schriftführerin des „Deutschen Komitees Pro Palästina“. In Berlin stand sie im Mittelpunkt eines der wichtigsten Salons der Berliner Gesellschaft, in dem führende Persönlichkeiten von Politik, Wirtschaft, Militär und Kultur verkehrten. Darunter war Kurt Tucholsky, der ihr sogar ein Gedicht widmete. Sie bereiste in der Zeit der Weimarer Republik als begehrte Rednerin zu frauenpolitischen und anderen Fragen erfolgreich viele deutsche Städte. Ziele ihrer Reisetätigkeit waren auch afrikanische Länder sowie China und Indien.

Die Errichtung der NS-Diktatur beendete die vielfältigen öffentlichen Aktivitäten der Frau v. Oheimb – seit 1927 von Kardorff-Oheimb. Als bekannte Gegnerin Adolf Hitlers und seiner nationalsozialistischen Bewegung bestand für sie keine Möglichkeit mehr, sich öffentlich zu

äußern oder sich politisch zu betätigen, ohne ihre Freiheit und Existenz aufs Spiel zu setzen. Trotz verschlechterter wirtschaftlicher Lage des Ehepaars gelang es, den gewohnten privaten Lebensstil bis in die Zeit des Zweiten Weltkrieges aufrecht zu erhalten. Dazu gehörte auch ein privater Empfang im Jahre 1937, zu dem sie Botschafter verschiedener Länder – darunter auch den sowjetischen – sowie prominente Juden eingeladen hatte. Im Februar 1943 trafen sich aus Anlass des 75. Geburtstages ihres Ehemanns frühere bürgerliche Politiker – darunter Theodor Heuß und die Sozialdemokraten Paul Löbe und Carl Sievering im Hause Kardorff-Oheimb. Danach verließ das Ehepaar Berlin und zog nach Ahrensdorf bei Templin. Dort erlebten sie unter schwierigen Verhältnissen das Kriegsende.

Nach 1945 war sie für kurze Zeit Bürgermeisterin von Ahrensdorf in der SBZ. Sie trat der LDP bei, geriet jedoch bald in Konflikt mit den Verhältnissen in der SBZ, verließ die Partei und zog nach Düsseldorf. Sie erreichte jedoch keine ähnliche politische und gesellschaftliche Stellung wie vor 1933 mehr.

---

**Lit.:** Baddack, Cornelia: Katharina von Kardorff-Oheimb (1879 – 1962) in der Weimarer Republik, Göttingen 2016; Katharina von Kardorff-Oheimb: Politik und Lebensbeichte, hrsg. von Dr. Ilse Reiche, Tübingen 1965.

---



## **Günther Gereke**

06.10.1893 – 01.05.1970

---

**DNVP**

**Deutscher Reichstag**

*auch: Provinziallandtag der Provinz Sachsen*

Gereke studierte Rechts- und Staatswissenschaften sowie Nationalökonomie an verschiedenen deutschen Universitäten. Er wurde als Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg schwer verwundet. 1915 legte er vor dem Oberlandesgericht Naumburg seine erste juristische Staatsprüfung ab. 1919 wurde er Landrat in Torgau und im gleichen Jahr Abgeordneter des Provinziallandtages der Provinz Sachsen. Wegen republikkritischer Ansichten schied Gereke als Landrat in Torgau aus und trat als Regierungsrat in die Regierung in Hannover ein, verließ diese aber 1923 und zog sich auf sein Familiengut in der Dübener Heide zurück. Von dort aus gründete er den preußischen Landgemeindebund, später Deutscher Landgemeindebund, dessen Vorsitzender Gereke bis 1933 war. Außerdem war er im „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“ sowie im „Wehrwolf“ aktiv.

Im Jahre 1924 wurde Gereke im Wahlkreis Merseburg zum Mitglied des Reichstages für die DNVP gewählt. Er gehörte dem Reichstag bis 1929 an. Danach gründete er die „Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei“, deren stellvertretender Vorsitzender er war. Für diese Partei war er von 1930 bis 1932 Mitglied des Reichstages. Außerdem war Günther Gereke Mitglied des Provinziallandtages der Provinz Sachsen.

In der Amtszeit von Reichskanzler Heinrich Brüning war Gereke Staatskommissar für öffentliche Arbeiten, im Kabinett Schleicher Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung und Ostsiedlungskommissar. Dieses Amt behielt er auch noch kurzzeitig in den ersten Wochen unter Reichskanzler Adolf Hitler.

Am 23. März 1933 verhaftete ihn die Gestapo unter dem Vorwurf von Unterschlagungen. Er wurde in einem Schauprozess am 16. Juni 1933 zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, schließlich nach einer Revision bis September 1935 in Haft gehalten. Ende April 1936 verhaftete ihn die Gestapo erneut kurzzeitig. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde Gereke verschärft überwacht. Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juni 1944 wurde Gereke erneut verhaftet und bis 1945 inhaftiert.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges arbeitete Günther Gereke zunächst als Präsidialdirektor der Regierung der Provinz Sachsen und war Leiter der Innenabteilung der Provinzialregierung. Im Sommer 1946 ging Günther Gereke nach Niedersachsen. Dort trat er in die CDU ein und wurde Vorsitzender des Landesverbandes Hannover. 1946 war er Mitglied des ersten, von der britischen Besatzungsmacht ernannten Landtages von Niedersachsen. Von Dezember 1946 bis zu seiner Entlassung im April 1947 war Gereke Innenminister von Niedersachsen, später Landwirtschaftsminister.

Anfang 1949 geriet Gereke in Auseinandersetzungen mit Konrad Adenauer vor allem wegen dessen Politik der Westintegration. Wegen nicht autorisierter politischer Verhandlungen



gen mit Walter Ulbricht wurde Gerekes Rücktritt als Minister erzwungen. Gereke wechselte wiederholt Fraktionen und Parteien, hatte aber bis Februar 1952 einen Sitz im Landtag von Niedersachsen. Im Juli 1952 siedelte Günther Gereke in die DDR über und wurde Mitglied der Blockpartei CDU. Er war Mitglied des Nationalrates der „Nationalen Front“ der DDR. Politisch einflussreich ist er in der DDR nicht mehr gewesen.



---

## **Bernhard Leopold**

28.09.1879 – 17.09.1962

---

**DNVP**  
**Deutscher Reichstag**

Der Hallenser Bernhard Leopold besuchte die Schule der Franckeschen Stiftungen. Nach einer Tätigkeit im Bergbau der Region studierte er in München und Berlin und legte 1902 die Prüfung als Bergreferendar ab. 1908 wurde er zum Bergassessor ernannt, arbeitete beim Oberbergamt in Halle und trat danach in die Zeitzer Paraffin- und Solarölgesellschaft ein. Von 1912 bis 1927 war Leopold Vorstandsmitglied der A. Riebeck'schen Montanwerke in Halle. Politisch war er in der DNVP aktiv.

Der Weltkriegsteilnehmer und Hauptmann der Reserve wurde 1920 erstmals für die DNVP im Wahlkreis Merseburg in den Reichstag gewählt, dem er bis 1930 angehörte.

Während der NS-Diktatur wurde Bernhard Leopold überwacht und zeitweise inhaftiert.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mied der Wirtschaftsfachmann seine Heimat Halle und die SBZ. Er war in Berlin-Zehlendorf in der CDU aktiv, seit 1945 Bezirksverordneter und 1956/57 Vorsitzender des dortigen CDU-Kreisverbandes.

**Thilo von Trotha**

27.07.1882 – 14.12.1969

---

**DNVP**  
**Deutscher Reichstag**

Trotha studierte Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft und Geschichte in Heidelberg und Halle. Danach war er 1905 als Referendar am Amtsgericht Werder/Havel und am Landgericht Potsdam tätig. Im Jahr 1906 wurde er Regierungsreferendar bei der Regierung in Potsdam, dem Magistrat Brandenburg und dem Landratsamt Merseburg.

Von 1906 bis 1907 diente Thilo von Trotha als Einjährig-Freiwilliger und wurde 1909 zum Leutnant der Reserve befördert. Nach dem Staatsexamen 1912 absolvierte er von 1912 bis 1913 eine landwirtschaftliche Lehre auf der Domäne Hoym in der Provinz Sachsen. Danach wurde er Volontär im Bankhaus Krause in Berlin.

Trotha war Kriegsteilnehmer des Ersten Weltkriegs. Danach stand er bis 1921 im Staatsdienst. Nach einer Vorbereitungszeit übernahm er 1929 den elterlichen Besitz Schkopau. Er war Mitglied des „Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten“. Ab 1932 vertrat er die Deutsch-nationale Volkspartei im Deutschen Reichstag, dem er von der 6. bis 8. Wahlperiode für den Wahlkreis Merseburg angehörte.

Trotha verlor 1933 unter dem Druck prominenter Nationalsozialisten seine Ämter und Ehrenämter. Im Jahr 1939 erfolgte der zwangsweise Verkauf eines Großteils seiner landwirtschaftlichen Flächen an das Industrierwerk Leuna/Buna. Nach dem Krieg wurde er im Oktober 1945 im Zusammenhang mit der Bodenreform in der Provinz Sachsen enteignet und ausgewiesen.

Er starb am 14. Dezember 1969 in Heidelberg.



## **Wolf-Heinrich Graf von Helldorff**

14.10.1896 – 15.08.1944

---

**NSFP, NSDAP**  
**Deutscher Reichstag**

Helldorff war eine der widersprüchlichsten Gestalten der Zeit der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur. Der hohe Ämter bekleidende Nationalsozialist wurde im Zusammenhang mit dem Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 verhaftet und am 15. August 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Er war Abgeordneter des Reichstages der 9. Wahlperiode, gewählt über eine Einheitsliste, die mit ganz wenigen Ausnahmen Politiker der NSDAP enthielt. Außerdem war Helldorff Abgeordneter des Preußischen Landtages von 1924 bis 1928 (2. Wahlperiode) und 1932 bis 1933 (4. und 5. Wahlperiode). In der 2. Wahlperiode war er im Wahlkreis Merseburg gewählt worden.

Helldorff entstammte einem alten sächsischen Adelsgeschlecht. Seine Vorfahren waren nach der Gründung der preußischen Provinz Sachsen 1815 in Preußen in verschiedenen Ämtern der Verwaltung, der Politik und der Gesellschaft tätig. Helldorff war Kriegsteilnehmer während des Ersten Weltkriegs. Als Dolmetscher war er auch bei den Waffenstillstandsvereinbarungen von Compiègne anwesend. Nach Kriegsende trat er in mehrere Freikorps ein. Nach seiner aktiven Teilnahme am Kapp-Putsch 1920 floh er nach Italien. Nach 1921 leitete er bis zu dessen Bankrott 1928 ein Rittergut in Wohlmirstedt bei Nebra.

1924 wurde Helldorff für die „Nationalsozialistische Freiheitspartei“ (NSFP) in den preußischen Landtag als Abgeordneter des Wahlkreises Merseburg gewählt. Der NSDAP trat er nach seinem Mandat, das 1928 endete, im Jahre 1930 bei. Ab 1932 war er erneut Abgeordneter des preußischen Landtages, aber nicht mehr für einen Wahlkreis des späteren Sachsen-Anhalt. Er war 1932 Fraktionsvorsitzender der NSDAP.

Helldorff gehörte zu den bekanntesten Nationalsozialisten in Preußen und in Deutschland. Auf ihn gingen verschiedene aufsehenerregende Aktionen der Nationalsozialisten zurück. Darunter war der von ihm als im gleichen Jahr ernannter SA-Führer organisierte erste anti-jüdischer Krawall in Berlin am 12. September 1931. Deswegen angeklagt, wurde er vom damaligen Rechtsanwalt Roland Freisler verteidigt und erhielt eine nur geringe Strafe. 1933 stieg er zum SS-Führer von Berlin-Brandenburg auf. 1933 erfolgte seine Wahl in den Reichstag. Im März dieses Jahres wurde er Polizeipräsident von Potsdam, im Juli 1935 Polizeipräsident von Berlin.

Der Graf führte ein aufwendiges und leichtfertiges Leben, was bereits zu seinem Bankrott als Rittergutsbesitzer beigetragen hatte. Als NS-Würdenträger und Polizeipräsident von Berlin fiel er durch luxuriöse Lebensführung, Verschwendungssucht und hohe Schulden auf. Mehrfach sind ihm aus NSADP-Kreisen und von hohen Amtsträgern einschließlich Joseph Goebbels und Adolf Hitler hohe Beträge zugeflossen.

Helldorff fiel durch einen besonders gewalttätigen und raubgierige Verfolgung von Juden auf. Von 1938 an erpresste er von emigrationswilligen Juden eine „Helldorff-Spende“. Er pflegte Kontakte zu hohen Offizieren der Wehrmacht über den mit ihm befreundeten Untergebenen Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg. Er nahm Partei für die Offiziere in der Blomberg-Fritsch-Krise von 1937/38 und spielte der Wehrmachtsführung geheimes Material zu ihrer Entlastung zu. Angesichts der zunehmenden Kriegsgefahr unterhielt Helldorff Kontakte zu den Generälen Ludwig Beck und Erwin von Witzleben, hatte auch Verbindungen zu weiteren hohen Militärs, die bei den Ereignissen des 20. Juli 1944 eine Rolle spielten. Er hat sich im Jahre 1944 mehrfach mit Claus Schenk Graf von Stauffenberg getroffen. Es ist nicht ganz klar, ob Helldorff den Anordnungen der Verschwörer im Falle eines erfolgreichen Attentates am 20. Juli 1944 tatsächlich gefolgt wäre. In Berlin unterstützte allerdings die Polizei die Verschwörer um Graf Stauffenberg. Helldorff nahm insgesamt eine zögerliche Haltung ein, so dass eine Absicherung nach beiden Seiten hin wahrscheinlich ist. Unklar ist auch geblieben, ob Helldorff in der Lage gewesen wäre, den gesamten Polizeiparat im Sinne der Verschwörer zu lenken. Er hat sich jedoch vom blinden Glauben an die NS-Führung gelöst und sich gegen deren Kriegsführung gewandt, die das deutsche Volk in die Katastrophe stürzte. Wolf-Heinrich Graf von Helldorff ist wegen seiner Teilnahme an der Verschwörung vom 20. Juli 1944 vom Volksgerichtshof unter Roland Freisler zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Die nationalsozialistische Führung war wegen Helldorffs Beteiligung besonders empört.

# 4. Abgeordnete des Landtages des Freistaates Preußen

---

## — 4.1. Überblick, Geschichte und Struktur des Freistaates Preußen

Preußen war nicht nur das mit Abstand größte deutsche Land und die Vormacht des untergegangenen Deutschen Kaiserreiches. Das Land umfasste etwa drei Fünftel des deutschen Staatsgebietes. Auch nach den Gebietsverlusten infolge des Ersten Weltkrieges war Preußen noch in der Zeit der Weimarer Republik das bei weitem größte Land.

Jede Neugliederung der deutschen Republik nach der Novemberrevolution von 1918 warf die Frage der Auflösung des Landes auf, wie es Hugo Preuß in seinem Verfassungsentwurf, den er im Auftrage Friedrich Eberts der Deutschen Nationalversammlung in Weimar 1919 vorschlug, bereits ausführte.<sup>1</sup> Da aber eine Neugliederung des Reiches durch die Nationalversammlung scheiterte, blieb Preußen als Land bestehen, wurde Freistaat und Teil der deutschen Republik, die durch die Weimarer Reichsverfassung als föderal bestimmt war.

Infolge des Friedensvertrages von Versailles musste Deutschland an verschiedene Staaten Gebiete abtreten. Der größte Teil dieser Gebietsverluste betraf Preußen. Das Land blieb aber dennoch das bei weitem größte unter den deutschen Ländern.

Trotz der Unsicherheit über die Zukunft Preußens trat am 26. Januar 1919 die in geheimer, gleicher, direkter und allgemeiner Wahl bestimmte verfassunggebende Landesversammlung von Preußen zusammen.<sup>2</sup> Sie wurde nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt und verfügte über 401 Abgeordnete. Wahlberechtigt waren alle Frauen und Männer über 20 Jahre, die im Lande wohnten und deutsche Bürger waren. Wählbar war der gleiche Personenkreis mit der Bedingung, mindestens ein Jahr preußischer Staatsbürger zu sein. Die Arbeit an der Verfassung verzögerte sich jedoch, weil man die ebenfalls entstehende Reichsverfassung abwarten musste.<sup>3</sup> Die preußische Verfassungsgebung wurde weiter durch den Kapp-Putsch verzögert. Innenminister Carl Severing legte am 26. April 1920 einen Entwurf vor. Die Verfassung für den Freistaat Preußen wurde am 30. November 1920 beschlossen. Danach bestand der Landtag des Freistaates aus einer Kammer. Die Legislaturperiode des Landtages betrug vier Jahre. Der Landtag war in gleicher, geheimer, direkter und allgemeiner Wahl nach dem Prinzip der Verhältniswahl zu wählen, wobei jeder Wähler eine Stimme hatte. Es wurden 23 Wahlkreise geschaffen. Auf 40.000 Stimmen entfiel

---

<sup>1</sup> Vgl. Preuß, Hugo: Reich und Länder. Bruchstücke eines Kommentars zur Verfassung des Deutschen Reiches, hrsg. von Georg Anschütz, Berlin 1928, S. 163 f; Matz, Klaus-Jürgen: Länderneugliederung. Zur Genese einer deutschen Obsession seit dem Ausgang des Alten Reiches, Idstein 1997, S. 55.

<sup>2</sup> Vgl. Heimann, Siegfried: Der Preußische Landtag 1899–1947, Berlin 2011, S. 178.

<sup>3</sup> Vgl. ebenda, S. 189.



**Das Abgeordnetenhaus in Berlin.**

ein Abgeordnetenmandat. Dadurch wurde die Zahl der Abgeordneten veränderlich. Durch Mehrheitsbeschluss und durch Volksentscheid konnte das Parlament aufgelöst werden. Eine Verfassungsänderung war mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen möglich.

Der Landtag bildete die Legislative des Freistaates. Er hatte eine durch die Reichsverfassung garantierte Gesetzgebungskompetenz, das Budgetrecht und das Recht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Der Landtag wählte den Ministerpräsidenten. Er hatte das Recht, dem Staatsministerium insgesamt und einzelnen Ministern das Misstrauen auszusprechen. Minister konnten mit einer Mehrheit von zwei Dritteln beim Staatsgerichtshof angeklagt werden.<sup>4</sup>

Die preußische Verfassung änderte das Wahlrecht gegenüber der Wahl zur Landesversammlung. Wahlberechtigt waren weiterhin Frauen und Männer mit vollendetem 20. Lebensjahr, die im Lande ihren Wohnsitz hatten und deutsche Reichsbürger waren. Das passive Wahlrecht aber wurde auf 25 Jahre heraufgesetzt.

In Preußen war der Übergang zu einem parlamentarischen demokratischen Staatswesen ein besonders tiefgehender Bruch, denn während der letzten Jahre des Kaiserreichs und des Königreichs Preußen war das Land zum Brennpunkt der Wahlrechtskämpfe gegen das reaktionäre Dreiklassenwahlrecht geworden. In Preußen fanden am 21. Februar 1921 Landtagswahlen für die erste Legislaturperiode statt, die bis 1924 reichte. Zwar erreichte die Weimarer Koalition von Sozialdemokraten, Zentrum und DDP trotz Verlusten eine Mehrheit, die Regierungsbildung war aber schwierig. Der Zentrumsolitiker Adam Stegerwald wurde schließlich Ministerpräsident einer Koalition ohne die SPD, die jedoch nicht lange

<sup>4</sup> Im Unterschied zur Reichsverfassung sah die preußische Verfassung keinen Präsidenten oder ein starkes Staatsoberhaupt vor. Damit war sie in dieser Hinsicht ein „stärker demokratisch und weniger autoritär geprägtes System als die Weimarer Republik“. Vgl. Clark, Christopher: Preußen. Aufstieg und Niedergang 160–1947, 5. Aufl., München 2007, S. 716.

Bestand hatte. Bereits im November trat Stegerwald zurück und der Sozialdemokrat Otto Braun wurde Ministerpräsident einer Großen Koalition. In den folgenden Jahren erwies sich diese große Koalition als Faktor der Stabilität. Der Freistaat Preußen bildete während der Krisen der Weimarer Republik wie im Jahre 1923 und angesichts instabiler Reichsregierungen ein Bollwerk der Demokratie und der Republik.<sup>5</sup>

Allerdings traten 1924 zunehmende Spannungen zwischen der rechtsliberalen DVP und den Sozialdemokraten auf. Als die Koalition zerbrach, war eine Regierungsbildung abermals schwierig. Der Zentrums Politiker Wilhelm Marx wurde zwar im Februar 1924 zum neuen Ministerpräsidenten gewählt, trat aber nach einer verlorenen Vertrauensabstimmung noch im selben Jahr zurück. Am 7. Dezember 1924 erfolgten abermals Landtagswahlen, aus denen die bisherigen Koalitionsparteien relativ stabil hervorgingen. Allerdings verzögerte sich die Regierungsbildung, weil die möglichen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten Otto Braun (SPD) und Wilhelm Marx (Zentrum) bei den Reichspräsidentenwahlen des Jahre 1925 kandidierten. Nach dem ersten Wahlgang schied Otto Braun aus und wurde nunmehr zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt. Der Sozialdemokrat Otto Braun entwickelte sich in der Folgezeit zum wichtigsten Landespolitiker Preußens und galt als Garant für dessen demokratische und republikanische Entwicklung.



**Blick in den Plenarsaal während einer Sitzungspause.**

---

<sup>5</sup> Vgl. Bracher, Karl Dietrich: Preußen und Weimar, in: Preußen 1701/2001, Köln 2001, S. 200; Ders.: Dualismus oder Gleichschaltung. Der Faktor Preußen in der Weimarer Republik, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918 – 1933, 2. Aufl. Bonn 1988, S. 535 ff..



Die nächsten Landtagswahlen fanden am 20. Mai 1928 statt. Dabei konnte die SPD Zugewinne verbuchen, während die anderen Koalitionsparteien Verluste erlitten. Dennoch hatte die Koalition eine Mehrheit erreicht. Die unverändert zusammengesetzte Regierung setzte ihre Arbeit fort. Sie versuchte energisch, die zunehmende politische Radikalisierung einzugrenzen.

Auch nach der Bildung des Präsidialkabinetts unter Heinrich Brüning im Reich 1930 und der Stimmengewinne der NSDAP bei den Reichstagswahlen blieb Preußen eine republikanische und demokratische Bastion. Doch die preußische Regierung und ihr Parlament mussten sich fortgesetzter Angriffe der Radikalen, darunter einem von rechten politischen Kräften inszenierten Volksentscheid zur Auflösung des Landtages im August 1931, erwehren.

Im Jahre 1932 war der Preußische Landtag neu zu wählen. Die Wahlen fanden am 24. April in einer politisch zugespitzten Lage nach der Wiederwahl Paul von Hindenburgs zum Reichspräsidenten statt. Die NDSAP wurde stärkste Partei. Zusammen mit der KPD war im Landtag eine negative Mehrheit entstanden, welche die Bildung einer parlamentarisch gestützten Regierung nicht ermöglichte. Daher blieb die Regierung Braun geschäftsführend im Amt. Landtagspräsident wurde Hanns Kerrl (NSDAP).

Am 20. Juli 1932 ermächtigte Reichspräsident Paul von Hindenburg den Reichskanzler Franz von Papen als Reichskommissar, die Geschäfte des Preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen („Preußenschlag“).<sup>6</sup> Zwar erklärte der angerufene Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich diese Anordnung für teilweise verfassungswidrig und die Regierung Braun blieb theoretisch im Amt, aber faktisch war sie abgesetzt. Ministerpräsident Otto Braun resignierte schließlich angesichts der eingetretenen Lage. Krankheitsbedingt hatte der amtierende Ministerpräsident sein Amt bereits am 4. Juni 1932 an seinen Stellvertreter von der Zentrumspartei übergeben.

Weder die SPD noch die Gewerkschaften riefen zur Abwehr des Staatsstreiches den Generalstreik aus. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold intervenierte nicht, obwohl dessen Einheiten kampfbereit waren wie in seinem Gründungsort Magdeburg, wo Oberbürgermeister Ernst Reuter sogar die Bereitschaftspolizei nach Berlin entsenden wollte.<sup>7</sup> Gegen den Entscheid des Staatsgerichtshofes ordnete der Reichspräsident am 6. Februar 1933 weiter an, dass dem Reichskommissar von Papen auch die noch verbliebenen Befugnisse der Regierung Braun übertragen werden.

Am 5. März 1933 fanden bereits unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland die letzten Wahlen zum Preußischen Landtag statt. Es handelte sich nicht mehr um demokratische Wahlen. Die NDSAP kam auf 44,3 % der Wählerstimmen. Da bei der Konstituierung des Landtages am 22. März die Mandate der KPD aberkannt worden sind, verfügte die NSDAP über die absolute Mehrheit. Infolge der Gleichschaltung der Länder (Gesetze vom 31. März und 7. April 1933) wurde Preußen dem Reich unterstellt. Am 11. April ernannte Reichskanzler Adolf Hitler Hermann Göring zum Preußischen Ministerpräsi-

---

<sup>6</sup> Vgl. Reichsgesetzblatt 1932, Teil 1, S. 377.

<sup>7</sup> Vgl. Barclay, David E.: Schaut auf diese Stadt. Der unbekannte Ernst Reuter, Berlin 2000, S. 138.

den. Der Preußische Landtag kam zu seiner letzten Tagung am 18. Mai 1933 zusammen. Hier stimmte das Parlament mit seiner NSDAP-Mehrheit einem Ermächtigungsgesetz zu, das dem Staatsministerium die Gesetzgebungsbefugnis übertrug und das Ende des demokratischen Systems in Preußen bedeutete.

Der preußische Landtag tagte im von 1892 bis 1898 errichteten Gebäude des preußischen Abgeordnetenhauses zwischen der Leipziger Straße und der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin.

– 4.2. Liste der verfolgten Abgeordneten

- SPD –** Karl Blum  
Ernst Brandenburg  
Reinhold Drescher  
Paul Franken  
Hermann Kasten  
Alexander Möller  
Emil Karl Müller  
Ernst Wittmaack
- KPD –** Karl Ferdinand Fischer  
Walter Kaßner  
Otto Kilian  
Hermann Matern  
Otto Schlag  
Friedrich Carl Schulz  
Paul Suhr  
Rosalie Wolfstein  
Paul Zobel
- DVP –** Georg Streiter

### – 4.3. Kurzbiografien

---



#### **Karl Blum**

15.04.1878 – 29.03.1945

---

**SPD**

**Landtag des Freistaates Preußen**

*auch: Provinziallandtag der Provinz Sachsen*

---

Karl Blum ist am 15. April 1878 in Pehlitz, Kreis Angermünde, geboren. Nach der Volksschule schloss er eine Lehre als Schlosser ab. In Abendkursen erwarb er Voraussetzungen, um die staatliche Maschinenbauschule in Magdeburg zu besuchen. Von 1907 an arbeitete Blum in der Magdeburger Armaturenfabrik Schäffer&Budenberg und war dort Betriebsobmann des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Vom September 1920 bis 1933 war er hauptamtlich Unterbezirkssekretär der SPD für die Kreise Jerichow I und II mit Sitz in Burg bei Magdeburg. Von 1920 bis 1928 ehrenamtlicher Amtsvorsteher in Biederitz bei Magdeburg, war Blum auch Mitglied des Kreistages und des Kreisausschusses des Kreises Jerichow I. Von 1928 bis 1933 war Blum Mitglied im Bezirksausschuss des Regierungsbezirks Magdeburg. 1929 wurde er Abgeordneter des Provinziallandtages der Provinz Sachsen.

In der zweiten bis vierten Wahlperiode (1928–1933) war Blum Abgeordneter der SPD im Preußischen Landtag und Beisitzer in dessen Präsidium. Daneben blieb er stellvertretender Landrat des Kreises Jerichow I (Burg), wo er für seine Reden gegen den Nationalsozialismus auf zahlreichen Veranstaltungen bekannt war. Im Jahre 1933 wurde Blum aus seinem Amt entlassen, verhaftet und in das KZ Lichtenburg verbracht. Ende 1933 wurde er wieder entlassen. Um weitere Verfolgungen zu erschweren, zog er nach Jeßnitz in Anhalt. Dort starb Karl Blum am 29. März 1945.

---

**Lit.:** Herlemann, Beatrix: Blum, Karl, in: Magdeburger Biographisches Lexikon, S. 64.

---

---

**Ernst Brandenburg**

17.01.1882 – 19.03.1952

---

**SPD**  
**Landtag des Freistaates Preußen**

---

Ernst Brandenburg wurde am 17. Januar 1882 in Werne, Kreis Bochum, geboren. Nach der Volksschule absolvierte er eine Formerlehre und arbeitete bis 1911 als Metallarbeiter. In Magdeburg war er im Vorstand der Organisation des Deutschen Metallarbeiterverbandes, von 1911 bis 1914 hauptamtlicher Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Hildesheim. Vor seiner Einberufung als Soldat im Ersten Weltkrieg war Brandenburg von April 1914 ab Parteisekretär der SPD in Stendal. 1916 kehrte er kriegsbeschädigt nach Stendal zurück und nahm sein Amt als Parteisekretär wieder auf.

Zwischen 1917 und 1921 war er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Stendal und dort seit 1919 Stadtverordnetenvorsteher. Im Dezember 1918 nahm Brandenburg am Reichsrätekongress teil. Im Jahre 1919 wurde Brandenburg in die Verfassunggebende Preußische Landesversammlung gewählt, der er bis 1921 angehörte. Danach war er ohne Unterbrechung bis 1933 Mitglied des Preußischen Landtages. Dort war er von der zweiten bis vierten Wahlperiode Mitglied des Fraktionsvorstands der SPD.

Von 1918 bis 1920 Vorsitzender der SPD in der Altmark, leitete Brandenburg zwischen 1920 und 1933 als hauptberuflicher Gauleiter den Landarbeiterverband im Bereich Magdeburg. Seit 1927 war Ernst Brandenburg Mitglied im Bezirksvorstand Magdeburg-Anhalt der SPD. Als Mitbegründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold war er seit 1925 Mitglied des Bundesvorstandes.

1933 wurde er als Gauleiter des deutschen Landarbeiterverbandes von den Nationalsozialisten des Amtes enthoben. Am 5. Mai 1933 verzichtete er unter dem Druck der NS-Diktatur auf sein Mandat im Preußischen Landtag und wurde unter Beobachtung gestellt. In der NS-Zeit arbeitete Ernst Brandenburg als Vertreter. Am 19. März 1952 verstarb Brandenburg im Alter von 70 Jahren in Magdeburg.



## **Reinhold Drescher**

13.01.1874 – 06.03.1960

---

**SPD**

**Landtag des Freistaates Preußen**

Reinhold Drescher wurde am 13. März 1874 in Södrich, Kreis Hirschberg (Schlesien) geboren. Er besuchte die Volksschule, die Fortbildungsschule und absolvierte eine Formerlehre. Im Jahre 1895 trat Drescher in die SPD ein. Von 1921 bis zum 23. Juni 1933 vertrat er den Wahlkreis Merseburg im Preußischen Landtag.

Drescher war unter anderem von 1903 bis 1906 als Berichterstatter der „Dresdner Volkszeitung“ tätig, von 1906 bis 1933 war er Bezirksparteisekretär für den SPD-Bezirk Halle-Merseburg. Seit 1919 war er Mitglied des SPD-Parteiausschusses. Von seiner Gründung im Jahre 1924 an bis 1933 war Drescher Gauleiter des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold für Halle/Merseburg. Im Mai 1933 wurde er in „Schutzhaft“ genommen, kam danach aber wieder frei. Ab 1936 war Drescher erwerbslos, bekam keine Unterstützung und wurde überwacht.

In den Jahren 1945 bis 1946 war er wieder für die SPD in Halle aktiv. Im Jahr 1950 war er als Sachbearbeiter tätig. 1958 floh er dann aus der DDR nach Westberlin. Dort verstarb er am 6. März 1960.

**Paul Franken**

27.06.1894 – 1944

**SPD****Landtag des Freistaates Preußen***auch: Provinziallandtag der Provinz Sachsen*

Paul Franken wurde am 27. Juni 1894 in Hohenscheid (Solingen) geboren. Er besuchte die Volksschule und absolvierte eine Lehre als Former und Nadler. Franken war Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend und ist 1911 der SPD beigetreten. 1914 wurde er zum Militär einberufen und nahm am Ersten Weltkrieg teil.

Im Jahre 1917 trat Paul Franken der USPD bei. In Solingen war er während der Novemberrevolution Vorsitzender des dortigen Arbeiter- und Soldatenrates. Von 1919 ab war er Parteisekretär am Niederrhein. Bereits vor der Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD zu VKPD im Jahre 1920 trat Franken der KPD bei. Nach dem Zusammenschluss war er Mitglied des Zentralausschusses der VKPD. Zudem war er Bezirkssekretär der Partei im Bezirk Niederrhein. 1921 wurde Paul Franken in Düsseldorf zum Mitglied des Preußischen Landtages gewählt. Davor hatte er sich ohne Erfolg für die KPD um ein Reichstagsmandat beworben. Im Jahre 1920 heiratete er Flora Franken (> *Flora Franken, Provinziallandtag der Provinz Sachsen*)

Paul Franken kritisierte die KPD-Führung wegen ihrer Mitwirkung am Mitteldeutschen Aufstand im Jahr 1921 („Märzkämpfe“) und geriet deshalb in zunehmende Konflikte innerhalb der Partei. Allerdings nahm er im Sommer 1921 in Moskau am III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale teil und wurde im August 1921 abermals in den Zentralausschuss der Partei gewählt. Anfang 1922 aber verließ Paul Franken die KPD. Er hatte sich zunächst der „Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft“ (KAG) angeschlossen, war mit dieser zur USPD gekommen und nach deren Vereinigung mit der SPD im Herbst 1922 wieder Mitglied der SPD.

1924 nahm Franken seinen Wohnsitz in Zeitz und war dort Redakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung „Volksbote“. Er war außerdem im Ortsvorstand der SPD, Leiter des Gewerkschaftskartells und in der Bildungs- und Kulturarbeit tätig.

1928 errang er abermals ein Mandat des Preußischen Landtages, dem er bis 1933 angehörte. 1927 wurde Paul Franken Vorstandsmitglied der SPD.

Ab 1933 betrieb er illegale Parteiarbeit, wurde kurzzeitig inhaftiert und emigrierte in die Tschechoslowakei, um danach seiner bereits nach Riga emigrierten Frau zu folgen. 1934 erhielt Paul Franken mit seiner Frau Flora nach Aufenthalt in Litauen und Schweden im August die Einreiseerlaubnis in die Sowjetunion. Sie lebten dort in Leningrad, wo Paul Franken in den Putilow-Werken arbeitete und im Mai 1936 wieder in die KPD aufgenommen wurde. Die Nationalsozialisten bürgerten ihn im April 1937 aus. Im gleichen Jahr wurde er im Zusammenhang mit den „Säuberungen“ der Geheimpolizei Stalins verhaftet und ins Polargebiet verschleppt. Im Frühjahr 1941 ist Paul Franken in die Sonderfahndungsliste der UdSSR aufgenommen und nach Adak in Alaska transportiert worden. Er starb im Herbst 1944 im Workuta-Gebiet an einer Blutvergiftung.



## **Hermann Kasten**

22.08.1885 – 05.02.1933

---

**SPD**

**Landtag des Freistaates Preußen**

Hermann Kasten trat 1903 der SPD und den freien Gewerkschaften bei. Vor dem Ersten Weltkrieg übernahm er auf lokaler und regionaler Ebene verschiedene Ämter in der Partei. Bis 1912 arbeitete er als Malergeselle. Im Jahr 1917 trat Kasten zur USPD über und kandidierte für diese Partei 1920 vergeblich für den Reichstag. Im Jahr 1922 kehrte Kasten zur SPD zurück. Von 1919 bis 1929 war er unbesoldeter Stadtrat der Stadt Schönebeck und betrieb gleichzeitig ein Handwerksgeschäft in der Stadt.

Von 1923 bis 1933 war Hermann Kasten für die SPD Mitglied des preußischen Landtages, seit 1925 auch Mitglied im Vorstand des Reichsstädtebundes.

Von 1929 an war Kasten Erster Bürgermeister der Stadt Staßfurt. Wegen seines kompromisslosen Kampfes gegen die regionale NSDAP sahen die Nationalsozialisten in Kasten einen besonderen Feind. Von der NS-Propaganda beeinflusst, schoss am 4. Februar 1933 ein Gymnasiast mit einem Revolver auf den Bürgermeister. Hermann Kasten erlag dem Anschlag am 5. Februar 1933. Er war das erste politische Mordopfer nach der Errichtung der NS-Diktatur in der Region. Anlässlich der Beerdigung von Kasten kam es zu einer Massendemonstration der örtlichen SPD-Anhänger, auch die Bevölkerung der Stadt bezeugte ihre Anteilnahme.

Im Jahr 2013 wurde vor seinem Wohnhaus in Staßfurt ein Stolperstein zu seinem Gedenken verlegt.

---

**Lit.:** Geffert, Hans Joachim: Kasten, Hermann, in: Magdeburger Biographisches Lexikon, S. 344 f.

---



**Alexander Möller**

26.04.1903 – 12.10.1985

**SPD****Landtag des Freistaates Preußen**

Alexander Möller wurde in Dortmund geboren. Nach dem Besuch der Oberrealschule in Dortmund legte er 1919 das Abitur ab. Er war der Sohn eines Reichsbahnsekretärs und absolvierte ebenfalls eine Ausbildung als Beamter bei der Reichsbahn. Als Sohn eines führenden Eisenbahngewerkschaftlers war er früh mit der Gewerkschaftsarbeit verbunden. Bis 1922 war er als Eisenbahnbeamter tätig. Im Jahre 1922 trat er der SPD bei. Darüber hinaus arbeitete er in der Presse- und Organisationsabteilung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter.

Im Jahre 1923 wurde Möller Bezirksleiter des Deutschen Eisenbahnverbandes in Halle. Im gleichen Jahr übernahm er die Bundesleitung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter in Berlin. Bis zur Errichtung der NS-Diktatur 1933 blieb er in der Gewerkschaftsarbeit aktiv. 1927 wurde Möller Mitglied des Landeseisenbahnrates.

Im Jahre 1928 wurde Alexander Möller im Wahlkreis Merseburg in den Preußischen Landtag gewählt, dem er bis 1933 angehörte. Zum Zeitpunkt seiner Wahl war er der jüngste Abgeordnete des Parlaments. 1933 war er bereits Mitglied des Fraktionsvorstandes.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur geriet Möller zunächst im Mai 1933 in „Schutzhaft“, die er in Halle verbringen musste. Er stand danach unter Polizeiaufsicht und war Übergriffen der Gestapo ausgesetzt.

Alexander Möller arbeitete unter dem Druck der Verhältnisse als Versicherungsvertreter, u. a. von 1936 bis 1944 für die Karlsruher Lebensversicherungs-AG. Dort gelang ihm der Aufstieg bis zum stellvertretenden Vorstandsmitglied.

Vom Jahre 1946 an war er Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung bzw. dem Landtag von Württemberg-Baden. 1952 in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt, behielt er das Mandat bis zum 5. Oktober 1961. Danach wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt. Seit 1958 war Möller Mitglied des Bundesvorstandes der SPD. Von 1962 bis 1966 war er darüber hinaus Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg.

In der sozialliberalen Bundesregierung unter Bundeskanzler Willy Brandt wurde Alexander Möller 1969 Finanzminister. Im Mai 1971 reichte er seinen Rücktritt ein, blieb aber bis 1976 Mitglied des Bundestages. Er hat danach noch einige politische Aufgaben für die Regierung Helmut Schmidt's übernommen.

Am 2. Oktober 1985 starb Alexander Möller in Karlsruhe.



## **Emil Karl Müller**

21.09.1878 – 09.07.1954

---

**SPD**

**Landtag des Freistaates Preußen**

---

Emil Karl Müller wurde am 21. September 1878 in Rambach (Wiesbaden) geboren. Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte er eine Maurerlehre. Von 1900 bis 1906 war Müller Vorsitzender der Filiale des Maurerverbandes in Oberhausen und von 1906 bis 1908 in Duisburg. Von 1913 bis 1920 war Emil Müller Parteisekretär der SPD für den Wahlkreis Moers-Rees und wurde 1919 Stadtverordneter in Moers.

1920 wechselte er als Parteisekretär in den SPD-Unterbezirk Stendal-Osterburg, wo er in dieser Funktion bis 1933 wirkte. Seit 1921 Stadtverordneter in Stendal, war Müller von 1925 bis 1928 und nochmals von 1931 bis 1933 Stadtverordnetenvorsteher in Stendal.

In den Preußischen Landtag wurde Müller erstmals 1919 für den Wahlkreis Düsseldorf/Krefeld gewählt. Von 1925 bis zum 23.06.1933 war er für den Wahlkreis Magdeburg Abgeordneter des Preußischen Landtages.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur wurde Müller aller Ämter enthoben und seine Bezüge gestrichen. Zeitweise befand er sich in „Schutzhaft“ in Stendal.

Nach 1945 scheint er nicht mehr politisch aktiv gewesen zu sein. Emil Karl Müller verstarb in Wolmirstedt.

---

**Ernst Wittmaack**

28.08.1878 – 20.09.1942

---

**SPD****Landtag des Freistaates Preußen***auch: Provinziallandtag der Provinz Sachsen*

---

Ernst Wittmaack wurde am 28. August 1878 in Heiligenstedten (Schleswig-Holstein) geboren. Er besuchte von 1884 bis 1893 die Volksschule und erlernte danach den Friseurberuf. Bis 1904 war er als Friseurgehilfe tätig. Zwischen 1900 und 1905 arbeitete er ehrenamtlich im Hauptvorstand des Verbandes der Barbieri bzw. des Friseurgehilfenverbandes.

Seit 1904 Mitglied der SPD, arbeitete Ernst Wittmaack als Redakteur sozialdemokratischer Zeitungen, zunächst für die „Volkszeitung“ in Rostock und von 1905 bis 1920 für die „Volksstimme“ in Magdeburg. Von 1910 bis 1920 war er Stadtverordneter in Magdeburg und dort Vorsitzender der SPD-Fraktion. Während der Novemberrevolution war Wittmaack Vorsitzender des Exekutivausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates in Magdeburg. Von Mai 1918 bis 1933 amtierte Ernst Wittmaack als Vorsitzender der SPD in Magdeburg.

Von 1919 bis 1921 gehörte er der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung an und anschließend durchgehend bis 1933 dem Preußischen Landtag. Vom 27. November 1931 bis zum 23. Mai 1932 war er Präsident des Parlaments. Außerdem war er seit 1920 Mitglied und Vizepräsident des Provinziallandtages für die Provinz Sachsen. Im März 1920 war der SPD-Politiker nach dem Ende des Kapp-Putsches Regierungskommissar für den Regierungsbezirk Magdeburg. Von September 1920 bis 1933 war er außerdem besoldeter Stadtrat von Magdeburg, darüber hinaus seit 1928 Vorsitzender des Hafenverbandes für die Elbe und die östlichen Wasserstraßen sowie Mitglied des Reichswasserstraßenbeirates. Nach der Errichtung der NS-Diktatur wurde Ernst Wittmaack ohne Ruhegehalt als besoldeter Stadtrat entlassen und verlor auch alle übrigen Ämter. Er zog nach Berlin, wo er als Vertreter im Kaffeehandel und später als Sachbearbeiter bei der Wirtschaftsgruppe Elektroindustrie tätig war. Hierbei wurde er vom Staat überwacht und starb am 20. September 1942. Das Begräbnis Wittmaacks war zugleich eine stumme Protestdemonstration, zu der sich zahlreiche Sozialdemokraten versammelten.

---

**Lit.:** Herlemann, Beatrix: Wittmaack, Ernst, in: Magdeburger Biographisches Lexikon, S. 813 f.

---



## **Karl Ferdinand Fischer**

19.01.1893 – 25.03.1940

---

**KPD**

**Landtag des Freistaates Preußen**

---

Karl Ferdinand Fischer wurde am 19. Januar 1893 in Reichenschwand in Bayern geboren. Er absolvierte eine Schlosserlehre und war von 1914 bis 1918 Kriegsteilnehmer. Nach 1918 arbeitete er wieder als Schlosser in Nürnberg. Fischer war seit 1910 Mitglied der SPD und seit 1921 Mitglied der KPD. 1927 besuchte er kurze Zeit eine Parteischule und wurde Kandidat des ZK der KPD. In dieser Zeit übernahm er für die KPD verschiedene Aufgaben, beispielsweise wurde er 1928 politischer Leiter des KPD-Bezirks Pfalz in Ludwigshafen. Nach Richtungskämpfen in der Partei verlor Fischer seine Position im ZK und die Leitung des Bezirks in der Pfalz.

In den Preußischen Landtag wurde er 1932 für den Wahlkreis Merseburg gewählt. 1933 war Fischer Leiter der illegalen KPD im Bezirk Hessen-Kassel und wurde am 20. November 1933 durch die Gestapo verhaftet. Am 7. November 1934 wurde er dann wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Februar 1937, nach Ablauf seiner Strafe im Zuchthaus, wurde Fischer in das KZ Sachsenhausen überführt. Am 25. März 1940 starb Karl Ferdinand Fischer an einem Herzinfarkt im KZ Sachsenhausen im Alter von 47 Jahren.

**Walter Kaßner**

06.06.1894 – 17.11.1970

**KPD****Landtag des Freistaates Preußen***auch: Provinziallandtag der Provinz Sachsen*

Kaßner besuchte die Volksschule und absolvierte danach eine Lehre als Schlosser und Dreher. 1911 trat er dem Deutschen Metallarbeiterverband und 1913 der SPD bei. Nach einer Verwundung im Ersten Weltkrieg arbeitete er in Magdeburg als Dreher. Walter Kaßner schloss sich 1917 der USPD an und war während der Novemberrevolution Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Magdeburg. Nach der Novemberrevolution war er stellvertretender Betriebsrat im Krupp-Gruson Werk Magdeburg. 1920 trat er der KPD bei, deren Magdeburger Ortsgruppe er bis 1926 leitete. Von 1924 bis 1933 war er Vorsitzender der KPD-Ratsfraktion in der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung und von 1926 bis 1929 Gauleiter des Rotfrontkämpferbundes Magdeburg-Anhalt.

1929 stieg Kaßner zum Kandidaten des ZK der KPD auf. Im Jahre 1930 gewann er für die KPD das Mandat sowohl für das Preußische Abgeordnetenhaus wie auch für den provinzialsächsischen Landtag in Merseburg. Dem preußischen Landtag gehörte er bis zum 31. März 1933 an.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur nahm er an der am 7. Februar 1933 stattfindenden illegalen Tagung des Zentralkomitees der KPD im Sporthaus Ziegenhals bei Berlin teil. Walter Kaßner ging in die Illegalität und war für die Partei in Berlin, Frankfurt/Main und im Saargebiet aktiv. Im Jahre 1935 wurde er verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt.

Kaßner überlebte die Haftzeit und kehrte im Juli 1945 nach Magdeburg zurück. Hier war er von 1945 bis 1950 Bürgermeister. Trotz aller Bemühungen gelang es ihm nicht, Oberbürgermeister zu werden. Kaßner war Mitglied der SED-Leitung in Magdeburg und von 1950 bis 1952 Präsidiumsmitglied des Landtages von Sachsen-Anhalt. Ab 1951 setzte ihn die SED ab 1951 als Abteilungsleiter im Ministerium des Inneren der DDR und später im Büro des Ministerrats der DDR ein. Er starb in Berlin.

---

**Lit.:** Wille, Manfred.; Walter Kaßner, in: Magdeburger Biographisches Lexikon, S. 344.

---



## **Otto Kilian**

27.01.1879 – 1945

---

**KPD**

**Landtag des Freistaates Preußen**

Otto Kilian, in Atzendorf im Kreis Calbe/Saale geboren, war Schriftsetzer. Er trat 1902 in die SPD ein und arbeitete als Journalist und Redakteur für verschiedene Parteizeitungen in Solingen und Kassel. Bis zum Ersten Weltkrieg war er in Halle Redakteur des „Volksblattes“. Kilian nahm als Soldat am Ersten Weltkrieg teil. 1917 trat er zur USPD über, 1920 wechselte er zu KPD.

1918 nach Halle zurückgekehrt, leitete er abermals das „Volksblatt“. Otto Kilian wurde am 26. Januar 1919 zum Abgeordneten der Verfassungsgebenden Versammlung in Preußen gewählt und erreichte 1921 ein Mandat der KPD für den preußischen Landtag in seinem Heimatwahlbezirk Halle-Merseburg, das er bis 1928 hielt.

Wegen Opposition gegen die Parteiführung wurde Kilian 1927 aus der KPD ausgeschlossen. Obwohl zunächst wieder aufgenommen, verließ Kilian 1928 endgültig die KPD und wurde zum Mitbegründer des „Leninbundes“. Später war er auch an einer trotzkistischen Abspaltung beteiligt.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 war Otto Kilian durch den Druck und Vertrieb regimekritischer Flugblätter aktiv im Widerstand tätig. Er wurde im September 1933 verhaftet und während der gesamten NS-Zeit in verschiedenen Konzentrationslagern festgehalten. Kurz vor der Befreiung starb er im KZ Bergen-Belsen an Typhus.

---

## Hermann Matern

17.06.1893 – 24.01.1971

---

**KPD**

**Landtag des Freistaates Preußen**



Matern besuchte in Burg die Volksschule und erlernte den Beruf des Gerbers. 1911 wurde er Mitglied der SPD, trat aber wegen der Bewilligung der Kriegskredite 1914 wieder aus. Nachdem er als Soldat im Ersten Weltkrieg eingezogen war, trat er 1918 der USPD bei. Er war während der Novemberrevolution in Magdeburg aktiv, arbeitete danach bis 1926 in Burg wieder in seinem Beruf. 1919 trat er der KPD bei und bekleidete verschiedene Funktionen auf lokaler Ebene. Von 1928 bis 1929 besuchte Matern die internationale Lenin-Schule in Moskau und war 1926 und 1929 Politischer Leiter der KPD für Magdeburg-Anhalt, 1932 für Ostpreußen.

1926 wurde Hermann Matern in den Provinziallandtag der Provinz Sachsen gewählt. Im Jahre 1932 und 1933 war er Abgeordneter des Preußischen Landtages für die KPD im Wahlkreis 1 (Ostpreußen).

Nach der Errichtung der NS-Diktatur leitete Matern die illegale Bezirksorganisation der KPD in Pommern. Er wurde im Juli 1933 verhaftet, jedoch gelang 1934 die Flucht aus dem Gefängnis in Stettin. Matern emigrierte in die Tschechoslowakei, später in die Schweiz und nach Frankreich. Über Belgien, die Niederlande, Norwegen und Schweden gelangte Hermann Matern 1941 in die Sowjetunion. Dort war er Mitbegründer des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ und später Lehrer an der Antifa-Schule für deutsche kriegsgefangene Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftler.

Mit der „Gruppe Ackermann“ kehrte Hermann Matern am 1. Mai 1945 nach Deutschland zurück. Er erwies sich als treuer Parteigänger Walter Ulbrichts und bekleidete verschiedene Spitzenpositionen in der SED. Matern war Mitglied des sächsischen Landtages von 1946 bis 1950. Ab dem gleichen Jahr gehörte er dem Politbüro der SED an.

---

**Lit.:** Thiem, Axel: Matern, Hermann, in: Magdeburger Biographisches Lexikon, S. 452.

---



## **Otto Schlag**

05.01.1889 – 22.04.1944

---

**KPD**

**Landtag des Freistaates Preußen**

Otto Schlag wurde am 15. Januar 1889 in Kraftsdorf (Thüringen) geboren. Nach seiner Schlosserlehre arbeitete Schlag erst als Gleisbauarbeiter, danach als Lokheizer. Im November 1910 trat er den Wehrdienst bei der kaiserlichen Kriegsmarine an, bei der er von 1914 bis 1918 als Matrose eingesetzt war. Otto Schlag war ab 1905 Mitglied der sozialistischen Jugend und wurde 1912 Mitglied der SPD. Von 1918 bis 1919 war er Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und trat nach deren Gründung im Jahre 1919 der KPD bei.

Im November 1918 war er am Kieler Matrosenaufstand beteiligt. Von 1920 bis 1928 war Otto Schlag Betriebsratsvorsitzender in der Brikettfabrik Bösau bei Weißenfels. Wegen seiner Kandidatur als Kandidat der KPD für den Preußischen Landtag und den Provinziallandtag der Provinz Sachsen wurde er im Jahr 1928 entlassen.

In den Wahlperioden der Jahre 1928 bis 1933 war Otto Schlag Mitglied des Preußischen Landtages. Außerdem amtierte er als Kreistagsabgeordneter in Weißenfels und war Mitglied der KPD-Bezirksleitung Halle. Seine Wahl zum Bürgermeister von Hohenmölsen wurde vom Regierungspräsidenten in Merseburg 1932 nicht bestätigt.

Im April 1933 wurde Schlag in „Schutzhaft“ genommen und im Polizeigefängnis Halle gefoltert. Danach war er im KZ Lichtenburg, von 1934 bis 1936 im KZ Esterwegen und im KZ Sachsenhausen inhaftiert, wo er für schwerste Arbeiten eingesetzt wurde. 1939 wurde Otto Schlag wegen schwerer Krankheit entlassen, jedoch im September 1939 wieder für einige Tage in „Schutzhaft“ genommen.

Er blieb im Widerstand aktiv, unter anderem war er konspirativ für die KPD-Bezirksleitung Halle tätig und hatte auch Kontakt zu kommunistischen Widerstandsgruppen.

Am 22. April 1944 starb der KPD-Funktionär Otto Schlag an den Folgen der Haft und erlittener Misshandlungen.



## Friedrich Carl Schulz

07.06.1884 – 10.06.1933

**KPD**  
**Landtag des Freistaates Preußen**



Friedrich Carl Schulz wurde in Braunschweig geboren. Nach dem Besuch der Volksschule begann er eine Lehre als Schmied und war danach in diesem Beruf tätig. 1905 wurde er Mitglied der SPD. Im Jahr 1916 schloss er sich der Spartakusgruppe an und war 1918 an der Gründung der KPD beteiligt. Schulz wurde auf dem Gründungsparteitag der KPD in die Organisations- und Programmkommission gewählt.

1921 erhielt er in Pommern ein Mandat für den Preußischen Landtag. 1923 wurde Schulz Oberbezirkssekretär der KPD in Norddeutschland. Wegen seiner Beteiligung am Märzaufstand in Mitteldeutschland wurde er 1923 polizeilich zur Fahndung ausgeschrieben. Da Schulz von seiner Partei 1924 nicht mehr zur Landtagswahl in Preußen aufgestellt wurde, ging er im folgenden Jahr nach Moskau. Von dort aus reiste er mit einer Gruppe der „Kommunistischen Internationale“ nach China. Bis 1928 war er wieder in Moskau und arbeitete für die Kommunistische Internationale. Für die Wahl zum Preußischen Landtag 1928 kehrte Friedrich Schulz nach Deutschland zurück und wurde im Wahlkreis Merseburg in den Preußischen Landtag gewählt.

Nachdem er 1932 nicht erneut in den Preußischen Landtag einziehen konnte, kehrte Schulz nach Moskau zurück. Im Februar 1933 war er wieder in Berlin und wurde dort in der Nacht des Reichstagsbrandes verhaftet. Anschließend kam er in das Polizeigefängnis am Alexanderplatz und später in das Polizeigefängnis in Spandau, wo er schwer misshandelt wurde. Am 10. Juni 1933 starb Schulz an den Folgen der Misshandlung und wurde am 6. Juli 1933 unter Polizeiaufsicht auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde beigesetzt.



## **Paul Suhr**

06.09.1902 – 1933

---

**KPD**

**Landtag des Freistaates Preußen**

Paul Suhr wurde in Königsberg geboren. Nachdem er von 1908 bis 1916 die Volksschule besuchte, begann er mit einer kaufmännischen Lehre in einer Feinkosthandlung, welche er 1919 abschloss. Anschließend arbeitete er bis 1921 als Kaufmannsgehilfe.

Im Jahr 1919 trat er dem Spartakusbund bei und 1920 der KPD. 1927 war Paul Suhr Leiter des Kommunistischen Jugendverbandes in Ostpreußen, ab 1929 Organisationsleiter in der KPD-Bezirksleitung Ostpreußen, 1930 politischer Sekretär der KPD-Bezirksleitung und 1932 Kandidat des Zentralkomitees und politischer Leiter des KPD-Bezirks Halle-Merseburg.

Im Jahr 1932 und erneut 1933 wurde Paul Suhr im Wahlkreis Merseburg in den Preußischen Landtag gewählt. Nach der Errichtung der NS-Diktatur 1933 musste Paul Suhr untertauchen. Er war wegen seiner politischen Tätigkeit für die KPD zur Fahndung ausgeschrieben. Während einer illegalen Zusammenkunft am 15. August 1933 in München wurde Paul Suhr von der Gestapo verhaftet und ist seitdem verschollen, mutmaßlich wurde er ermordet.

**Rosalie Wolfstein**

27.05.1888 – 11.12.1987

---

**KPD**  
**Landtag des Freistaates Preußen**



Die Tochter eines jüdischen Kaufmanns besuchte das städtische Lyzeum in Witten und absolvierte eine kaufmännische Ausbildung. Im Jahre 1908 wurde sie Mitglied der SPD. Von 1912 bis 1913 besuchte sie die Parteischule der SPD in Berlin, an der Rosa Luxemburg lehrte, deren Schülerin und Weggenossin Wolfstein wurde.

Rosalie Wolfstein wandte sich gegen die Burgfriedenspolitik ihrer Partei. In Duisburg wurde sie Mitglied der Spartakusgruppe. Während des Ersten Weltkrieges wurde sie wegen politischer Agitation mehrfach inhaftiert.

Sie nahm als Delegierte der Spartakusgruppe am Gründungsparteitag der USPD 1917 teil. In Düsseldorf gehörte sie während der Novemberrevolution als Mitglied dem dortigen Arbeiter- und Soldatenrat an und war am Jahreswechsel 1918/19 Mitbegründerin der KPD. Rosalie Wolfstein war im Besitz des Nachlasses von Rosa Luxemburg und befasste sich lebenslang mit dessen Bearbeitung.

Rosalie Wolfstein wurde 1920 als Kandidatin in die KPD-Zentrale berufen und war bis 1923 Mitglied des Organisationsbüros, hauptsächlich zuständig für die Leitung der parteieigenen Verlage.

Im Jahre 1921 wurde sie im Wahlkreis Merseburg in den Preußischen Landtag gewählt, wo sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende der KPD-Fraktion war. 1924 schied sie nach Ende der Legislaturperiode aus. Im gleichen Jahr trat Rosalie Wolfstein aus Protest gegen die ultralinke Parteiführung Ruth Fischer/Arkadi Maslow von ihren Parteiämtern zurück und widmete sich nur noch der Herausgabe der Werke Rosa Luxemburgs. Sie war in den folgenden Jahren Lektorin im Malik-Verlag. Im Jahre 1929 wurden ihr „rechte Abweichungen“ vorgeworfen und sie wurde aus der KPD ausgeschlossen. Daraufhin schloss sie sich zunächst der KPD-O und dann der SAP an, wo sie mit Willy Brandt bekannt wurde.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur musste sie im März 1933 aus Deutschland fliehen, ging zunächst nach Brüssel, dann nach Paris, wo sie der Exilleitung der SAP angehörte. Nach Kriegsbeginn interniert, gelang ihr zusammen mit ihrem Lebensgefährten Paul Frölich die Emigration in die USA über Lissabon und Martinique.

1951 kehrte Rosi Wolfstein nach Deutschland zurück und ließ sich in Frankfurt (Main) nieder. Sie wurde wieder Mitglied der SPD. Hessens Ministerpräsident Holger Börner hielt die Trauerrede bei ihrem Begräbnis im Jahre 1987.

---

**Lit.:** Sie wollte und konnte nie etwas Halbes tun. Die Sozialistin Rosi Wolfstein-Frölich 1914 bis 1924. Hrsg. Rosi-Wolfstein-Gesellschaft Witten, bearbeitet von Frank Ahland und Beate Brunner, Witten 1995; Weber, Hermann: Eine zweite Rosa Luxemburg, in: Wittener Porträts, hrsg. von Frank Ahland und Matthias Dudde, Witten 2000.

---



## **Paul Zobel**

13.03.1891 – 22.03.1945

---

**KPD**

**Landtag des Freistaates Preußen**

Paul Zobel wurde in Berlin geboren. Nach der Volksschule arbeitete er als Botenjunge. Anschließend begann er eine Buchhändlerlehre und arbeitete in sozialistischen bzw. kommunistischen Buchhandlungen und Büchereien. Paul Zobel gehörte von 1913 bis 1917 der SPD an, von 1917 bis 1920 der USPD und seit 1920 der KPD.

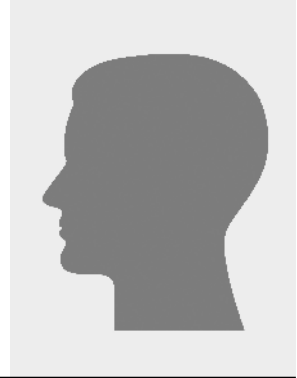
Nach der Teilnahme am Ersten Weltkrieg besuchte er eine kaufmännische Handelsschule und arbeitete bis 1923 als Hersteller in verschiedenen Verlagen. Bis Juli 1926 war Zobel Geschäftsführer der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten (kommunistischer Verlag VIVA). Im Februar 1926 wurde er in das Zentralkomitee der KPD berufen. Wegen der Herausgabe von „hochverräterischen Schriften“ wurde Zobel im November 1927 zu einem Jahr Festungshaft verurteilt, aber im Mai 1928 wegen seiner Wahl in den Preußischen Landtag entlassen. Ab 1928 war er für den Wahlkreis Berlin, ab 1932 für den Wahlkreis Potsdam und schließlich ab 1933 für den Wahlkreis Merseburg Abgeordneter im Preußischen Landtag.

Im Februar 1933 wurde Zobel verhaftet, für kurze Zeit in „Schutzhaft“ genommen und blieb von Juli bis Dezember 1933 im KZ Sonnenburg in Haft. Ende der 1930er Jahre war Zobel Mitarbeiter der illegalen Gruppe um Robert Uhrig und hatte 1943/44 Kontakt zur Saefkow-Jacob-Gruppe. Im Juli 1944 erneut verhaftet und in das KZ Dachau verbracht, starb er dort an den erlittenen Entbehrungen und Misshandlungen am 22. März 1945.

**Georg Streiter**

14.12.1884 – 1945

---

**DVP**  
**Landtag des Freistaates Preußen**

Georg Streiter wurde am 14. Dezember 1884 in Berlin geboren. Nachdem er die Volksschule in Berlin besuchte, begann er eine Lehre in einer Textilwarenhandlung und arbeitete als Bürogehilfe und Krankenpfleger der Inneren Mission. Später begann er eine Weiterbildung an der Königlichen Kunstschule Berlin und besuchte theologische, volkswirtschaftliche und sprachliche Kurse.

Streiter hatte verschiedene Ämter in der evangelischen Kirche inne und veröffentlichte einige Publikationen, in denen er sich vor allem mit der Krankenpflege befasste. Bereits im Alter von 19 Jahren war er Geschäftsführer des 1903 gegründeten „Gewerkvereins der Krankenpfleger, -Pflegerinnen und verwandten Berufe Deutschlands“. Zudem war er Redakteur des Verbandsblattes „Der Krankenpfleger“. 1907 wurde Streiter Vorsitzender des Verbandes. Während des Ersten Weltkrieges war Streiter als Krankenpfleger des Roten Kreuzes tätig und erhielt verschiedene Auszeichnungen.

Streiter war an der Gründung der DVP beteiligt und Zentralvorstandsmitglied der Partei. Darüber hinaus Mitglied der Ausschüsse für Arbeiterfragen und Kommunalpolitik, Mitglied des Vorstandes und des geschäftsführenden Ausschusses des Wahlkreisverbandes Berlin und am Arbeiterblatt der DVP beteiligt. 1919 wurde Streiter Stadtverordneter von Berlin. 1920 gehörte er für die DVP kurzfristig dem Reichstag an, verlor das Mandat aber wegen Wahlwiederholung im Wahlkreis Polzin. Er gehörte jedoch dem Reichstag wieder von 1921 bis 1924 als Reichswahlvorschlag seiner Partei an. Georg Streiter war gesundheitspolitischer Sprecher seiner Partei.

In den Jahren 1924 bis 1928 war Streiter nach dem Landeswahlvorschlag Abgeordneter für die DVP im Preußischen Landtag und wurde 1931 im Wahlkreis Magdeburg in den Preußischen Landtag gewählt.

Zu den vielfältigen Aktivitäten Georg Streiters gehörte die Mitgliedschaft im Vorstand des Evangelisch-Sozialen Kongresses, der Evangelisch Sozialen Schule Bethel und der Herder-Hochschule Berlin.

Nach der Auflösung der Verbände 1933 war Streiter zunächst erwerbslos, begann 1935 als hauptamtlicher Mitarbeiter des Roten Kreuzes und wurde 1944 Vorstandsmitglied des Deutschen Roten Kreuzes und Abteilungsleiter bei der Zentralverwaltung in Berlin.

Am 15. Dezember 1934 war er bereits als Vorstandsmitglied seines Verbandes verhaftet worden, kam jedoch nach kurzer Zeit wieder frei. Am 1. November 1944 wurde er aber erneut in seiner Dienststelle des Deutschen Roten Kreuzes verhaftet, im KZ Ravensbrück inhaftiert und dort vermutlich im Frühling 1945 erschossen.

---

**Lit.:** Eckhard Hansen/Christina Kühnemund/Christine Schoenmakers/Florian Tennstedt (Bearb.): Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1871 bis 1945. Band 2: Sozialpolitiker in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 1919 bis 1945, Kassel 2018, S. 194 f.

---

## 5. Abgeordnete des Landtages des Freistaates Anhalt

### – 5.1. Überblick, Geschichte und Struktur des Landtages

Das Land Anhalt verfügt über eine reiche parlamentarische Tradition. Während der Revolution von 1848/49 bestanden in den zu dieser Zeit noch drei anhaltischen Staaten (Anhalt-Bernburg, Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen) jeweils Landtage, die zu den fortschrittlichsten ihrer Zeit gehörten. Diese Landtage verabschiedeten Verfassungen, die zu den freisinnigsten der deutschen Verfassungsgeschichte zählen.<sup>1</sup> Nach dem Scheitern der Revolution geriet das 1863 vereinigte Herzogtum Anhalt unter dem Einfluss der Reaktionspolitik des benachbarten Königreichs Preußen, und seine Verfassung wurde erheblich eingeschränkt und dem preußische Vorbild angeglichen. Dennoch entwickelten sich nach der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert in dem traditionell relativ toleranten anhaltischen Herzogtum Formen politischer Kooperation zwischen liberalen und sozialdemokratischen Vertretern, die sich auch im Landtag widerspiegelten.<sup>2</sup>



**Das Behördenhaus, Tagungsort des Landtages in der Landeshauptstadt Dessau.**

<sup>1</sup> Vgl. Tullner, Mathias: Die Revolution von 1848/49 in Sachsen-Anhalt, 2. Aufl., Halle/Saale 2014, S. 108 ff.; Lück, Heiner: Die Verfassung in Anhalt-Köthen von 1848, in: 800 Jahre Anhalt. Geschichte, Kultur, Perspektiven, hrsg. vom Anhaltischen Heimatbund, Dössel 2012, S. 359 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Kupfer, Torsten: Der Weg zum Bündnis. Entschieden Liberale und Sozialdemokraten in Dessau und Anhalt im Kaiserreich, Köln/Wien/Weimar 1998, S. 9 ff.

Die Novemberrevolution in Anhalt verlief undramatisch und wies Aspekte auf, die einer „Honoratiorenrevolution“ ähnlich waren.<sup>3</sup> Die Mehrheitssozialdemokraten, die die Ereignisse zusammen mit den Linksliberalen steuerten, waren an demokratischen Verhältnissen interessiert, verlangten aber nicht den Sturz des herzoglichen Hauses. Erst als die Monarchien in ganz Deutschland stürzten, legte man dem Prinzregenten Aribert, der für den noch unmündigen Herzog Joachim Ernst regierte, die Abdankung nahe. Aribert fügte sich widerstandslos und verzichtete am 12. November 1918 für das herzogliche Haus auf den Thron.<sup>4</sup> An die Stelle der herzoglichen Regierung trat ein Staatsrat unter Führung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wolfgang Heine, dem führende anhaltische Sozialdemokraten und Liberale angehörten. Dieser Staatsrat rief eilig demokratische Wahlen zu einer konstituierenden Landesversammlung für den 15. Dezember 1918 aus, die bereits am 20. Dezember zusammentrat. Die Eile erklärte sich damit, dass man in Anhalt fürchtete, die künftige republikanische Ordnung in Deutschland werde die Fortexistenz Anhalts in Frage stellen. Mit einem demokratisch legitimierten Landesparlament rechnete man sich bessere Chancen aus, die Selbständigkeit Anhalts zu erhalten. Von den 36 Abgeordneten dieser Landesversammlung gehörten 22 der SPD an, 12 der DDP und 2 der DNVP/Landbund.<sup>5</sup>

Während der konstituierenden Deutschen Nationalversammlung 1919 in Weimar haben sich die anhaltischen Abgeordneten gegen eine Neugliederung der deutschen Republik eingesetzt. Im nunmehrigen Freistaat Anhalt konnte am 6. Juni 1920 ein neuer Landtag gewählt werden, der trotz erheblicher Verluste der Regierungsparteien eine weitere Koalitionsregierung von SPD und DDP ermöglichte. Am 18. Juli 1919 konnte die demokratische Verfassung für den Freistaat Anhalt verabschiedet werden. Danach bestand der Landtag aus 36 Abgeordneten, die nach dem Grundsatz der Verhältniswahl für eine Wahlperiode von drei Jahren gewählt wurden (ab 1923 vier Jahre). Das Mindestalter für das aktive und passive Wahlrecht war im Unterschied zur konstituierenden Landesversammlung von 20 auf 21 Jahre heraufgesetzt worden. Die Kompetenzen des Landtages bestanden in der Gesetzgebung, der Überwachung der Staatsführung und Verwaltung, im Budgetrecht, in der Wahl des Staatsministeriums sowie in der Ministeranklage. Es galt das Landeswahlgesetz vom 7. Mai 1920.<sup>6</sup>

Der anhaltische Staatsrat wurde am 23. Juli 1919 durch den Landtag neu gewählt. Kurze Zeit danach trat Heinrich Deist (SPD) an dessen Spitze, nachdem der Vorsitzende Wolfgang Heine als Minister nach Preußen gewechselt ist. Seit 1922 wurde das Amt als Ministerpräsident bezeichnet. Mit einer kurzen Unterbrechung im Jahre 1924 übte Heinrich Deist das Amt des anhaltischen Ministerpräsidenten bis 1932 aus.

---

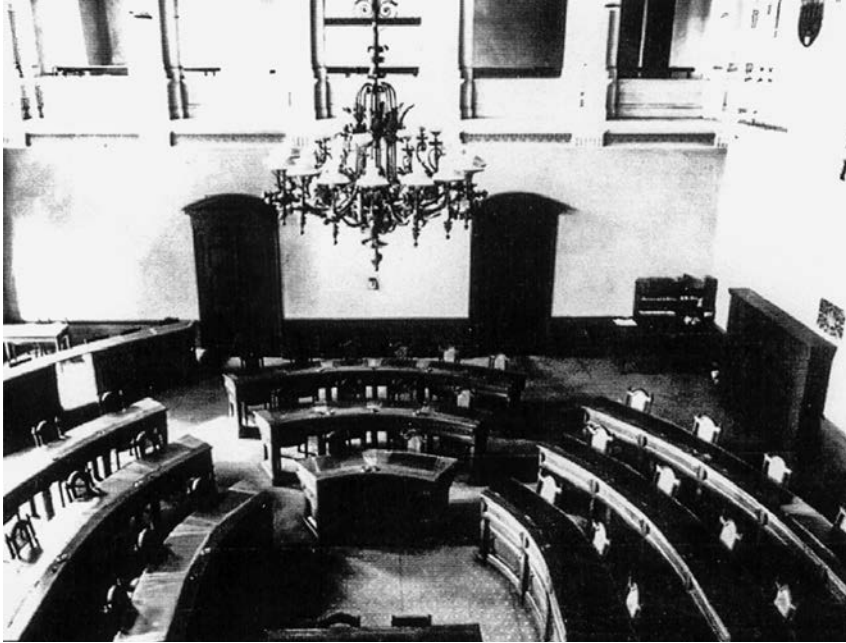
3 Vgl. Tullner, Mathias: Der Freistaat Anhalt und seine Eliten zwischen demokratischem Musterstaat und kleinstaatlicher Begrenztheit, In: Anhalts Weg ins „Zeitalter der Extreme“, S. 17.

4 Vgl. Regener, Ralf: Der Sturz der Askanier in Anhalt, in: ebenda, S. 29 ff; Ders.: „Und jetzt fiel die alte, morsch gewordene Eiche“. Das Ende der askanischen Herrschaft in Anhalt, in: Das Ende der Monarchie in den deutschen Kleinstaaten. Vorgeschichte, Ereignis und Nachwirkungen in Politik und Staatsrecht 1914–1939, hrsg. v. Stefan Gerber, Wien/Köln/Weimar 2018, S. 161 ff.

5 Es handelte sich um Abgeordnete der Mehrheitssozialdemokraten (MSPD). USPD-Abgeordnete waren nicht vertreten.

6 Vgl. Schanbacher, S. 105.





**Vergleichsweise klein: Der Plenarsaal im Behördenhaus Dessau.**

Bei den nächsten Landtagswahlen am 22. Juni 1924 hatte sich das politische Klima im Freistaat erheblich verändert. Die SPD kam nur noch auf 13 Sitze im Landtag während die DDP mit nur einem Sitz als Koalitionspartner ausfiel. Gleichzeitig zogen radikale Parteien mit der KPD (1 Sitz) und dem Völkisch-Sozialen Block (2 Sitze) in den Landtag ein. Die daraufhin gebildete konservative Landesregierung verlor noch im gleichen Jahr ihre Mehrheit und es erfolgten am 9. November 1924 erneut Landtagswahlen, in deren Ergebnis abermals die SPD mit der DDP eine Koalitionsregierung bilden konnte. Die nächsten Landtagswahlen vom 20. Mai 1928 ergaben abermals eine knappe Mehrheit für eine SPD/DDP-Landesregierung, die allerdings der Unterstützung weiterer Abgeordneter bedurfte, da sie nur über 17 von 36 Sitzen verfügte. In diesem Landtag, in dem DNVP, DVP und Landbund mit insgesamt 12 Mandaten eine Fraktionsgemeinschaft bildeten, war die KPD mit 3 Sitzen und erstmals die NSDAP mit einem Sitz vertreten. Die unsichere Mehrheit der Landesregierung erwies sich angesichts der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und der politischen Radikalisierung als schwierig für eine erfolgreiche Landespolitik. Die Regierung stürzte im Februar 1932 durch ein Misstrauensvotum. Weil die Legislaturperiode ohnehin ihrem Ende entgegen ging, wurden die Neuwahlen auf den 24. April 1932 vorgezogen. Bei diesen Landtagswahlen wurde die NSDAP stärkste Kraft mit 15 Mandaten. Sie bildete zusammen mit rechten Parteien die erste NS-geführte Landesregierung in Deutschland.

Es handelte sich um die letzten Landtagswahlen des Freistaates Anhalt. Faktisch verloren die Länder des Deutschen Reiches ihre Eigenständigkeit bereits mit dem „Vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933. Mit dem „Gesetz über den Neuaufbau des Reichs“ vom 30. Januar 1934 gingen die Hoheitsrechte der deutschen Länder endgültig auf das Reich über. Der Freistaat Anhalt wurde zur Verwaltungseinheit Land Anhalt. Am 5. März 1933 erfolgte formal noch einmal eine Neubildung des Land-

tages (7. Landtag) durch die an diesem Tage stattgefundene Reichstagswahl, wonach die Landtage entsprechend dem Wahlergebnis der Reichstagswahl neu zu bilden waren. Der anhaltische Landtag wurde aber nicht mehr einberufen.

Tagungsort des Landtages des Freistaates Anhalt war das Behördenhaus in der Landeshauptstadt Dessau.

**\_\_ 5.2. Liste der verfolgten Abgeordneten**

**SPD –** Bruno Böttge  
Johann Budnarowski  
Heinrich Deist  
Otto Körting  
Richard Paulick  
Ludwig Sinsel

**KPD –** Erich Besser  
Otto Friemel  
Alfred Kettig

**DDP –** Willy Lohmann

### – 5.3. Kurzbiografien

---



#### **Bruno Böttge**

29.08.1891 – 07.01.1967

---

**SPD**

**Landtag des Freistaates Anhalt**

---

Bruno Böttge wurde in Halle/Saale als Sohn einer Arbeiterfamilie geboren. Er erlernte den Beruf des Schlossers. 1908 trat Böttge der SPD in Bernburg bei. Von 1911 bis 1917 wurde er zum Dienst bei der Marine eingezogen, 1917 wegen „Zersetzung der kaiserlichen Marine“ zu drei Jahren Festungshaft verurteilt. Nach Kriegsende kam er frei. Bruno Böttge kehrte nach Bernburg zurück und führte dort den USPD-Kreisverband. Gleichzeitig amtierte er als Stadtverordneter.

Von 1920 bis 1922 vertrat er die USPD und später die VKPD (Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands) im Landtag von Anhalt. Er bekleidete in diesen Parteien das Amt eines Landesparteisekretärs.

1922 wurde Bruno Böttge erneut Mitglied der SPD. Von 1924 bis 1933 war er Bürgermeister in Teutschenthal, 1923 und 1924 Lokalredakteur in Eisleben. Böttge wurde im Februar 1933 verhaftet und in das KZ Lichtenberg verbracht. Dort wurde er schwer misshandelt. Nach der Haftentlassung arbeitete er als Handelsvertreter und bei der Luftschutzpolizei.

Nach dem Krieg wurde Böttge Provinzialsekretär der SPD in Sachsen-Anhalt. Er sprach sich für eine Vereinigung mit der KPD aus und war von 1946 bis 1948 Mitglied im SED-Parteivorstand. In Sachsen-Anhalt war er Co-Vorsitzender der SED und ab 1946 Abgeordneter und Präsident des Landtages. Ab 1948 geriet er in der SED wegen angeblicher Veruntreuung von Parteigeldern in den Fokus interner Säuberungen. Daraufhin legte Böttge seine Ämter nieder. 1949 wurde er aus der SED ausgeschlossen und im März 1954 verhaftet. Am 14. Mai 1955 wurde er vom Bezirksgericht Halle zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Im April 1956 wurde Bruno Böttge begnadigt. Er wurde wieder in die SED aufgenommen und bekam später einen FDGB-Posten in Rostock. Bruno Böttge starb am 7. Januar 1967.

---

**Lit.:** Trittel, Christina: Die Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt von 1946 bis 1950 Halle/Saale 2006.

---

---

**Johann Budnarowski**  
14.05.1881 – 26.09.1939

---

**SPD**  
**Landtag des Freistaates Anhalt**



---

Johann Budnarowski wurde in Kulm an der Weichsel geboren. Er war der Sohn eines Schneidemeisters und absolvierte eine Lehre als Buchdrucker.

Er schloss sich der Gewerkschaftsbewegung an und trat in die SPD ein. Zwischen 1912 und dem Jahr 1915 war Budnarowski Vorsitzender des Gewerkschaftskartells der Stadt Dessau sowie des Bezirkskartells von Anhalt. Während der Novemberrevolution und den Wirren der Nachkriegszeit gehörte er in Dessau und in Anhalt nicht zu den führenden Sozialdemokraten, wurde aber am 23. Februar 1919 für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Stadtverordneter in Dessau gewählt. Johann Budnarowski war auch Abgeordneter des Kreistages in Bernburg sowie von 1919 bis 1933 Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Volkswacht“ ebenfalls in Bernburg.

Erst im Jahre 1932 trat er als gewählter Abgeordneter für die SPD in den Anhaltischen Landtag ein. Es handelte sich um jene Landtagswahl, bei der die NSDAP erstmals in einem deutschen Teilstaat stärkste Fraktion wurde. Dadurch konnte es zur ersten NS-geführten deutschen Landesregierung in der Weimarer Republik kommen.

Während der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland verlor er seine Ämter und wurde im Juni 1933 verhaftet. Nach einer „Schutzhaft“ wurde er überwacht und noch mehrfach kurzzeitig inhaftiert. Johann Budnarowski verstarb am 26. September 1939 in Bernburg.



## Heinrich Deist

09.07.1874 – 19.06.1963

SPD

Landtag des Freistaates Anhalt

Heinrich Deist wurde in Mittenrode (Kreis Eschwege) auf einem Bauernhof geboren. Nach sechsjährigem Besuch der einklassigen Dorfschule und dem Konkurs des elterlichen Hofes zog die Familie nach Kassel. Nach Abschluss der Volksschule fand Deist für kurze Zeit Beschäftigung in einer Fabrik, ehe er eine vierjährige Lehre als Schriftsetzer begann. Bereits während der Lehrzeit hatte ihn der Vater zu öffentlichen Veranstaltungen der SPD mitgenommen. Deist beendete seine Ausbildung in der Druckerei der sozialdemokratischen Lokalzeitung. 1895 wurde er Mitglied der SPD. Am 1. Oktober 1903 trat er die Stelle als Geschäftsführer der örtlichen sozialdemokratischen Zeitung und der damit verbundenen Buchhandlung in Dessau an. Unter Leitung Heinrich Deists gewann das „Volksblatt“ an Niveau und Einfluss. In den folgenden Jahren stieg er zu einem der führenden Sozialdemokraten in Anhalt auf.

Während des Ersten Weltkrieges arbeitete er in der Stadtverwaltung. Im Verlaufe der Novemberrevolution in Anhalt gehörte er zur Führung der anhaltischen Sozialdemokraten, die einen unblutigen und undramatischen Machtwechsel anstrebten. Er trat nach der Abdankung des anhaltischen Herzoghauses in den anhaltischen Staatsrat (Regierung) als Stellvertreter des Vorsitzenden Wolfgang Heine ein. (> *Wolfgang Heine, Nationalversammlung/ Reichstag*)

Seit der ersten Legislaturperiode des demokratische gewählten Landtages des Freistaates Anhalts war Heinrich Deist Mitglied des Parlaments. Im Juli 1919 wurde er dessen Präsident. 1922 wurde der Staatsrat in ein Staatsministerium umgewandelt, Deist wurde Ministerpräsident. Dieses Amt hatte er bis auf eine kurze Unterbrechung 1924 bis zum 20. Mai 1932 inne. In dieser Zeit war das politische Klima weithin entspannt und es gab einen wirtschaftlichen Aufschwung. Heinrich Deist unterstützte die Übernahme des Bauhauses von Weimar nach Dessau im Jahre 1926.

Nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und den sie begleitenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen im Jahr 1929 gewannen auch im Freistaat Anhalt rechts- und linksradikale Kräfte zunehmend an Einfluss. Am 20. Mai 1932 musste Deist die Regierungsgeschäfte an die Nationalsozialisten abgeben, nachdem diese bei den Wahlen zuvor stärkste Kraft geworden waren. Danach zog er sich nach Dessau-Mosigkau zurück.

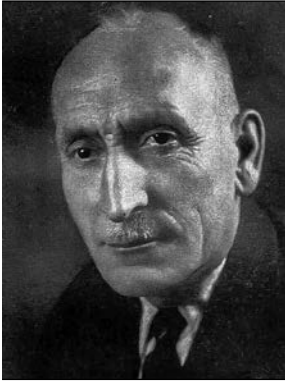
In der Zeit des Nationalsozialismus war er Schikanen der Nazis ausgesetzt. Seine Pension wurde gekürzt und er wurde mehrmals verhaftet. Während dieser Zeit lebte er in „bescheidener Zurückgezogenheit“, wie er es selbst beschrieb. Nach dem Ende des Krieges stellte er sich dem Wiederaufbau zur Verfügung. Er wurde Präsident des Regierungsbezirkes Dessau. Heinrich Deist kümmerte sich um die Linderung von Not und Elend und die Beseitigung

der schlimmsten Kriegsschäden. Am 30. Juni 1947 schied er aus dem Amt. In den folgenden Jahren war er Diskriminierungen der SED-Diktatur ausgesetzt, ließ sich aber nicht einschüchtern. Heinrich Deist starb in Dessau-Mosigkau.

---

**Lit.:** Heinrich Deist. Ministerpräsident des Freistaates Anhalt, Sachsen-Anhalt. Beiträge zur Landesgeschichte, hrsg. von Mathias Tullner, Heft 17, Halle/Saale 2000; Regener, Ralf: Heinrich Peus, Heinrich Deist und der eigentümliche Weg der anhaltischen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, in: Weltkrieg, Spaltung, Revolution. Sozialdemokratie 1916 - 1922, hrsg. v. Uli Schöler/Thilo Scholle, Bonn 2018.

---



## Otto Körting

20.05.1884 – 03.07.1959

SPD

Landtag des Freistaates Anhalt

Otto Körting, als Sohn eines Kleinbauern in Jeßnitz (Anhalt) geboren, war gelernter Schlosser. In der „AGFA-Filmfabrik Wolfen“ war er von seiner Lehre an bis 1933 tätig. Seit 1902 war er Mitglied des Metallarbeiterverbandes und der SPD.

Nach dem Ersten Weltkrieg verstärkte er seine politische Tätigkeit und kandidierte für den Landtag von Anhalt. 1919 und 1920 bekam er das Mandat jeweils als Nachrücker der Landesliste für die SPD. Ein eigenes Mandat errang Otto Körting von 1924 bis 1932. Von 1919 bis 1932 war Otto Körting Mitglied des Kreistages und des Kreisausschusses von Dessau. In der AGFA-Filmfabrik war er sechs Jahre lang Betriebsratsvorsitzender. Zudem bekleidete er in seinem Heimatort Bobbau das Amt des Amts- und Gemeindevorstehers.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur 1933 verlor Otto Körting alle Ämter und ebenso seine Beschäftigung. Er gehörte zu den anhaltischen Persönlichkeiten, die wie Gerhart Seger (> *Gerhart Seger, Reichstag*) 1933 im KZ Oranienburg inhaftiert worden sind. Körting war dort acht Monate in Haft. Danach wurde er von der Gestapo überwacht und noch mehrfach kurzzeitig verhaftet. Um seinen Lebensunterhalt zu sichern, war er in der Folgezeit als Landarbeiter tätig. Im Juli 1944 erfolgte seine erneute Verhaftung und Inhaftierung im KZ Buchenwald, wo er die Befreiung erlebte.

Nach der Rückkehr in seine Heimat war Otto Körting vor allem für die Reorganisation der landwirtschaftlichen Versorgung tätig. Er schloss sich erneut der SPD an und wurde Mitglied der Organisation „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ (VdgB). Als Mitglied der Landesbodenkommission der Provinz Sachsen war er hier führend an der Umsetzung der „Bodenreform“ beteiligt. Bei den Landtagswahlen in der Provinz Sachsen im Jahre 1946 kandidierte er – inzwischen nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD der SED zugehörig – für die zugelassene Liste der VdgB und erhielt eines der zwei Mandate. Otto Körting war einer der Vizepräsidenten des Landtages.

1947 wurde Otto Körting zum ersten Vorsitzenden der VdgB in der SBZ gewählt, deren Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt er bereits war. Er hat als Präsidiumsmitglied des „Deutschen Volksrates“ sowie der „Deutschen Wirtschaftskommission“ und anderer Funktionen die Politik der SED in dieser Zeit mitbestimmt.

Im März 1950 jedoch wurde Otto Körting seines Amtes als Vorsitzender der VdgB enthoben, weil er die Bauernpolitik der SED kritisierte und im Juli desselben Jahres wegen „reaktionärer Umtriebe“ aus der SED ausgeschlossen. Gleichzeitig verlor er sein Landtagsmandat in Sachsen-Anhalt. Otto Körting wurde als ehemaliger Sozialdemokrat ein Opfer der parteiinternen Säuberungen. 1952 wurde er sogar verhaftet und für ein Jahr eingesperrt. Er verstarb in Dessau.



**Richard Paulick**

14.04.1876 – 12.02.1952

**SPD****Landtag des Freistaates Anhalt**

Richard Paulick, gelernter Porzellandreher, kam wie Heinrich Peus (> *Heinrich Peus, Reichstag*) und Heinrich Deist (> *Heinrich Deist, Landtag Freistaat Anhalt*) und andere führende anhaltische Sozialdemokraten von außerhalb. Paulick war in Charlottenburg bei Berlin geboren worden und somit gebürtiger Preuße.

In Anhalt war Richard Paulick zunächst Vorsitzender der SPD in Roßlau und dort auch ab 1912 Stadtverordneter in Dessau. Seit dem Jahr 1905 war er Redakteur des sozialdemokratischen „Volksblatts für Anhalt“ in Dessau.

Während der Novemberrevolution folgte er dem zunächst gewählten Liberalen Fritz Hesse (> *Fritz Hesse, Landtag Freistaat Anhalt*) im Vorsitz des Arbeiter- und Soldatenrates in Dessau. Von November 1918 bis Oktober 1922 war Richard Paulick Mitglied des Staatsrates, der Regierung von Anhalt. In den Landtag des Freistaates Anhalt wurde er bereits 1918 als Mitglied der Konstituierenden Landesversammlung gewählt. Er war Mitglied des Anhaltischen Landtages bis 1920 und von 1924 bis 1933. Von 1928 bis 1932 war er Präsident des Landtages des Freistaates Anhalt.

Während der Zeit der NS-Diktatur verlor Richard Paulick, der von 1919 an besoldeter Stadtrat in Dessau war, neben seinen politischen Ämtern auch seine dienstliche Stellung. Wie in Anhalt mehrfach gegenüber führenden Sozialdemokraten praktiziert, „beschränkten“ sich die Nationalsozialisten auch gegenüber Richard Paulick auf dessen Isolation und Überwachung sowie verschiedene Diskriminierungen und Schikanen, ohne ihn wie Gerhart Seger (> *Gerhart Seger, Reichstag*) in Haft zu nehmen, physisch zu misshandeln oder zu ermorden. Richard Paulick war der Vater des bekannten gleichnamigen Architekten (7. November 1903 bis 4. März 1979), der unter anderem für die Planung der Stadt Halle-Neustadt zuständig war. Er hat nach 1945 keine politische Bedeutung mehr erlangt und ist in Dessau verstorben.



## **Ludwig Sinsel**

12.11.1884 – 23.03.1968

---

**SPD**

**Landtag des Freistaates Anhalt**

---

Ludwig Sinsel wurde in Leipzig geboren. Er absolvierte eine Lehre als Lithograph in Leipzig und arbeitete später als Redakteur. Von 1910 bis zum Jahr 1927 war er Vorsitzender des Lithographenverbandes der Stadt Dessau.

Sinsel war von 1919 bis 1930 Stadtverordneter und von 1930 bis 1933 besoldeter Stadtrat in Dessau. Von 1924 bis zum 23. Juni 1933 gehörte er als Abgeordneter der SPD dem Anhaltischen Landtag an.

Von 1920 bis zum Jahr 1930 war er Redakteur beim „Volksblatt für Anhalt“ und seit 1920 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells der Stadt Dessau und als solcher Vorsitzender des ADGB der Stadt.

Ludwig Sinsel gehörte zur „zweiten Reihe“ der anhaltischen Sozialdemokraten. Er hatte nach der Errichtung der NS-Diktatur zunächst seine Ämter und seine Stellung verloren und war als sozialdemokratischer Abgeordneter und Amtsträger allerlei Demütigungen und Schikanen ausgesetzt. Im Jahre 1936 aber geriet er kurzfristig in „Schutzhaft“ und wurde schließlich 1944 im KZ Buchenwald inhaftiert.

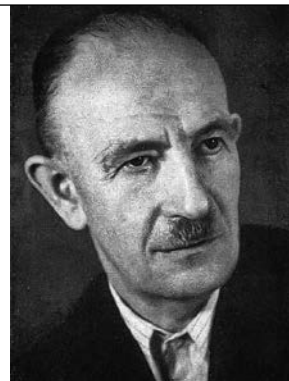
Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war er erneut in der Dessauer Kommunalpolitik aktiv, wurde im Jahr 1945 Leiter des Amtes für Sozialfürsorge und Arbeit sowie Stadtverordneter. Von 1947 bis zum Jahr 1952 war er nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD Stadtverordnetenvorsteher der SED in Dessau. In Dessau ist er auch verstorben.

**Erich Besser**

27.02.1880 – 05.04.1972

---

**KPD**  
**Landtag des Freistaates Anhalt**



Erich Besser wurde in Aschersleben geboren. Er absolvierte die Mittelschule und begann daraufhin, als Gärtner zu arbeiten. Erich Besser war seit 1910 SPD-Mitglied, sowie Mitglied des „freigewerkschaftlichen Deutschen Transportarbeiterverbandes“.

1912 trat er den Militärdienst an und war seit 1914 Soldat im Ersten Weltkrieg. 1917 schloss sich Besser der USPD an und gehörte ab 1919 zur örtlichen Führung dieser Partei in Bernburg. Er gehörte zu deren linkem Flügel, welcher sich 1920 mit der KPD zusammenschloss und für knapp zwei Jahre zur VKPD wurde. Erich Besser wurde 1924 Abgeordneter des anhaltischen Landtages sowie Organisationsleiter des Parteibezirks Magdeburg-Anhalt. 1925 wurde Besser zusätzlich Mitglied der politischen Kommission der Partei im Parteibezirk. Weil er sich für die linke Opposition in der Sowjetunion aussprach, verlor Erich Besser Ende 1925 seine Parteiämter. 1927 wurde er zusätzlich aus der KPD ausgeschlossen, 1928 aber wieder aufgenommen. Besser zog noch im selben Jahr sowie im Jahr 1932 in den anhaltischen Landtag ein.

Nach der Machtübernahme durch die NSDAP wurde Erich Besser inhaftiert und bis 1935 im Konzentrationslager Lichtenburg gefangen gehalten. Nach der Freilassung musste Besser Bernburg verlassen, zog nach Magdeburg und eröffnete ein Kolonialwarengeschäft. 1944 wurde er erneut verhaftet und im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert. Seine Entlassung erfolgte im April 1945. Bessers Frau sowie eines seiner Kinder wurden in dieser Zeit eingesperrt und ihr Geschäft zerstört.

Ab Juli 1945 war Erich Besser Vorsitzender der Unterbezirksleitung der KPD in Dessau und erster Vizepräsident der Bezirksverwaltung Dessau. 1946 wurde er in den Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt und übernahm dort den Vorsitz des Rechts- und Verfassungsausschusses. Ab 1946 wurde Besser Mitglied des SED-Sekretariats und im Jahr 1949 Vorsitzender der Landespartei kontrollkommission für das Land Sachsen-Anhalt. Hier galt er als besonders harter und unversöhnlicher Politiker, der alle trotzkistische und sozialdemokratische Elemente in der SED „ausmerzen“ wollte.

Erich Besser wurde dann selbst 1950 denunziert und beschuldigt, sich kritisch gegenüber den stalinistischen Säuberungen und dem Hitler-Stalin-Pakt geäußert zu haben. Als „Feind der Sowjetunion“ und der SED wurde er durch ein Militärtribunal der SMAD erneut verhaftet und zu 25 Jahren Zwangsarbeit in einem Gulag in der Sowjetunion verurteilt. Seine vorzeitige Entlassung erfolgte 1955. 1956 wurde er wieder in die SED aufgenommen. Erich Besser lebte fortan als Parteiveteran in Bernburg. Seine strafrechtliche Rehabilitierung durch die Russische Föderation erfolgte erst im August 1996.



## **Otto Friemel**

12.12.1896 – 26.03.1975

---

**KPD**

**Landtag des Freistaates Anhalt**

Otto Friemel ist als Sohn einer Arbeiterfamilie in Gernrode im Harz geboren. Von 1916 bis zum Jahr 1919 nahm er als Soldat am Ersten Weltkrieg teil. Von 1919 bis 1922 arbeitete Friemel in einer Streichholzfabrik. Von 1922 bis zum Jahr 1933 war er im Eisenhüttenwerk Thale beschäftigt.

Im Jahre 1922 trat er der KPD bei. Bei den Landtagswahlen im Freistaat Anhalt am 24. April 1932, als die NSDAP erstmals in einem deutschen Land stärkste Partei wurde, erlangte Friemel ein Mandat für die KPD, trat dieses aber an den Parteigenossen Paul Kmiec ab.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur in Deutschland 1933 wurde er verhaftet und verbrachte einige Wochen in „Schutzhaft“. Von 1936 an arbeitete er als Forstarbeiter im Forstamt Gernrode. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde er im August 1944 erneut festgenommen.

1946 trat Otto Friemel wieder der KPD bei, kam nach der Zwangsvereinigung mit der SPD zur SED und war ab 1954 Bürgermeister sowie 1945 bis 1954 Leiter des Amtes für Arbeit in Gernrode. Schließlich war er Kaderleiter des Kreisbaubetriebes. Er verstarb in Gernrode.

**Alfred Kettig**

23.11.1903 – 03.12.1951

**KPD****Landtag des Freistaates Anhalt**

Alfred Kettig wurde in Staßfurt als Sohn eines Schmiedes geboren. Nachdem er die Volksschule acht Jahre besucht hatte, absolvierte er 1917 bis 1920 eine Lehre als Schlosser. Ab 1918 war Kettig in der Gewerkschaft „Deutscher Metallarbeiterverband“ tätig.

Nach Arbeitsaufenthalten in Unterbreizbach, Nordhausen und Immenrode kehrte Alfred Kettig nach Staßfurt zurück. Er trat 1920 in die USPD ein. Zwischen 1922 und 1928 war er arbeitslos, engagierte sich aber weiter politisch. Im August 1923 trat Kettig zur KPD über. Anfangs war er als Jugendvertreter aktiv, 1925 wurde er Vorsitzender des Unterbezirks Staßfurt und Mitglied des Bezirksausschusses Magdeburg-Anhalt.

Im Anhaltischen Landtag war er von 1929 (als Nachrücker) bis 1932 Abgeordneter.

Nachdem die Nationalsozialisten in Deutschland die Macht übernommen hatten, wurde Kettig am 11. März 1933 verhaftet und nach Halberstadt überführt. Am 14. Juni 1933 kam er in das KZ Oranienburg. Nach der Flucht des anhaltischen SPD-Abgeordneten Gerhart Seger, (> *Gerhart Seger, Reichstag*) wurde er noch stärker bewacht und schikaniert. Anfang 1934 kam er in das KZ Dessau-Roßlau, im August 1934 ins KZ Lichtenburg und im Oktober 1934 ins KZ Columbia-Haus nach Berlin. Im Februar 1935 wurde er abermals ins KZ Lichtenburg verbracht. Von dort ist er am 12. Dezember 1935 entlassen worden. 1940 wurde er erneut verhaftet. In der Haftzeit musste er nach Blindgängern im Magdeburger Raum graben. Im September 1942 kam Kettig aus der Haft frei. Danach arbeitete er in Magdeburg und bildete mit anderen die Widerstandsgruppe „Bund Freies Deutschland“. Anfang 1944 wurde Alfred Kettig in das Strafbataillon 999 der Wehrmacht eingezogen, das auf dem Balkan eingesetzt wurde. Am 18. Februar 1945 wurde Kettig abermals verhaftet, da seine Widerstandstätigkeit bekannt geworden war. Am 3. April 1945 brachte ihn die Gestapo wegen seines schlechten Gesundheitszustandes in das Gerichtslazarett in Magdeburg.

Dort wurde er am Kriegsende von US-amerikanischen Truppen befreit und arbeitete danach am Aufbau der Kommunistischen Partei mit. 1947 wurde er Leiter einer Betriebspartei-schule in Dessau. Bis zu seinem Tode am 3. Dezember 1951 war Alfred Kettig danach Parteisekretär in der Filmfabrik Wolfen. Er starb im Alter von 48 Jahren an den Folgen von langer Haft und erlittenen Misshandlungen.



## **Willy Lohmann**

01.08.1881 – 21.09.1945

---

**DDP**

**Landtag des Freistaates Anhalt**

Willy Lohmann wurde in Dohndorf bei Köthen als Sohn eines Landwirts geboren. Zunächst war er als Volksschullehrer tätig. Danach studierte er an den Universitäten Tübingen und Brüssel Französisch, Philosophie, Psychologie, Deutsch und Leibesübungen. Während des Ersten Weltkrieges wurde er als Dolmetscher eingesetzt. Nach seinem Wehrdienst arbeitete Lohmann wieder als Lehrer, erst an der Mittelschule in Bernburg, 1918 dann an der Oberschule in Köthen. Von 1924 an leitete er als Studiendirektor auch das der Schule angegliederte Lehrerseminar und war damit für die Lehrerausbildung im Freistaat Anhalt verantwortlich.

Seit 1921 war er Mitglied des Anhaltischen Landtages für die Deutsche Demokratische Partei (DDP). Lohmann gehörte dem Landtag mit Unterbrechungen von November 1924 bis 1932 an.

Ende Juli 1932 wurde er als erster höherer Beamter Deutschlands von den Nationalsozialisten entlassen und nach Dessau strafversetzt. Dort leitete er eine Mädchen-Mittelschule. Politische Funktionen und Ehrenämter durfte Willy Lohmann nicht mehr ausüben.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde er Stadtschulrat in Dessau und damit verantwortlich für alle Lehranstalten der zerstörten Stadt. Mit der Gründung der „Provinz Sachsen“ – später Sachsen-Anhalt – und der Einrichtung des Präsidiums der Provinz Sachsen durch die sowjetische Besatzungsmacht wurde er zu einem ihrer Vizepräsidenten berufen. Als solcher war er maßgeblich an der Wiedereröffnung der Universität Halle beteiligt. Willy Lohmann starb im September 1945 in der Nähe von Wittenberg bei einem Autounfall.

## 6. Abgeordnete des Provinziallandtages der Provinz Sachsen

### – 6.1. Überblick, Geschichte und Struktur

Vorläufer des Provinziallandtages waren die Provinzialstände, die in Preußen mit dem „Allgemeinen Gesetz wegen Anordnung der Provinzialstände vom 5. Juni 1823“ gebildet worden sind.<sup>1</sup> Die Provinzialständeversammlung der preußischen Provinz Sachsen trat erstmals am 2. Oktober 1815 im Schlossgartensalon von Merseburg zusammen. Diese Versammlung war eine in ihren Kompetenzen stark beschränkte ständische Zusammenkunft. Sie war aber doch eine erste Repräsentation fast der ganzen Provinz und erwies sich als ausbaufähig. In der Versammlung war die Altmark nicht vertreten. Der altmärkische Adel hatte unter Berufung auf die Altmark als „Wiege Preußens“ durchgesetzt, dass sie in der Kurmark Brandenburg vertreten war. Außerdem erhielt die Altmark noch einen besonderen Kommunallandtag.<sup>2</sup>

Der Provinzialständevertretung der Provinz Sachsen war von der preußischen Krone ihr Sitz in Merseburg zugewiesen worden. Das hatte seinen Grund darin, dass die Provinzhauptstadt Magdeburg aus der Sicht der preußischen Regierung vor allem als wichtige Festung betrachtet wurde, in der eine irgendwie geartete Repräsentation keinen Platz hatte. Gleichzeitig wollte man einer vor 1815 sächsischen Stadt eine zentrale Funktion für die Provinz zukommen lassen. Zu der politisch weitgehend bedeutungslosen Ständeversammlung kamen angesichts der Industrialisierung und deren sozialen Folgen im Laufe der Zeit immer mehr Aufgaben der provinziellen Selbstverwaltung, die sich in Merseburg etablierte.<sup>3</sup> Das hatte langfristig zur Folge, dass mit Merseburg ein zweiter Mittelpunkt der Provinz entstand. Es handelte sich um eine Besonderheit der Provinz Sachsen gegenüber den anderen preußischen Provinzen.

Der bis dahin als Parlament weitgehend bedeutungslose Provinzialverband erhielt eine neue Stellung infolge der Bismarckschen Provinzialreform von 1875. Danach waren von den Landkreisen und kreisfreien Städten Abgeordnete für den Provinziallandtag zu wählen. Nunmehr war die Altmark auch im Merseburger Provinziallandtag vertreten. Ein demokratisches Parlament war dieser Landtag nach wie vor nicht, er hatte aber ein gewisses Budgetrecht und ausgeweitete Kompetenzen hinsichtlich der provinziellen Selbstverwaltung. Wegen der unzureichenden Bedingungen für den Provinziallandtag und die Provinzialver-

---

<sup>1</sup> Zur Geschichte der Provinzialstände der Provinz Sachsen vgl. vor allem: Giesau, Hermann: Geschichte des Provinzialverbandes von Sachsen 1825 – 1925, Merseburg 1926, S. 3 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Tullner, Mathias: Parlamentarische Traditionen in Sachsen-Anhalt, in: Landtag Sachsen-Anhalt. Modernes Parlament mit Geschichte, 2. Aufl., Halle/Saale 2013, S. 89 ff.

<sup>3</sup> Zu den Aufgaben und Zuständigkeiten der provinziellen Selbstverwaltung vgl.: Giesau, S. 95 ff.



**Sitz des Provinziallandtages – das Ständehaus in Merseburg.**

waltung wurde in Merseburg mit dem Ständehaus ein Neubau errichtet, den man 1895 bezog und der bis zum Ende der Tagungen des Provinziallandtages 1933 und des Bestehens des Provinzialverbandes genutzt worden ist.

Infolge der Novemberrevolution von 1918 und der Gründung der deutschen Republik durch die Deutsche Nationalversammlung von Weimar wurde der Provinziallandtag am 22. November 1919 neu gewählt. Dieser Landtag kam noch in indirekter Wahl zustande, indem seine Abgeordneten durch die Vertretungen der Land- und Stadtkreise gewählt worden sind. Die Vertretungen der Kreise waren allerdings in direkter Wahl zustande gekommen. Neu war, dass Männer und Frauen gewählt werden konnten, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten, deutsche Staatsbürger waren und einschlägige Wohnsitze aufwiesen. Wie bei anderen Wahlen auch, war der Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte Voraussetzung. Der Landtag wies 139 Abgeordnete auf. Allerdings trat er nur einmal im Frühjahr 1920 zusammen.

Wegen der am 30. November 1920 beschlossenen Verfassung des Freistaates Preußen war bereits am 21. Februar 1921 ein neuer Provinziallandtag nach dem allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrecht gewählt. Die Abgeordneten wurden für vier Jahre gewählt. Eine wesentliche Änderung bestand darin, dass nunmehr politische Parteien gewählt wurden und das Mindestalter für gewählte Abgeordnete auf 25 Jahre heraufgesetzt wurde. Die Zahl der Abgeordneten wurde auf 110 reduziert.<sup>4</sup> Der Provinziallandtag erhielt neue Kompetenzen auch dadurch, dass er Vertreter der Provinz sowohl in den preußischen Staatsrat wie auch in den Reichsrat zu wählen hatte. Nunmehr war der Provinziallandtag der Provinz Sachsen ein demokratisches regionales Parlament. Die Demokratisierung des Provinzialverbandes schritt weiter fort, als der sich immer noch im Amt befindliche kaiserliche Landeshauptmann Kurt von Wilmowsky sein Amt zur Verfügung stellte und durch den gewählten Landeshauptmann Rudolf Oeser ersetzt worden ist. Oeser aber wurde Minister

---

<sup>4</sup> Vgl. Giesau, Hermann, S. 80 f.



in Preußen und übte das Amt als Landeshauptmann kaum aus. Das wurde Erhard Hübener kommissarisch übertragen, der im Jahre 1922 zum Landeshauptmann gewählt worden ist. Er blieb in diesem Amt bis zu seiner Entfernung durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933.

Der Provinziallandtag tagte einmal im Jahr für wenige Tage. In den Jahren 1922, 1924 und 1926 fanden abweichend hiervon jeweils zwei Tagungen statt. Der Provinziallandtag wurde in der Zeit der Weimarer Republik am 29. November 1925 und am 17. November 1929 neu gewählt. Seine letzte Neuwahl erfolgte am 12. März 1933 bereits nach der Errichtung der NS-Diktatur. Er trat danach nur noch einmal zusammen. Landeshauptmann Erhard Hübener war bereits vor der Tagung zum Amtsverzicht gezwungen worden. Die große NSDAP-Fraktion provozierte während dieser Tagung eine tätliche Auseinandersetzung vor allem mit den Abgeordneten der SPD im Plenarsaal, in deren Folge mehrere Abgeordnete zum Teil erheblich verletzt worden sind.<sup>5</sup> Die Mandate der KPD waren bereits gestrichen worden. Es war gleichzeitig die letzte Zusammenkunft eines Parlamentes im Ständehaus zu Merseburg.

Das Ständehaus in Merseburg ist der einzige Zweckbau eines Parlamentsgebäudes in Sachsen-Anhalt. Der Tagungsort der Landtages des Freistaates Anhalt, das Behördenhaus in Dessau, ist von vornherein als Verwaltungsgebäude errichtet worden, das auch über einen Saal für die Tagungen des anhaltischen Landtages verfügte. Es ist im Zweiten Weltkrieg zerstört und nicht wieder aufgebaut worden.



**Plenarsaal im  
Ständehaus.**

<sup>5</sup> Unter den verletzten Abgeordneten war auch der Magdeburger Oberbürgermeister Ernst Reuter. Vgl. Tullner, Mathias: Kommunalpolitik unter wachsendem Radikalisierungsdruck. Ernst Reuters Magdeburger Jahre 1931–1933, in: Heinz Reif/Moritz Feichtinger (Hrsg.): Ernst Reuter. Kommunalpolitiker und Gesellschaftsreformer 1921–1953, Bonn 2009, S. 181.

## – 6.2. Liste der verfolgten Abgeordneten

**SPD –** Otto Baer  
Werner Bruschke  
Siegmond Crummenerl  
Flora Franken  
Concordia Hartmann  
Bertha Hesse  
Paul Kämpf  
Emil Lebbin  
Willy Plumbohm  
Walter Röber  
Franz Stammer  
Paul Weber

**KPD –** Albert Bassüner  
Otto Förster  
Otto Halle  
Bernard Koenen  
Kurt Kühn  
Frieda Lehmann  
Willi Wallstab

**Zentrum –** Leo Herwegen

**DNVP –** Tilo von Wilmowsky

### – 6.3. Kurzbiografien

#### Otto Baer

01.01.1881 – 23.04.1966

SPD

Provinziallandtag der Provinz Sachsen



Otto Baer wurde als Sohn einer Arbeiterfamilie in Jerichow geboren. Er engagierte sich innerhalb der Gewerkschaft der Lederarbeiter und stieg dort vom Hauskassierer zum Bezirksleiter auf.

1900 trat er in die SPD ein, wurde 1917 Vorsitzender der Partei in Magdeburg und von 1920 bis 1933 Vorsteher des Stadtparlaments. Otto Baer war Mitbegründer der gewerkschaftlichen Versicherung „Volksfürsorge“ und wurde im Jahr 1914 ihr Geschäftsführer.

Er erwarb sich in der Zeit der Weimarer Republik kommunalpolitische Verdienste in der Zeit der bedeutenden Magdeburger Oberbürgermeister Hermann Beims und Ernst Reuter. (> *Hermann Beims, Nationalversammlung, Reichstag*; > *Ernst Reuter, Reichstag*). Im Jahre 1928 wurde Otto Baer für die SPD in den Provinziallandtag der preußischen Provinz Sachsen gewählt und wurde in der Folgezeit dessen Präsident. Er übernahm auch den Vorsitz des Deutschen Städtetages und des Provinzial-Städtetages.

Von den Nationalsozialisten gesucht, konnte Baer bis Mai 1933 untertauchen und geriet dann für zwei Wochen in „Schutzhaft“. Nach der Entlassung wurde ihm eine wöchentliche Meldepflicht auferlegt und er musste Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen. 1935 übernahm er eine Versicherungsvertretung und baute diese mit Parteifreunden aus. Die Gestapo vermutete dahinter eine Widerstandsgruppe und nahm Baer 1936 abermals in fünfmonatige Untersuchungshaft. 1938 übernahm er eine weitere Versicherungsvertretung und wurde 1939 vom Finanzamt dienstverpflichtet. Im August 1944 wurde er für sechs Wochen im Konzentrationslager Sachsenhausen interniert.

Nach der Besetzung Magdeburgs durch US-amerikanische Truppen ernannte die Besatzungsmacht Baer am 19. April 1945 zum Oberbürgermeister Magdeburgs. Unter der britischen Besetzung des Amtes enthoben, setzten ihn die sowjetischen Besatzungsbehörden wieder ein. Gleichzeitig ernannten die sowjetischen Behörden Baer zum Regierungspräsidenten in Magdeburg. 1946 wurde er unter grundlosen Anschuldigungen durch die sowjetischen Besatzer beider Ämter enthoben und zu zehn Wochen Haft verurteilt. Nach seiner Entlassung arbeitete er als Abteilungsleiter im Finanzministerium des Landes Sachsen-Anhalt.

Otto Baer lehnte die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED ab. Er blieb auch unter den Bedingungen der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR in Magdeburg, obwohl ihm die Anerkennung als „Opfer des Faschismus“ nicht gewährt worden ist. Er starb, zurückgezogen lebend, im Jahre 1966.

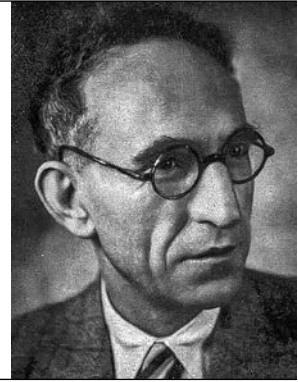
---

**Lit.:** Herlemann, Beatrix: Baer, Otto, in: Magdeburger Biographisches Lexikon, S.27; Wiehle, Martin: Magdeburger Persönlichkeiten, hrsg. vom Magistrat der Stadt Magdeburg, Magdeburg 1993;

---

**Werner Brusckke**

18.08.1898 – 17.02.1995

**SPD****Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

Der gebürtige Magdeburger Werner Brusckke erlernte den Berufs eines Schlossers. Im Jahre 1912 trat er der Sozialistischen Arbeiterjugend und 1916 der SPD bei. Von Januar 1917 an war er Soldat im Ersten Weltkrieg. Nach dem Krieg arbeitete er bis 1927 als Schlosser in Magdeburg. Danach war er für die SPD tätig, unter anderem ab 1931 hauptamtlicher Sekretär der SPD-Bezirksleitung. Als Organisator und Redner engagierte er sich stark in den Abwehrkämpfen gegen den aufkommenden Nationalsozialismus.

1933 war Werner Brusckke für kurze Zeit Abgeordneter der SPD im Provinziallandtag der Provinz Sachsen. Unmittelbar vor der Besetzung des Bezirksparteibüros im Mai 1933 konnte er Vermögenswerte und Adressenlisten vor dem Zugriff der SA retten.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur verlor er seine Anstellung und seine Position. Er betätigte sich als Tabakwarenhändler und Versicherungsvertreter. In dieser Zeit wurde er mehrfach kurzzeitig verhaftet. Dennoch war er weiter im illegalen Widerstand in Magdeburg tätig. Im Januar 1939 erneut verhaftet, verurteilte ihn im Juli 1941 das Landgericht Magdeburg zu einem Jahr Gefängnis und anschließender „Schutzhaft“. Werner Brusckke war von 1942 bis Mai 1945 in den KZ Sachsenhausen und Dachau inhaftiert.

Nach seiner Befreiung in Dachau ging er nach Magdeburg und wirkte am Neuaufbau der SPD mit. Werner Brusckke wurde Sekretär der Provinzleitung in Halle. Seit Dezember 1945 war er nach dem Tod von Willy Lohmann (> *Willy Lohmann, Landtag Freistaat Anhalt*) einer der Vizepräsidenten des Präsidiums der neu eingerichteten Provinz Sachsen. Im Januar 1946 setzte ihn die sowjetische Besatzungsmacht als Regierungspräsidenten in Magdeburg ein. Im Oktober 1946 wurde Brusckke zum Abgeordneten des Landtages von Sachsen-Anhalt gewählt. Von Dezember 1946 bis Oktober 1949 war er Finanzminister von Sachsen-Anhalt. Werner Brusckke unterstützte nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED den Kurs Walter Ulbrichts. Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Erhard Hübener wurde Brusckke von Oktober 1949 bis zur Auflösung der Länder in der DDR im Jahre 1952 Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt.

Werner Brusckke war ferner Mitglied der Volkskammer und gehörte von 1950 bis 1954 dem ZK der SED an. 1955 trat er – angeblich aus gesundheitlichen Gründen – von allen Funktionen zurück und lebte zuletzt in Halle.

---

**Lit.:** Beatrix Herlemann, Brusckke, Werner, in: Magdeburger Biographisches Lexikon, S. 97; Mario Niemann/Andreas Herbst (Hrsg.): SED-Kader. Die mittlere Ebene. Biographisches Lexikon 1946 bis 1989, Paderborn 2010.

---



## **Siegmund Crummenerl**

19.02.1892 – 23.05.1940

---

**SPD**

**Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

---

Der in Lüdenscheid geborene Sigmund Crummenerl war gelernter Graveur. Im Ersten Weltkrieg Soldat, ist er danach vor allem in der Sozialistischen Arbeiterjugend aktiv geworden. Der Sozialdemokrat hatte bis 1924 verschiedene Funktionen in der SPD und den Gewerkschaften in Westfalen inne. 1924 kam er nach Magdeburg und wurde hier Jugend- und Bildungssekretär des SPD-Bezirks Magdeburg-Anhalt.

Im Jahre 1929 wurde Crummenerl als Abgeordneter der SPD in den Provinziallandtag der Provinz Sachsen gewählt. Seit dem gleichen Jahr gehörte er auch der Kontrollkommission der SPD an und amtierte als Stadtverordneter in Magdeburg. Im Februar 1932 wurde Crummenerl Hauptkassierer der SPD auf Reichsebene.

Als nach der Errichtung der NS-Diktatur der bisherige Parteivorstand der SPD am 26. April 1933 zurücktrat, gehörte Siegmund Crummenerl auch dem neuen Vorstand als Schatzmeister an. Er ging mit anderen Vorstandsmitgliedern zunächst nach Saarbrücken, später nach Prag ins Exil. Ein Teil des Parteivermögens konnte so gerettet werden. Crummenerl war auch Schatzmeister der Sopade (Exilvorstand der SPD). 1938 emigrierte er nach Paris. Dort verstarb er kurz vor der deutschen Besetzung Frankreichs.

---

**Lit.:** Herlemann, Beatrix: Crummenerl, Siegmund, in: Magdeburger Biographisches Lexikon, S. 117.

---

**Flora Franken**

23.08.1899 – 12.03.1991

---

**SPD****Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

Flora Franken, geb. Goldberg, wurde am 23. August 1899 als Tochter eines jüdischen Angestellten geboren.

Von Anfang 1919 bis Ende 1921 war sie Mitglied der KPD. Im Jahre 1920 heiratete sie Paul Franken (> *Paul Franken, Landtag Freistaat Preußen*). Flora Franken war bis 1925 als Sekretärin in der Handelsvertretung der UdSSR tätig, ging dann nach Zeitz und wurde in diesem Jahr Mitglied der SPD. Hier war sie vielfältig politisch tätig, darunter auch als Stadtverordnete der SPD. 1931 rückte sie als Abgeordnete in den Provinziallandtag der Preußischen Provinz Sachsen für die SPD nach.

Um der Verfolgung als Jüdin und sozialdemokratische Abgeordnete durch die Nationalsozialisten zu entgehen, emigrierte sie im Jahr 1933. Sie wandte sich zunächst nach Riga zu ihrer Mutter und ging 1934 über Schweden nach Leningrad. Über ihre Zeit in der Sowjetunion ist wenig bekannt. Ihr Ehemann Paul Franken wurde vom NKWD verhaftet und verschleppt und verstarb im Herbst 1944.

Im Mai 1955 durfte Flora Franken in das geteilte Deutschland zurückkehren und arbeitete zuerst beim Dietz Verlag und dann am Institut für Marxismus-Leninismus in Berlin.



## **Concordia Hartmann**

20.05.1880 – 02.07.1961

---

**SPD**

**Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

---

Concordia Hartmann, geb. Herzberg, wurde in Erfurt geboren. 1919 wurde sie die Leiterin der Arbeiterwohlfahrt in Magdeburg und richtete ein Kinderheim im Neustädter Fort ein, welches sie auch leitete.

Während der gesamten Weimarer Republik war sie Mitglied im Magdeburger Stadtparlament und ab 1925 Abgeordnete im Provinziallandtag. In beiden Parlamenten setzte sie sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Praxis sozialer Fürsorge ein und unterstützte 1926 im Provinziallandtag die Bestrebungen zur Einrichtung von Mütterheimen. Kandidaturen der engagierten Sozialdemokratin für den preußischen Landtag blieben erfolglos.

Im Provinziallandtag der Provinz Sachsen war Concordia Hartmann in den Jahren 1926/1927 Mitglied im Fürsorgeausschuss, im Jahre 1931 im Rechnungsausschuss und 1931/1932 in der Kommission zu fortlaufenden Beaufsichtigung der Provinzialanstalten auf dem Gebiet der Sozialfürsorge.

Mit dem Beginn der NS-Herrschaft verlor sie ihre Arbeitsstelle und ihre Dienstwohnung. Sie soll innerhalb ihres Freundeskreises eine verlässliche Stütze des Widerstandes gegen die NS-Herrschaft gewesen sein, genauere Informationen zur Art des Widerstands und zu ihrer Betätigung in der Zeit nach Kriegsende sind nicht zu ermitteln. Sie lebte nach 1945 in Magdeburg, wo sie auch verstarb.

---

**Lit.:** Stolze, Elke: Die weiblichen „Herren Abgeordneten“ – Politikerinnen der Region Sachsen-Anhalt 1918–1945, Halle/Saale 2007.

---



**Bertha Hesse**

31.12.1889 – 07.11.1977

---

**SPD**  
**Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

Bertha Hesse, geb. Struwe, wurde in Arendsee geboren. Die Lehrerin rückte 1928 für die SPD in den Provinziallandtag nach und wurde 1929 direkt gewählt. Dort vertrat sie ihre Partei von 1929 bis 1933 im Ausschuss für Beamten- und Angestelltenfragen und von 1931 bis 1933 im Rechnungsausschuss. 1930 wurde sie vom Provinziallandtag zur Stellvertreterin der Provinz im Preußischen Staatsrat gewählt. 1932 war sie Beisitzerin im Landtagsvorstand der SPD.

1933 wurde sie wegen ihres politischen Engagements von den Nationalsozialisten verhaftet und im November zum Jahresende aus dem Schuldienst entlassen. Nach einer Rücknahme der Entlassung im Februar 1934 wurde sie im Mai 1935 endgültig in den Ruhestand versetzt. Der weitere Lebensweg von Bertha Hesse ist bislang nicht bekannt. Sie soll nach dem Krieg in Hannover gelebt haben und dort auch verstorben sein.



## **Paul Kämpf**

15.07.1885 – 21.03.1953

---

**SPD**

**Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

---

Der Schlosser Paul Kämpf trat 1904 in Berlin der SPD bei. Während seines Militärdienstes diente er als Heizer und Maschinist auf einem Kriegsschiff in China. Seit 1909 ehrenamtlicher Funktionär der SPD und des Deutschen Metallarbeiterverbandes, war er zwischen 1914 und 1918 Kriegsteilnehmer. Danach war Paul Kämpf wieder in der Metallindustrie tätig und von 1921 bis 1922 hauptamtlicher Sekretär der SPD in Bitterfeld. Daran schloss sich eine Tätigkeit als Bezirksleiter des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer in Frankfurt/Main an. Von 1924 bis März 1933 war Paul Kämpf Sekretär des Unterbezirkes Merseburg der SPD.

In Merseburg als Stadtverordneter und Magistratsmitglied tätig, wurde er 1933 zum Abgeordneten des Provinziallandtages der preußischen Provinz Sachsen gewählt.

Nach der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur wurde Paul Kämpf arbeitslos und im Juni 1933 verhaftet. Im September 1933 freigelassen, schloss die Gestapo seine Beraterstelle für Rechts- und Wirtschaftsfragen. Danach betrieb Paul Kämpf ein Lebensmittelgeschäft bis 1941. Ende 1942 wurde er zwangsverpflichtet als Betriebsleiter einer Schraubenfabrik. Im August 1944 erneut verhaftet, war er bis zur Befreiung durch amerikanische Truppen im KZ Buchenwald inhaftiert. Paul Kämpf war Mitunterzeichner des „Buchenwalder Manifestes“.

Nach 1945 ging er nach Thüringen und war bis 1949 Bürgermeister von Waltershausen im Landkreis Gotha. Paul Kämpf war Mitglied im „Bund demokratischer Sozialisten“, einer Vorläuferorganisation der wieder gegründeten SPD. Im Jahr 1946 wurde er im Zuge der Zwangsvereinigung von SPD und KPD Mitglied der SED.

Die Entbehrungen der KZ-Haft haben Paul Kämpfs Gesundheit nachhaltig geschädigt. Nach 1949 war er deswegen nicht mehr politisch aktiv tätig.

---

**Lit.:** Röll, Wolfgang: Sozialdemokraten im Konzentrationslager Buchenwald 1937 – 1945, Göttingen 2000.

---

## Emil Lebbin

11.07.1881 – 13.01.1952

SPD

Provinziallandtag der Provinz Sachsen



Emil Lebbin wurde in Magdeburg geboren. Nach der Volksschule absolvierte er eine Lehre als Heizer und Maschinist. Er arbeitete in verschiedenen Betrieben, zuletzt vor dem ersten Weltkrieg bei Krupp-Gruson in Magdeburg. 1903 trat er der SPD bei und ein Jahr später dem Metallarbeiterverband. 1914 zum Kriegsdienst eingezogen, wurde er bereits 1915 wegen Krankheit entlassen. Danach ging er nach Bitterfeld. Hier zunächst als Maschinist tätig, wurde er aber im Juni 1919 Geschäftsführer der Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Bitterfeld.

Im Jahre 1925 wurde Emil Lebbin in Bitterfeld zum Abgeordneten der SPD für den Provinziallandtag der Provinz Sachsen gewählt. Er behielt das Mandat bis 1933. Zudem gehörte er dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold seit dessen Gründung im Jahr 1924 an.

Als in Bitterfeld Anfang der dreißiger Jahre gewalttätige Konfrontationen mit Nationalsozialisten zunahmen, geriet Emil Lebbin mehrfach in tätliche Auseinandersetzungen. Nach der Errichtung der NS-Diktatur im Januar 1933 verstärkten sich die Angriffe auf Emil Lebbin. Im Juni 1933 verlor er seine Anstellung und blieb bis Februar 1935 arbeitslos. Seine Anstellung als Werkstattschreiber in einem Aluminiumwerk verlor Lebbin, als er im Januar 1936 verhaftet und nach Chemnitz verbracht wurde. Vom Volksgerichtshof wurde er Anfang Oktober 1937 vom Vorwurf des Hochverrats freigesprochen und aus der Haft entlassen. Im Februar 1938 fand er eine schlecht bezahlte Stelle als Hilfsarbeiter bei der Stadtverwaltung Bitterfeld. Dort blieb er bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.

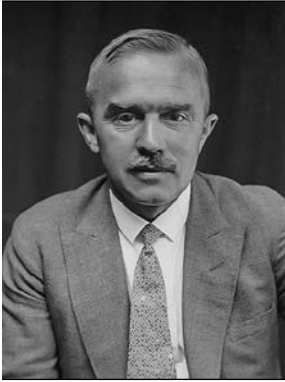
Von 1945 bis zu seiner Pensionierung 1948 leitete er die Stelle, welche die Lebensmittelkarten ausgab. Politisch hielt er sich zurück, war aber dem FDGB beigetreten und übte das Amt des Betriebsratsvorsitzenden der Kreisverwaltung aus.

Unklar ist, ob Emil Lebbin Ende 1951 zu Recht beschuldigt worden ist, unter seiner Leitung seien Lebensmittelkarten verschwunden. Wegen dieser Anschuldigung wurde der frühere Gewerkschaftsfunktionär und Sozialdemokrat zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Bislang ist nicht bekannt, ob Emil Lebbin die Gefängnisstrafe tatsächlich verbüßen musste, denn er ist im Januar 1952 in Bitterfeld verstorben.

---

**Lit.:** Siegfried Mielke/Stefan Heinz (Hrsg.): Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes im NS-Staat. Widerstand und Verfolgung, Berlin 2012, S. 385 f; Kreismuseum Bitterfeld, MuseumsWiki Anhalt-Bitterfeld: Emil Lebbin.

---



## Willy Plumbohm

21.02.1880 – 26.02.1962

---

**SPD**

**Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

---

Der Sohn eines Tischlers aus Magdeburg besuchte die Volksschule und erlernte den Beruf des Schriftsetzers. Willy Plumbohm trat 1905 der SPD bei. 1907 erhielt er eine Anstellung bei der Magdeburger Zeitung „Volksstimme“. Er nahm am Ersten Weltkrieg teil, wurde schwer verwundet und darum 1916 entlassen.

Plumbohm war geschäftsführendes Vorstandsmitglied der 1909 gegründeten „Gartenstadt-Kolonie Reform GmbH“ in Magdeburg. Zudem war er von 1922 bis 1933 hauptamtlicher Geschäftsführer des „Vereins für Kleinwohnungswesen“. Seit 1919 war Willy Plumbohm Stadtverordneter und von 1921 bis 1933 Fraktionsvorsitzender der SPD im Magdeburger Stadtparlament. Von 1924 bis 1933 gehörte er dem Provinziallandtag der Provinz Sachsen an.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur 1933 verlor Willy Plumbohm alle Ämter und Stellungen und war bis 1936 arbeitslos. Im Mai und Juli 1933 wurde er kurzzeitig in Polizeihaft genommen. Im August 1944 wurde er abermals verhaftet und in das KZ Sachsenhausen verbracht. Im Dezember 1944 kam er frei und überlebte die NS-Herrschaft und den Zweiten Weltkrieg. Nach Kriegsende übernahm Willy Plumbohm als Stadtrat das Amt für Wohnraumlentung in Magdeburg. Nach einem Rücktritt aus Gesundheitsgründen übernahm er das Amt erneut von 1948 bis 1951. Kurz nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst geriet Plumbohm in eine Verfolgungswelle gegen Sozialdemokraten. Ihm wurde nachträglich fristlos gekündigt und ein Untreueverfahren eröffnet. 1953 wurde Willy Plumbohm verhaftet und vom Bezirksgericht Magdeburg im Oktober 1954 wegen Untreue zu drei Jahren Zuchthaus und 5.000 Mark Geldstrafe verurteilt. Das offensichtlich konstruierte Urteil wurde noch 1954 in einem Revisionsverfahren aufgehoben.

---

**Lit.:** Herlemann, Beatrix: Willy Plumbohm, in: Magdeburger Biographisches Lexikon, S. 551 f.

---

**Walter Röber**

16.09.1894 – 05.10.1964

---

**SPD****Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

Walter Röber entstammte einer Magdeburger Arbeiterfamilie und engagierte sich früh in der Arbeiterjugend.

Er wurde Versicherungsangestellter, trat dem Zentralverband der Angestellten bei und wurde 1912 Mitglied der SPD. Im Ersten Weltkrieg war er Soldat und wurde schwer verwundet. 1919 wurde er Gauleiter des Reichsbunds der Kriegsbeschädigten in der Provinz Sachsen und im Jahr 1924 Mitbegründer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Seit 1924 war Röber Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Magdeburg und des Provinziallandtages Sachsen. Ebenso war Walter Röber Mitbegründer des Vereins „Ortsausschuss für Arbeiterwohlfahrt“ in Magdeburg im Jahre 1927. Auf zahlreichen Partei- und Reichsbannerkundgebungen trat er als engagierter Redner und Kämpfer gegen den Nationalsozialismus auf. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 wurde er arbeitslos und mehrfach in „Schutzhaft“ genommen. Erst 1940 konnte er wieder Arbeit in einem elektrochemischen Werk in Berlin finden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Röber erneut politisch aktiv. Er wirkte als Bezirksleiter der SPD im Wedding und als Bezirksrat für Sozialwesen. Walter Röber trat dem „Freien Deutschen Gewerkschaftsbund“ (FDGB) bei. Wegen der zunehmend schwieriger werdenden Verhältnisse wechselte er 1948 zur Unabhängigen Gewerkschaftsopposition (UGO), um schließlich 1950 bei der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) zu bleiben.

Röber wurde bei der ersten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin 1946 gewählt. Wenige Wochen später wurde er zum Bezirksbürgermeister von Berlin-Wedding gewählt. 1956 legte er wegen seiner angeschlagenen Gesundheit sein Amt nieder.

---

**Lit.:** Herlemann, Beatrix: Röber, Walter, in: Magdeburger Biographisches Lexikon, S. 539.

---



## **Franz Stammer**

08.08.1881 – 05.07.1965

---

**SPD**

**Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

---

Franz Stammer stammte aus Sachsen. Er absolvierte eine Ausbildung als Friseur und eröffnete 1908 ein Geschäft in Bitterfeld.

1902 wurde Stammer Mitglied der SPD, gründete im Jahr 1917 in Bitterfeld die USPD und wurde deren Kreisvorsitzender. 1922 ging Franz Stammer zur SPD zurück.

Von 1919 an war Stammer Abgeordneter des Provinziallandtages der Provinz Sachsen in Merseburg. Dort war er auch Mitglied des Provinzialausschusses.

Im Mai 1920 vertrat er den Landrat von Bitterfeld und wurde im November 1920 selbst als Landrat bestätigt. In diesem Amt erwarb Franz Stammer sich erhebliche Verdienste.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur wurde Franz Stammer seines Amtes enthoben. Um weiteren Verfolgungen und Demütigungen zu entgehen verließ er Bitterfeld. Am Ende des Zweiten Weltkrieges hielt er sich in Klein Machnow bei Berlin auf. Von dort sollte er nach Kriegsende wieder nach Bitterfeld zurückkehren und sein früheres Amt als Landrat übernehmen. Stammer wurde jedoch als Landrat im Kreis Wittenberg eingesetzt.

---

**Lit.:** Tullner, Mathias: Der Kreis Bitterfeld und seine Verwaltung 1816–2006, Bitterfelder Heimatblätter, Sonderheft 2006.

---

**Paul Weber**

30.12.1875 – 05.01.1958

**SPD****Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

Paul Weber wurde in Halberstadt geboren. Der gelernte Handschuhmacher wurde 1919 besoldeter Stadtrat und 1920 zum Oberbürgermeister in Halberstadt gewählt. 1920 wurde er erstmals in den Provinziallandtag gewählt und blieb dessen Abgeordneter bis 1933.

1926 übernahm er den Vorsitz des Provinzialausschusses und wurde 1. Vorsitzender des Provinziallandtages. Zwischen 1930 und 1932 war Weber zum Regierungspräsidenten in Magdeburg ernannt worden, behielt aber sein Landtagsmandat. Paul Weber vertrat in dieser Zeit die Provinz Sachsen im Reichsrat. Im Zusammenhang mit dem „Preußenschlag“ wurde er seines Amtes als Regierungspräsident enthoben.

Während der NS-Herrschaft war er mannigfaltigen Verfolgungen und Demütigungen als angeblicher „Parteibuchbeamter“ ausgesetzt und nach dem Krieg auf Grund seiner herausgehobenen Position und seines Rufes als konservativer Sozialdemokrat während der Weimarer Republik isoliert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat er keine politischen Funktionen mehr übernommen. Nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED galt er bei den SED-Funktionären als verdächtig und „unerwünscht“, auch wegen seiner hohen Staats- und Verwaltungsämter während der Weimarer Republik

---

**Lit.:** Tullner, Mathias: Weber, Paul, in: MDB, S. 776.

---



---

## **Albert Bassüner**

25.01.1891 – 23.03.1946

---

**KPD**

**Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

---

Albert Bassüner stammte aus Wittenberg und war Arbeiter in den Stickstoffwerken Piesteritz. Mitte der zwanziger Jahre wurde er dort Betriebsratsvorsitzender.

Bassüner war zunächst Mitglied der USPD und trat 1920 in die KPD ein.

Für die KPD wurde Albert Bassüner im Jahre 1925 Abgeordneter des Provinziallandtages der Provinz Sachsen.

1927 war er Kandidat des Zentralkomitees der KPD. Der dem rechten Parteiflügel angehörende Bassüner kritisierte in diesem Zusammenhang den ultralinken Kurs der Parteiführung um Ernst Thälmann. Schließlich wurde Albert Bassüner im Dezember 1928 aus der KPD ausgeschlossen und trat 1929 der KPO (Kommunistische Partei-Opposition) bei.

In dieser Parteigruppierung wurde er zum führenden Mitglied. Gegen den Widerstand der KPD wurde Bassüner 1929 zum Vorsitzenden des ADGB in Wittenberg gewählt. 1932 wechselte er mit einem Teil der KPO zur SAP.

Im Juli 1935 wurde er verhaftet und war bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges im KZ Lichtenburg inhaftiert. Nach seiner Befreiung war er nicht mehr in der Lage, sich politisch zu betätigen. Albert Bassüner verstarb 1946 in Piesteritz.



**Otto Förster**

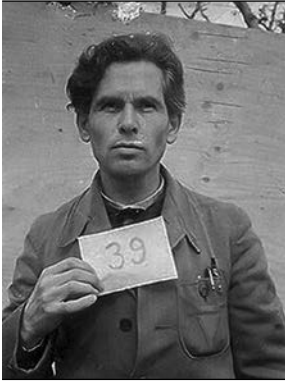
25.04.1891 – 01.12.1979

---

**KPD****Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

Nach dem Besuch der Volksschule wurde Otto Förster Zigarrenmacher. Er war wegen eines Körperschadens vom Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg befreit. Im Jahre 1906 trat Förster dem Zigarrenmacherverband bei. 1908 wurde er Mitglied der SPD im Jahr 1919 wechselte er zur KPD. Für die KPD war er Abgeordneter des Provinziallandtages der Provinz Sachsen. Im Jahre 1928 wurde Otto Förster dann erneut Mitglied der SPD. Nach der Errichtung der NS-Diktatur wurde er in Erfurt verhaftet und drei Monate in „Schutzhaft“ genommen. Danach stand er unter ständiger Polizeiaufsicht. Von 1938 an arbeitete er in der Gummifabrik Leipzig. Im August 1944 erneut verhaftet, kam er in das KZ Buchenwald, wurde aber von dort entlassen und dem Volkssturm zugeteilt. Anfang April 1945 erneut verhaftet, befreiten ihn schließlich amerikanische Truppen.

Nach 1945 arbeitete Otto Förster bei der Deutschen Reichsbahn in Thüringen und in verschiedenen volkseigenen Betrieben. Von 1953 bis 1955 war er Lehrer an der Parteischule der SED in Naumburg.



## **Otto Halle**

01.10.1903 – 14.06.1987

---

**KPD**

**Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

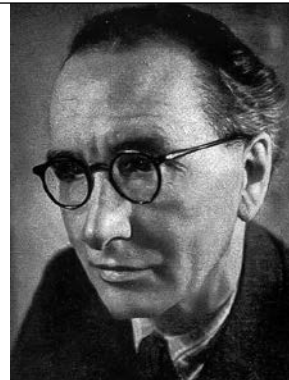
Otto Halle aus Hettstedt wurde bei den Wahlen zum Provinziallandtag der Provinz Sachsen am 25. Juli 1929 im Wahlkreis Mansfelder Seeland gewählt. Er gehörte dem Landtag bis Anfang 1933 an, wurde im März 1933 verhaftet und kam nach Gefängnishaft in Halle/Saale und Berlin in das KZ Sonnenburg. Nach Freilassung und Dienstverpflichtungen 1935 erneut verhaftet, war er von 1939 bis 1945 Häftling im KZ Buchenwald. Dort war er als Kapo in der Häftlingskleiderkammer tätig und arbeitete im illegalen Parteikomitee der KPD mit. Während der Haft in Buchenwald entwickelte er im Rahmen der illegalen Widerstandsarbeit u. a. enge Beziehungen zu dem ebenfalls inhaftierten führenden Magdeburger Sozialdemokraten Ernst Thape.

Nach seiner Befreiung aus der KZ-Haft am Ende des Zweiten Weltkrieges war Halle Mitglied der Bezirksleitung der KPD Halle-Merseburg. Im Mai 1946 wurde er Leiter der Abteilung Volksbildung der Verwaltung der neu eingerichteten Provinz Sachsen, nach Bildung der Landesregierung Sachsen-Anhalt Ministerialdirektor unter Minister Ernst Thape im Kultusministerium.

Otto Halle wurden seine engen Kontakte zum ehemaligen Sozialdemokraten Ernst Thape vorgeworfen und zum Anlass bzw. Vorwand genommen, ihn aus dem Amt zu entfernen. Ernst Thape war 1948 in die Westzonen gegangen und aus der SED ausgetreten. Nach einem verordneten Parteischulbesuch der SED war Otto Halle Hauptabteilungsleiter des Ministeriums für Volksbildung der DDR bis zur Amtsenthebung im November 1950. Danach erhielt er eine Anstellung beim Rundfunk der DDR und war von 1953 bis 1955 Leiter des Seemann-Verlages in Leipzig. Otto Halle, der sich auch schriftstellerisch betätigte, war Mitglied des Schriftstellerverbandes der DDR. Er ist am 14. Juni 1987 in Ostberlin verstorben.

**Bernard Koenen**

17.02.1889 – 30.04.1964

**KPD****Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

Der Sohn eines Tischlers und einer Köchin aus Hamburg erlernte den Beruf des Maschinenschlossers und Drehers. 1906 schloss er sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) an, wurde 1907 Mitglied der SPD und trat 1917 zur USPD, 1920 zur KPD über. Während der Novemberrevolution war er stellvertretender Vorsitzender des Arbeiterrates der Leuna-Werke. Seit 1920 war er Mitglied der KPD-Bezirksleitung Halle-Merseburg und ab 1923 der KPD-Zentrale. Von 1922 bis 1933 war Bernard Koenen Mitglied des Provinziallandtages der Provinz Sachsen. Koenen gehörte ab Mitte der 1920er Jahre der parteiinternen Strömung der Versöhner an und wurde aus diesem Grund 1929 von der Parteiführung um Ernst Thälmann von seinen Funktionen teilweise entbunden.

Am Eisleber Blutsonntag, dem 12. Februar 1933, wurde Koenen in Eisleben von der SA zusammengeschlagen und schwer verletzt, wobei er ein Auge verlor. Die nächsten Monate wurde er von einem mit der KPD sympathisierenden Arzt in dessen Privatklinik versteckt, bevor er im Juli des Jahres in die Emigration in die UdSSR ging.

Hier war er zunächst Organisationssekretär der „Internationalen Roten Hilfe. 1937 geriet er in die stalinistischen Säuberungen, wurde vom NKWD verhaftet und bis 1939 gefangen gehalten. 1940 wurde Bernard Koenen jedoch wieder von der KPD mit Aufgaben betraut. Von 1941 bis 1943 erhielt er Arbeit beim „Deutschen Volkssender“, 1943 wurde Koenen Mitarbeiter im NKFD („Nationalkomitee Freies Deutschland“) und beim Radiosender „Freies Deutschland“. Im selben Jahr wurde er Mitglied des ZK der KPD.

Bernard Koenen war 1946 Mitbegründer der SED, von 1946 bis 1964 Mitglied im Parteivorstand bzw. Zentralkomitee der SED und von 1949 bis zu seinem Tode Abgeordneter der Volkskammer. Außerdem war er von 1946 bis 1952 Mitglied des Landtages und Fraktionsvorsitzender der SED in Sachsen-Anhalt und bekleidete 1952/53 und von 1958 bis 1963 den Posten des Ersten Sekretärs der SED-Bezirksleitung Halle.

Zwischen 1953 und 1958 wirkte Koenen als Botschafter der DDR in der Tschechoslowakei. Von 1960 bis 1964 war er Mitglied des Staatsrates der DDR.



## **Kurt Kühn**

19.06.1898 – 23.01.1963

---

**KPD**

**Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

---

Der Merseburger Kurt Kühn besuchte die Volks- und Mittelschule und erlernte den Beruf des Elektromonteurs. 1916 wurde er zur Kriegsmarine einberufen und nahm an mehreren Seeschlachten teil. Am 3. November 1918 war Kurt Kühn am Matrosenaufstand in Kiel beteiligt. Nach der Rückkehr nach Merseburg wurde er Mitglied der SPD und betätigte sich als Partei- und Gewerkschaftsfunktionär im Leuna-Werk. 1923 trat er zur KPD über, war ab 1924 Mitglied der Bezirksleitung der KPD Halle-Merseburg und ab 1927 bis 1933 Mitglied des Provinziallandtages der Provinz Sachsen.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur arbeitete Kühn illegal für die KPD im Bezirk Hamburg-Wasserkante, später in Berlin. Im Februar 1934 wurde er verhaftet und zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Haft verbrachte er im Zuchthaus Brandenburg und ab März 1937 im KZ Sachsenhausen. Im Juni 1939 wurde er entlassen. Im August 1944 erneut inhaftiert, blieb er bis März 1945 in Leipzig und Dresden in Haft.

Nach 1945 war er hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär in Sachsen sowie von 1946 bis 1950 Mitglied des Sächsischen Landtages. Kurt Kühn amtierte außerdem als Vorsitzender des FDGB in Sachsen von 1947 bis 1950. Von 1950 bis 1952 war er Vorsitzender der IG Chemie in der DDR. Später zog er nach Leipzig.

---

**Frieda Lehmann**

15.02.1888 – 02.07.1948

---

**KPD**  
**Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

Frieda Lehmann, geb. Schatz, wurde in Halle geboren. Sie arbeitete nach dem Besuch der Volksschule in einer Fabrik und heiratete später den Arbeiter Lehmann. 1910 Mitglied der SPD, trat sie 1917 zur USPD über und kam mit dem linken Flügel der USPD 1920 zur KPD. Auch innerhalb der KPD gehörte Frieda Lehmann dem linken Flügel an. Anfang des Jahres 1925 übernahm sie für einige Monate die Leitung der Gewerkschaftsabteilung innerhalb der Bezirksleitung Halle-Merseburg.

Ab 1925 war sie Abgeordnete der KPD im Provinziallandtag der Provinz Sachsen. Ende 1925 schloss sich Frieda Lehmann der linken Opposition in der KPD an. Im April 1928 unterschrieb Frieda Lehmann den Aufruf der linken Kommunisten und wurde daraufhin aus der KPD ausgeschlossen. Sie trat dem „Leninbund“ bei, den sie bis 1930 im Provinziallandtag vertrat, und blieb bis 1933 für diesen aktiv. Sie wurde 1933 inhaftiert. Über die Zeit nach ihrer Freilassung sowie über die Zeit nach 1945 ist nichts Näheres bekannt.



## **Willi Wallstab**

26.02.1888 – 15.12.1956

---

**KPD**

**Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

---

Willi Wallstab wurde in der Nähe von Staßfurt geboren und erlernte den Beruf des Friseurs, den er einige Jahre in Hannover ausübte. Von 1910 bis 1932 betrieb er ein eigenes Friseurgeschäft in Leopoldshall (Staßfurt). Seit 1908 gehörte er der SPD an und trat 1917 zur USPD über. Während der Novemberrevolution war Wallstab Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Staßfurt. Dort gründete er im Mai 1919 eine Ortsgruppe der KPD und blieb bis 1933 Ortsvorsitzender dieser Partei.

Von 1920 bis 1933 war Willi Wallstab Abgeordneter der KPD im Provinziallandtag der Provinz Sachsen sowie der Stadtverordnetenversammlung in Staßfurt.

Nach der Errichtung der NS-Diktatur wurde Wallstab im März 1933 verhaftet und verbrachte bis Ende September eine „Schutzhaft“. Im April 1936 wurde er erneut verhaftet, im März 1937 zu viereinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt und im Zuchthaus Coswig inhaftiert. Danach musste er im Steinbruch Süplingen, einem Arbeitserziehungslager, zwangsweise arbeiten. Anfang 1942 war Wallstab im KZ Neuengamme inhaftiert. Von dort wurde er im Frühjahr 1945 auf das Schiff „Cap Arcona“ verschleppt, wo er dem Untergang des Schiffes entgehen konnte.

Nach 1945 kam Willi Wallstab nach Staßfurt zurück und wurde am 1. September 1945 zum Polizeipräsidenten von Magdeburg ernannt. Im Frühjahr 1949 wurde er seines Amtes enthoben und anschließend als Oberreferent im Justizministerium Sachsen-Anhalts in Halle eingesetzt. Zuletzt war Willi Wallstab stellvertretender Leiter der Haftanstalt in Magdeburg.

**Leo Herwegen**

25.02.1886 – 09.05.1972

Zentrum  
Provinziallandtag der Provinz Sachsen



Leo Herwegen war der Sohn einer Kölner Professorenfamilie. Er studierte in Clausthal und Aachen Bergbau und wurde 1911 promoviert. Am 1. Juli 1915 trat er in die Direktion der Riebeckischen Montanwerke AG in Halle/Saale ein und blieb fortan dem Unternehmen und der Region verbunden.

Am Ersten Weltkrieg nahm er wegen gesundheitlicher Probleme nicht teil. Im Januar 1919 trat Herwegen der Deutschen Zentrumspartei bei und war zunächst Mitglied im Parteivorstand des Regierungsbezirkes Merseburg, später der ganzen Provinz Sachsen. 1919 wurde er Abgeordneter des Provinziallandtages der preußischen Provinz Sachsen, 1931 Mitglied des Provinzialausschusses.

Während der nationalsozialistischen Diktatur zog sich Leo Herwegen aus dem politischen Leben zurück, wurde aber überwacht und hatte Hausdurchsuchungen zu erdulden.

Unter dem Verdacht, mit den Männern des 20. Juli 1944 in Verbindung zu stehen, wurde er im Juli 1944 verhaftet.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges gehörte Herwegen zu den Gründern der CDU in Sachsen-Anhalt bzw. der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Er war von Juli 1945 bis Mai 1948 Vorsitzender und bis November 1949 stellv. Vorsitzender der CDU in der SBZ bzw. in Sachsen-Anhalt.

Der Präsident der Provinzialverwaltung der „Provinz Sachsen“, Erhard Hübener, setzte Leo Herwegen am 15. August 1945 zum Präsidialdirektor für Brennstoff- und Energieindustrie ein. Bei den Landtagswahlen am 20. Oktober 1946 wurde Leo Herwegen zum Abgeordneten für die CDU gewählt.

Nach Bildung der Landesregierung wurde er im Dezember 1946 zum Landesminister für Arbeit und Sozialfürsorge ernannt. In diesem Amt war er bis kurz vor seiner Verhaftung im Herbst 1949 tätig. Der CDU-Minister erhielt angesichts der verzweifelten Lage gerade auf diesen Gebieten eine sehr schwierige Aufgabe. Er erwarb sich dabei große Verdienste vor allem auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik und hinsichtlich der Fürsorge für die in Sachsen-Anhalt besonders zahlreichen Vertriebenen.

Der CDU-Politiker lehnte bei der Konstituierung des „Blocks antifaschistisch-demokratischer Parteien“ im August 1945 in Halle die Bodenreform in der von der SED verlangten Form ab. Nach der Absetzung von Walther Schreiber und Andreas Hermes als Parteivorsitzende der CDU in der SBZ wurde Herwegen in den Vorstand der Partei unter Jakob Kaiser und Ernst Lemmer gewählt. Als Landesvorsitzender der CDU wie als Landesminister geriet Leo Herwegen seit 1947 wegen der fortschreitenden Stalinisierung der SBZ immer stärker unter politischen Druck. Die Spielräume für eine demokratische und auf die Einheit

Deutschlands zielende Politik wurden zunehmend geringer. Anfang 1948 richtete sich eine neue Verhaftungswelle gegen die CDU wie auch die LDP, deren Angehörige vor allem der Volkskongressbewegung kritisch gegenüber standen.

Im Mai 1948 gab Leo Herwegen zugunsten des halleschen Theologieprofessors Erich Fascher den Vorsitz der Landespartei ab, blieb aber stellvertretender Parteivorsitzender. Doch auch derartige Maßnahmen konnten die Übergriffe der SED und der Besatzungsmacht auf die „bürgerlichen“ Spitzenpolitiker nicht verhindern.

Weil die CDU-Landespartei auch nach der Gründung der DDR im Oktober 1949 am Ziel der Einheit Deutschlands festhielt und sich weigerte, eine führende Rolle der SED anzuerkennen, wurden ihre führenden Repräsentanten immer stärker verfolgt. Erich Fascher war schon Anfang 1947 zum Rücktritt als Fraktionsvorsitzender im Landtag und zur Niederlegung seines Mandats gezwungen worden. Jetzt geriet auch Leo Herwegen in das Netz der direkten Verfolgung. Nach einer Phase der verbalen Angriffe auf den CDU-Politiker und dessen politischen und auch moralischen Verunglimpfung wurde er im Herbst 1949 zusammen mit dem stellvertretenden Wirtschaftsminister Willi Brundert (SPD/SED) beschuldigt, Verbrechen „zum Schaden des Volkseigentums“ begangen zu haben. Konkret ging es um den Vorwurf, Vermögen der „Continental Gas Gesellschaft AG“, deren Stammsitz seit ihrer Gründung 1855 in Dessau war, in Tochtergesellschaften in den Westzonen „verschoben“ zu haben.

Die zu diesem Zeitpunkt bereits durch den politischen Terror der SED im Bunde mit der Besatzungsmacht eingeschüchtern und zu großen Teilen zerschlagene Landtagsfraktion der CDU stimmte der Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Leo Herwegen zu und forderte ihn auf, alle Ämter zur Verfügung zu stellen. Nach dem Rücktritt von seinem Ministeramt wurde er wenige Tage später verhaftet. Die auch wegen Herwegens Verhaftung sich nunmehr der SED unterordnende Partei schloss ihren Gründungsvorsitzenden am 24. November 1949 aus der CDU aus.

Leo Herwegen war im Oktober 1949 verhaftet worden und wurde im ersten großen politischen Schauprozess der DDR in Dessau vom 24. bis 29. April 1950 zusammen mit Willi Brundert und weiteren Personen vor Gericht gestellt. Die Verhandlungen erfolgten vor einem bestellten großen Publikum, das jeden Tag wechselte. Der Prozess fand unter dem Vorsitz von Hilde Benjamin, der Vizepräsidentin des obersten Gerichts der DDR, im Dessauer Theaterbau statt, der 1938 von Adolf Hitler eröffnet worden war.

Leo Herwegen wurde in einem Prozess ohne rechtsstaatliche Grundlage und ohne Beweise für erhobene Anschuldigungen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Davon musste er drei Jahre in Brandenburg in Einzelhaft erdulden. Nach seiner Entlassung im Jahre 1958 floh Herwegen in die Bundesrepublik Deutschland, wo er in Hildesheim, Steimel (Westerwald) und Bad Honnef lebte. In Bad Honnef ist er verstorben.

---

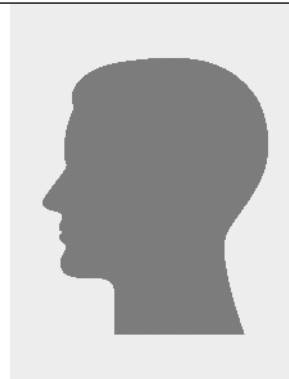
**Lit.:** Wentker, Hermann: Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953, 2001; Wille, Manfred: Leo Herwegen (1886–1972); in: Tullner, Mathias (Hrsg.): Persönlichkeiten der Geschichte Sachsen-Anhalts, Halle/Saale 1998, S. 230 ff.

---



**Tilo von Wilmowsky**

03.03.1878 – 28.01.1966

**DNVP****Provinziallandtag der Provinz Sachsen**

Tilo von Wilmowsky wurde in Hannover geboren. Nach seinem Jurastudium war er zwischen 1913 und 1919 Landrat in Merseburg und während des Ersten Weltkrieges zeitweise beim Generalgouverneur in Belgien tätig. 1919 schied Wilmowsky aus dem Staatsdienst aus und zog sich auf seinen Besitz in Marienthal in der Nähe von Naumburg zurück.

In Folge seiner Heirat 1907 mit Barbara Krupp war er zwischen 1910 und 1943 Aufsichtsratsmitglied der Friedrich Krupp AG und ab 1919 stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates. Tilo von Wilmowsky war einer der herausragenden Wirtschaftsführer des mitteleuropäischen Raumes mit Bedeutung für ganz Deutschland. Von 1931 bis 1944 leitete er als Präsidiumsmitglied den „Mitteleuropäischen Wirtschaftstag“, einen Interessenverband der führenden deutschen Unternehmen und Verbände.

Zwischen 1925 und 1935 war Wilmowsky Vorsitzender des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland und unterstützte in dieser Funktion die Forderung nach einer Gebietsreform im mitteleuropäischen Raum. Dafür setzte er sich auch als Stellvertreter des Vorsitzenden des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“ („Lutherbund“) ein.

Zur gleichen Zeit war er Fraktionsvorsitzender der DNVP im Provinziallandtag bzw. einer Fraktionsgemeinschaft mit anderen konservativen Parteien unter dem Namen „Sachliche Arbeit“. Im Herbst 1932 nahm er das ihm von der Regierung Papen angebotene Amt eines Oberpräsidenten nicht an, das nach dem „Preußenschlag“ und der Absetzung der preußischen Regierung Braun-Severing nicht besetzt war.

Nach 1933 verlor er seine öffentlichen Ämter, trat aber dennoch 1937 der NSDAP bei. Im Zusammenhang mit dem Attentat auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 wurden er und seine Ehefrau verhaftet: Ihnen wurden Kontakte zu Widerstandskreisen um Carl Goerdeler vorgeworfen.

Tilo von Wilmowsky konnte eine direkte Beteiligung nicht nachgewiesen werden, dennoch wurde er in Gefängnisse in Halle und Berlin und schließlich in das KZ Ravensbrück überführt. Er überlebte den elftägigen Todesmarsch der KZ-Häftlinge nach Schwerin und wurde schließlich von alliierten Truppen befreit.

Tilo von Wilmowsky verlor sein Gut in Marienthal bei Eckartsberga durch die „Bodenreform“ in der Provinz Sachsen. Seine Familie wurde vertrieben und siedelte nach Bad Hersfeld um. Später war er beim Wiederaufbau der Krupp-Werke aktiv und wurde Kuratoriumspräsident des Villa Hügel e. V.

Lit.: Wilmowsky, Tilo Freiherr von: Rückblickend möchte ich sagen, Oldenburg/Hamburg 1961.

## 7. Glossar

### **Eiserne Front:**

1931 gegründeter Zusammenschluss des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, des ADGB, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, der SPD und des Arbeiter-Turn- und Sportbundes zum Kampf gegen den Nationalsozialismus.

### **Freistaat:**

Im 19. Jahrhundert entstandene deutsche Bezeichnung für einen nicht von einem Monarchen regierten Staat = Republik. In der Zeit der Weimarer Republik war „Freistaat“ – manchmal auch „Volksstaat“ – die amtliche Bezeichnung der meisten deutschen Flächenländer.

### **Leninbund:**

Zusammenschluss ehemaliger Mitglieder der KPD im April 1928 nach der Verdrängung des ultralinken Flügels durch die Führung unter Ernst Thälmann.

### **Lutherbund:**

Bund zur Erneuerung des Reiches (BER, auch: Luther-Bund, Erneuerungsbund). Ziel des 1928 gegründeten Bundes war eine Reichsreform mit einer territorialen Neugliederung der deutschen Länder und einer Neuregelung des Verhältnisses von Reich und Ländern. An der Spitze des Bundes stand der frühere Reichskanzler Hans Luther. Sein Stellvertreter war Tilo von Wilmowsky.

### **Kommunistische Internationale:**

Internationaler Zusammenschluss kommunistischer Parteien, gegründet 1919 in Moskau, aufgelöst durch Josef Stalin 1943 (auch Komintern, KI, Dritte Internationale genannt).

### **Preußischer Staatsrat:**

Von 1921 bis 1933 Zweite Kammer neben dem Preußischen Landtag im Freistaat Preußen. Der Staatsrat setzte sich aus entsandten Mitgliedern der preußischen Provinziallandtage zusammen. Sein Präsident war der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer.

### **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold:**

Politischer Wehrverband zum Schutz der demokratischen Republik. Gegründet im Februar 1924 in Magdeburg als Bund republikanischer Kriegsteilnehmer durch die Parteien SPD, DDP und Zentrum. Vorsitzender war Oberpräsident Otto Hörsing, später Karl Höltermann.

### **Reichsrat:**

Länderkammer der Weimarer Republik 1919 bis 1933. Vertretung der deutschen Reichsländer zur Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung der deutschen Republik.

**Rotfrontkämpferbund:**

Paramilitärische Kampforganisation der KPD während der Weimarer Republik, gegründet 1924 – auch Roter Frontkämpferbund (RFB) genannt.

**Stahlhelm:**

Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten. Wehrverband der Zeit der Weimarer Republik, gegründet von dem Reserveoffizier Franz Seldte im Dezember 1918 in Magdeburg. Seldte war zusammen mit Theodor Duesterberg (Halle/Saale) Vorsitzender. Der Verband war politisch eng mit der demokratie- und republikfeindlichen DNVP verbunden.

**Sopade:**

Exilvorstand der SPD vom Frühjahr 1938 in Prag und danach bis 1940 in Paris. Die Bezeichnung wird auch als Sammelbegriff für dessen Mitarbeiter und Anhänger verwendet – auch SoPaDe und SOPADE.

**Wirtschaftsverband Mitteldeutschland:**

Zusammenschluss von Handelskammern und anderen Interessenvertretern der Wirtschaft des mitteldeutschen Raumes mit Sitz in Halle/Saale. 1921 gegründet, mehrfach umorganisiert, 1935 aufgelöst. Der Verband umfasste den mitteldeutschen Wirtschaftsraum mit dem Zentrum Halle-Leipzig-Bitterfeld. Vorsitzender war seit 1925 Tilo von Wilmowsky.

## 8. Personenregister

<b>Name</b>	<b>Seite</b>
<b>A</b>	
Ahlers, Marie	43
Arning, Marie	18
<b>B</b>	
Baade, Fritz	19
Baer, Otto	113
Bassüner, Albert	126
Bauer, Gustav	20
Bender, Ferdinand	21
Bergholz, Albert	22
Bernhard, Nikolaus	23
Besser, Erich	105
Blum, Karl	74
Bollmann, Minna	24
Böttge, Bruno	98
Brandenburg, Ernst	75
Brandes, Alwin	26
Brandt, Ernst	44
Bruschke, Werner	115
Budnarowski, Johann	99
<b>C</b>	
Crummenerl, Siegmund	116
<b>D</b>	
Deist, Heinrich	100
Dittmann, Wilhelm	27
Drescher, Reinhold	76
<b>E</b>	
Emrich, Fritz	46
<b>F</b>	
Ferl, Gustav	28
Fiedler, Frieda	29
Fischer, Karl Ferdinand	82
Förster, Otto	127
Franken, Flora	117
Franken, Paul	77
Friemel, Otto	106

<b>Name</b>	<b>Seite</b>
<b>G</b>	
Gereke, Günther	62
Grube, Ernst	47
<b>H</b>	
Halle, Otto	128
Hartmann, Concordia	118
Heckert, Friedrich	48
Heine, Wolfgang	30
Graf von Helldorff, Wolf-Heinrich	66
Hertz, Paul	31
Herwegen, Leo	133
Hesse, Bertha	119
Hesse, Fritz	57
Heym, Guido	49
Hoernle, Edwin	50
Höltermann, Karl	32
Hummel, Hermann	59
<b>K</b>	
Kasten, Hermann	78
Kaßner, Walter	83
Kämpf, Paul	120
Kettig, Alfred	107
Kilian, Otto	84
Koenen, Bernard	129
Koenen, Wilhelm	51
Körting, Otto	102
Krüger, Hedwig	52
Krüger, Richard	34
Kühn, Kurt	130
<b>L</b>	
Lademann, Max	53
Landsberg, Otto	35
Lebbin, Emil	121
Lehmann, Frieda	131
Leopold, Bernhard	64
Lohmann, Willi	108
<b>M</b>	
Matern, Hermann	85
Möller, Alex	79
Müller, Emil Karl	80
<b>O</b>	
von Oheimb, Katharina	60

<b>Name</b>	<b>Seite</b>
<b>P</b>	
Paulick, Richard	103
Peters, Franz	36
Peus, Heinrich	37
Plumbohm, Willy	122
<b>R</b>	
Reuter, Ernst	38
Rosenbaum, Kurt	54
Röber, Walter	123
<b>S</b>	
Schlag, Otto	86
Schröter, Johannes	55
Schulz, Friedrich Carl	87
Seger, Gerhart	41
Sinsel, Ludwig	104
Stammer, Franz	124
Streiter, Georg	91
Suhr, Paul	88
<b>T</b>	
von Trotha, Thilo	65
<b>W</b>	
Wallstab, Willi	132
Weber, Paul	125
von Wilmowsky, Tilo	135
Wittmaack, Ernst	81
Walter, Otto	56
Wolfstein, Rosalie	89
<b>Z</b>	
Zobel, Paul	90

## 9. Literatur- und Quellenverzeichnis

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg, Re.p. C 90, Sächsischer Provinziallandtag, Nr. 640, Bd. II; Nr. 652, Rep. C 92, Nr. 745

Reichstags-Handbuch der III. bis VII. Wahlperiode, Berlin 1925 – 1933

Erich Kienast (Hrsg.): Handbuch für den Preußischen Landtag. Ausgabe für die 3. – 5. Wahlperiode. Berlin 1928 – 1933

Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, hrsg. von Werner Röder und Herbert A. Strauss, Bd. 1, München 1990

Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hrsg.): SBZ-Handbuch, München 1990

Lilla, Joachim: Der Preußische Staatsrat 1921 – 1933. Ein biographisches Handbuch. Mit einer Dokumentation der im „Dritten Reich“ berufenen Staatsräte (= Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 13), Düsseldorf 2005

v. Hindenburg, Barbara: Die Abgeordneten des Preußischen Landtags 1919 – 1933. Biographie-Herkunft-Geschlecht, Frankfurt/Main 2017

Möller, Horst: Parlamentarismus in Preußen 1919 – 1932, Düsseldorf 1985

Martin Schumacher (Hrsg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung, 1933 – 1945. Eine biographische Dokumentation, 3. erw. u. überarb. Aufl. Düsseldorf 1994

Martin Schumacher (Hrsg.): MdL, das Ende der Parlamente 1933 und die Abgeordneten der Landtage und Bürgerschaften der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, Düsseldorf 1995

Schröder, Wilhelm Heinz: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867 – 1933: Biographien – Chronik – Wahldokumentation, Düsseldorf 1995

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.): Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert. Marburg 2000

Weber, Hermann/Herbst, Andreas (Hrsg.): Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. 2. überarb. u. erw. Aufl., Berlin 2008

## **10. Bildnachweis**

### **Reichstag und Landtage**

Seiten 13, 15, 69, 111

(Reichstag; Reichstag, Plenarsaal; Preußischer Landtag; Landtag der Provinz Sachsen)  
Landtag von Sachsen-Anhalt

Seite 70

(Preußischer Landtag, Plenarsaal)  
Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (03) Nr. 0258907/Foto: k. A.

Seiten 93, 95

(Anhaltischer Landtag; Anhaltischer Landtag, Plenarsaal)  
Museum für Stadtgeschichte Dessau

Seite 111

(Landtag der Provinz Sachsen, Plenarsaal)  
Jochen Ehmke, Halle

### **Biografien der Abgeordneten**

(Ahlers, Ferl, Heckert, Hoernle, Koenen, W.)

Hermann Hillger (Hg.): Kürschners Volkshandbuch Deutscher Reichstag 1930, Berlin o.J.

(Arning, Brandes, Peus, Schröter)

Hermann Hillger (Hg.): Kürschners Deutscher Reichstag 1928, Berlin o.J.

(Baade, Bernhard, Hertz, Höltermann, Landsberg, Peters, Reuter, Seger, von Thotha)

Hermann Hillger (Hg.): Kürschners Volkshandbuch Deutscher Reichstag 1933, Berlin o.J.

(Baer)

Stadtarchiv Magdeburg, SigN\_3071.

(Bauer, Bender, Dittmann, Gereke, Heym, Krüger, H., Krüger, R., Leopold, Rosenbaum)

Hermann Hillger (Hg.): Kürschners Volkshandbuch Deutscher Reichstag 1924, Berlin o.J.

(Bergholz, Brandt, Emrich, Grube, Hummel, Lademann, Oheimb, Walter)

Bayerische Staatsbibliothek München

(Besser, Böttge, Brusckke, Herwegen, Hesse, Koenen, B., Körting)

Kurt Schwarze: Handbuch des Landtages Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 1947.



(Bollmann, Blum, Drescher, Fischer, Franken, Kasten, Kaßner, Matern, Möller, Schlag, Suhr, Wittmaack, Zobel)

E. Kienast (Hg.): Handbuch für den Preußischen Landtag, Ausgabe für die 4. Wahlperiode (von 1932 ab), Berlin 1932.

(Brandenburg, von Helldorf, Schulz)

Büro des Preußischen Landtags (Hg.): Handbuch für den Preußischen Landtag, Ausgabe für die 3. Wahlperiode (von 1928 ab), Berlin 1928.

(Budnarowski, Deist, Fiedler, Jeuthe, Krüger, A., Sinsel)

Günter Ziegler: „Zwischen Wörlitz und Mosigkau“ Heft 39/II, Dessau 1995.

(Friemel)

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 522, Nr. P 304.

(Halle)

[https://de.wikipedia.org/wiki/Otto\\_Halle](https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Halle)

(Hartmann)

Beatrix Herlemann, Hannover

(Heine)

Hermann Hillger: Kürschners Deutscher Reichstag, Biographisch-statistisches Handbuch 1907–1912, Berlin und Leipzig o.J.

(Kettig)

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, LASA, K 6–1, Nr. 2623.

(Kühn)

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Nr. P 526, Nr. P III/B1/4/1.

(Lebbin)

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, LASA, K 6–1, Nr. 3200.

(Lehmann)

Landesarchiv Sachsen-Anhalt, P 526, Nr. P V/B5/4/6.

(Lohmann)

Stadtarchiv Magdeburg, Volksblatt, 56. Jg., Nr. 15 v. 22.09.1945, S. 1.

(Müller)

Stadtarchiv Stendal; Freiheit-Organ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland für die Provinz Sachsen, Halle/Saale, Jg. 1 (1946) Nr. 47, S. 4 vom 17.06.1946.

(Paulick)

Museum für Stadtgeschichte Dessau

(Plumbohm)  
Stadtarchiv Magdeburg, 1\_7\_3142.

(Röber)  
AdsD/Friedrich-Ebert-Stiftung

(Wallstab)  
Landesarchiv Sachsen-Anhalt, LASA, K 6-2, Nr. 5120.

(Weber)  
Repro: Klapper, Magdeburg; Giesau, Hermann: Geschichte des Provinzialverbandes der  
Provinz Sachsen, Merseburg 1926.

(von Wilmowsky)  
Historisches Archiv Krupp, Essen\*

(Wolfstein)  
Riccardo Altieri, Potsdam; Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland – Gerichte  
Rep. 0007 Nr. 187 Bl. 134.\*

\* Das Recht zur Veröffentlichung wurde ausschließlich für die gedruckte Fassung gewährt.

## 11. Abkürzungsverzeichnis

ADGB	Allgemeine Deutscher Gewerkschaftsbund. Nationaler Dachverband der freien Gewerkschaften von Juli 1919 bis Mai 1933.
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
FGDB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund. Dachverband der Gewerkschaften der SBZ und der DDR.
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD-O	Kommunistische Partei-Opportunisten (auch KPDO oder KPO). 1929 als Abspaltung der der KPD entstanden
NKWD	Volkskommissariat für innere Angelegenheiten. Übernahm auch Aufgaben einer politischen Geheimpolizei und eines Geheimdienstes.
NS	Nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (auch SAPD). Linkssozialistische marxistische Partei, gegründet im Oktober 1931.
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. Massenorganisation für die ländliche Bevölkerung in der DDR.
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands. Bezeichnung für die KPD nach der Vereinigung der Partei mit dem linken Flügel der USPD im Dezember 1920. Sie wurde etwa zwei Jahre verwendet.
Zentrum	Deutsche Zentrumspartei

VERFOLGT

## **IMPRESSUM**

---

**Herausgeber:**

Die Präsidentin des Landtages von Sachsen-Anhalt

**Wissenschaftliche Begleitung:**

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg,  
Fakultät für Humanwissenschaften

Prof. Dr. Mathias Tullner

Yannik Franzki

Lara Giese

Moana Heffner

Vanessa Kauhs

Rika Kretzschmar

Jakob Peters

Martin Schunke

Moritz Weiß

**Layout:**

Genese Werbeagentur Magdeburg

**Satz und Druck:**

Harzdruckerei GmbH, Wernigerode

© Landtag von Sachsen-Anhalt 2020

[www.landtag.sachsen-anhalt.de](http://www.landtag.sachsen-anhalt.de)



